



# Staat und Wirtschaft in Hessen

STATISTIK HESSEN

Heft Nr. 11/12, November/Dezember 2012

67. Jahrgang



- Daten zur Wirtschaftslage
- Indikatoren zur Strategie Europa 2020:  
Ein Vergleich zwischen Hessen und Deutschland
- Hessischer Zahlenspiegel

## Inhalt

<b>Ganz kurz</b>	262
<b>Daten zur Wirtschaftslage</b>	263
<b>Nachhaltige Entwicklung</b>	
Indikatoren zur Strategie Europa 2020: Ein Vergleich zwischen Hessen und Deutschland. Von <i>Till Lachmann</i>	275
<b>Bildung und Kultur</b>	
Kampf der Tageszeitungen gegen Auflagenrückgang und Anzeigenschwund. Von <i>Peter Kammerer</i>	291
<b>Hessischer Zahlenspiegel</b>	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit	293
Soziales, Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	294
Handwerk, Baugewerbe, Baugenehmigungen, Großhandel	295
Einzelhandel, Gastgewerbe, Außenhandel	296
Tourismus, Verkehr	297
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise, Steuern	298
Verdienste	299
<b>Buchbesprechungen</b>	Seite 300 und Umschlagseite 3

## Impressum

ISSN 0344 – 5550 (Print)  
ISSN 1616 – 9867 (Digital)  
Copyright: © **Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2012**  
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.  
Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37  
Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890  
E-Mail: [vertrieb@statistik-hessen.de](mailto:vertrieb@statistik-hessen.de) – Internet: [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de)  
Schriftleitung: Siegfried Bayer, Rheinstraße 35/37, Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-804  
Haus-/Lieferanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden  
Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden  
Bezugspreis: Print: Einzelheft 6,50 Euro (Doppelheft 13,00 Euro), Jahresabonnement 66,30 Euro  
(jew. inkl. Versandkosten)  
E-Mail-Versand: Einzelheft 4,40 Euro (Doppelheft 8,80 Euro)  
Jahrgangs-CD-ROM: 33,30 Euro, (inkl. Versandkosten)  
Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt



## Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611 3802-802 oder -807; E-Mail: [info@statistik-hessen.de](mailto:info@statistik-hessen.de)

## Zeichen

–	= genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0	= Zahlenwert ungleich Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
.	= Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
...	= Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
()	= Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/	= keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
X	= Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D	= Durchschnitt.
s	= geschätzte Zahl.
p	= vorläufige Zahl.
r	= berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.  
Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

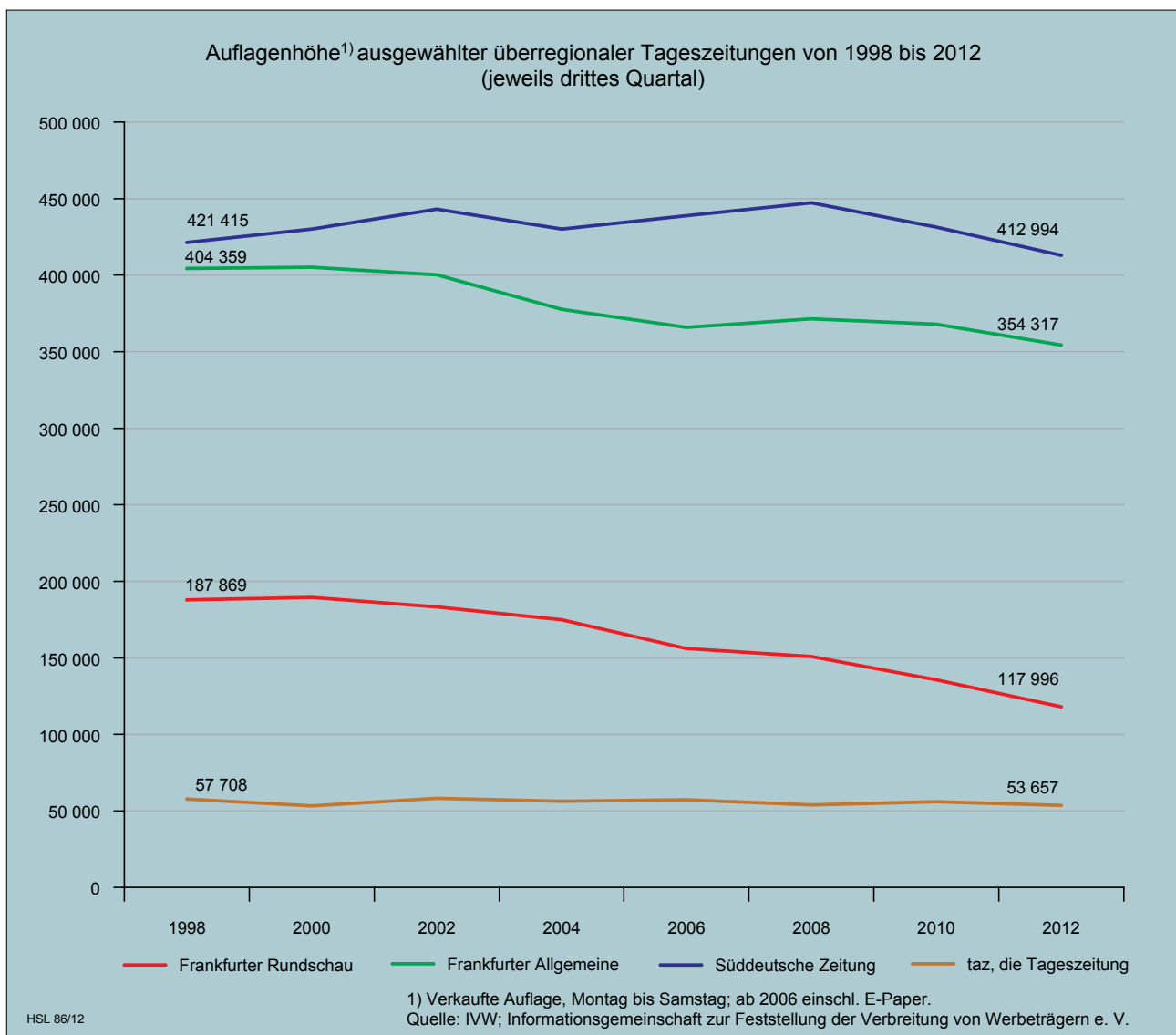
# Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

## 11/12 · 12

67. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



### Deutlich weniger Unfälle, aber zwei Verkehrstote mehr

25 Menschen verloren im September 2012 durch Verkehrsunfälle auf Hessens Straßen ihr Leben. Dies waren 2 Personen mehr als im September 2011. Insgesamt nahm die Polizei im September dieses Jahres 1940 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden auf, 12,9 % weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Dabei wurden 2584 Verunglückte registriert, 12,6 % weniger als im September 2011. Die Zahl der Leichtverletzten nahm um 12,3 % auf 2090 Personen ab. Die Zahl der Schwerverletzten ging um 14,9 % auf 469 Personen zurück. Von Januar bis September 2012 waren 218 Unfalltote zu verzeichnen, 17,2 % mehr als in den ersten 9 Monaten des Jahres 2011. Dagegen sank die Zahl der Unfälle mit Personenschaden von Januar bis September 2012 im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um 2,7 % auf gut 16 400. Diese ersten und vorläufigen Ergebnisse basieren auf den Meldungen der hessischen Polizei. Fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse können unter [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de) – Verkehr – Veröffentlichungen kostenfrei abgerufen werden.

### 200 000 Personen erhielten Leistungen aus der Pflegeversicherung

Am Jahresende 2011 erhielten in Hessen 200 000 Menschen Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung. Es gab damit 12 800 oder 6,8 % mehr Pflegebedürftige als Ende 2009. Annähernd 151 300 der Pflegebedürftigen lebten in Privathaushalten, von ihnen wurden 109 800 ausschließlich von Angehörigen und 41 500 Personen durch ambulante Pflegedienste betreut. Weitere 48 400 pflegebedürftige Männer und Frauen wurden vollstationär in Pflegeheimen versorgt; rund 2500 Menschen bezogen hier, neben Pflegegeld oder ambulanten Leistungen, auch teilstationäre Behandlungsleistungen. Im Landesdurchschnitt nahmen 33 von 1000 Einwohnern Leistungen aus der Pflegeversicherung in Anspruch. Dies war der höchste Wert seit Einführung der Pflegestatistik im Jahr 1999. 54 % aller Leistungsempfänger waren vom medizinischen Dienst als erheblich pflegebedürftig (Stufe I) eingestuft worden, rund 33 % als schwerpflegebedürftig (Stufe II) und 13 % als schwerstpflegebedürftig (Stufe III). Fast zwei Drittel oder 130 000 der Leistungsempfänger waren Frauen.

### Ansturm auf Hessens Standesämter am 12.12.2012?

Brautpaare mögen Schnapszahl-Termine, denn so können sie sich ihren Hochzeitstag gut merken. Freitag der

8.8.2008 war absoluter Spitzenreiter in den letzten Jahren. Mit 1619 Eheschließungen wurden an diesem Tag andere Spitzentermine – Freitage im Juli, August oder Mai – um ein Vielfaches übertroffen. Auch am 7.7.2007, einem Samstag, gab es mit 1272 Eheschließungen einen regelrechten Ansturm auf die hessischen Standesämter. Weniger stark gefragt waren der 9.9.2009 (Mittwoch) mit 843 Hochzeiten und der 10.10.2010 (Sonntag) mit 312 registrierten Eheschließungen. Im vergangenen Jahr fiel der Schnapszahltermin auf einen Freitag, und trotz des eher unbeliebten Novembers nutzten relativ viele Heiratswillige (867) den 11.11.2011 für ihre Hochzeit. Im Durchschnitt der letzten 5 Jahre lag der Monat August (3891) in der Gunst der Heiratswilligen vor dem Monat Juli (3372). Gut ein Viertel aller Eheschließungen findet in diesen beiden Monaten statt. Weitaus beliebtester Wochentag ist der Freitag: 42 % aller standesamtlichen Trauungen in den letzten 5 Jahren fanden an einem Freitag statt; es folgten mit deutlichem Abstand der Samstag (22 %), der Donnerstag (15 %) und der Mittwoch (11 %). Insgesamt schlossen 2011 rund 27 500 Paare in Hessen den „Bund fürs Leben“, ebenso viele wie im Jahr zuvor. Die Zahl der Ehescheidungen nahm um 200 auf 14 900 im Jahr 2011 ab.

### 2012 niedrigste Zahl an AIDS-Kranken seit 2000

In hessischen Krankenhäusern wurden im Jahr 2011 insgesamt 164 Patienten (davon 108 Männer) mit der Diagnose HIV (Humane Immundefizienz-Viruskrankheit) vollstationär behandelt. Dies ist die niedrigste Fallzahl seit dem Jahr 2000 mit 698 Patienten (davon 484 Männer). Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl um 43 % oder 126 Fälle zurück. Im gleichen Zeitraum war eine vergleichbare Entwicklung bei den auf AIDS zurückzuführenden Todesfällen in Hessen zu beobachten. So verstarben 44 Menschen mit letztem Wohnsitz in Hessen an den Folgen einer HIV-Erkrankung, wobei auch hier Männer (37) deutlich häufiger betroffen waren als Frauen (7). Damit lag die Zahl der an AIDS Verstorbenen ebenfalls unter Vorjahresniveau (49 Gestorbene, davon 40 Männer) und war – mit Ausnahme des Jahres 2007 – die niedrigste Zahl Gestorbener seit 12 Jahren. Durch eine wesentlich verbesserte antiretrovirale Kombinationstherapie seit etwa Mitte der Neunzigerjahre verharnte die Anzahl der Todesfälle bzw. Krankenhausbehandlungen infolge einer HIV-Infektion in den letzten Jahren auf einem relativ niedrigen Niveau. Damit einher geht eine deutliche Steigerung der Lebenserwartung. Gut 40 % aller 2011 an AIDS Gestorbenen wurden zwischen 40 und 50 Jahre alt, weitere 43 % der Gestorbenen wurden 50 Jahre oder älter. Noch im Jahr 1989 (117 Sterbefälle) erreichte nur knapp ein Fünftel der Erkrankten ein Lebensalter von 50 oder mehr Jahren.



## Daten zur Wirtschaftslage

Die hessische Wirtschaft kann sich den Auswirkungen der schwachen Konjunktur in Europa immer weniger entziehen. Im dritten Quartal sank die Industrienachfrage weiter, genauso wie die Umsätze der hessischen Industrie. Die Einzelhandelsumsätze waren zudem rückläufig, und die Zahl der Arbeitslosen nahm gegenüber dem Vorjahr nur noch leicht ab. Die hessische Wirtschaft verlor damit spürbar an Dynamik. Verglichen mit dem jeweiligen Vorjahresquartal, sank die Industrienachfrage das vierte Quartal in Folge. Waren im zweiten Quartal die Auftragseingänge des Inlands und des Auslands noch gleichermaßen rückläufig, so war im dritten Quartal der inländische Auftragseingang maßgeblich für den sinkenden preisbereinigten Auftragseingang verantwortlich. Auch die realen Umsätze verringerten sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Besonders die Umsätze mit ausländischen Geschäftspartnern waren für die niedrigeren realen Umsätze ausschlaggebend. Den negativen Entwicklungen trotzte die Zahl der in hessischen Betrieben Beschäftigten – sie stieg, wie in den vorangegangenen Quartalen, weiter an, wenn auch abgeschwächt. Im Vergleich mit den Monaten Juli bis September des vergangenen Jahres haben sich der Auftragseingang, der Umsatz sowie die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe positiv entwickelt. Die Anzahl der Wohnungen wie auch die Wohnfläche nahmen zwar gegenüber dem zweiten Quartal 2012 ab, konnten jedoch gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum merklich zulegen. Deutlich hingegen war die Abnahme des Rauminhalts und der Nutzfläche im Nichtwohnungsbau gegenüber den Sommermonaten 2011, sodass die Wohn- und Nutzfläche insgesamt um 7,7 % sank. Der hessische Einzelhandel verzeichnete im dritten Quartal 2012 ein leichtes Minus im Vergleich zum dritten Quartal 2011. Der Einzelhandel mit Lebensmitteln verbuchte im ersten Quartal des laufenden Jahres einen deutlichen realen Umsatzzuwachs gegenüber dem Jahresauftakt 2011. In den beiden Folgequartalen blieben die Zuwächse gegenüber dem Vorjahr aus. Auch die Umsätze im Bereich der Nicht-Lebensmittel stiegen im ersten und fielen im dritten Quartal, verglichen mit den jeweiligen Vorjahresquartalen. Die Zahl der im hessischen Einzelhandel Beschäftigten erhöhte sich in allen 3 Quartalen 2012 gegenüber den entsprechenden Quartalen 2011; im dritten Quartal 2012 allerdings deutlich abgeschwächt. Die Zahl der Erwerbstätigen in Hessen stieg im zweiten Quartal gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal leicht. Maßgeblich trugen zu dieser Entwicklung die Dienstleistungsbereiche bei. Die Arbeitslosigkeit im dritten Quartal war niedriger als noch vor einem Jahr, obgleich in den beiden vorherigen Quartalen deutlichere Rückgänge beobachtet werden konnten. Während sich bei den Frauen und Jugendlichen unter 20 Jahren die Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich verringerte, blieb sie in der Gruppe der 50 Jahre oder Älteren stabil, und bei den Männern stieg sie an. Im dritten Quartal nahm der Bestand an offenen Stellen gegenüber dem Vorjahr um 11 % ab, was einem aktuellen Bestand von 36 000 offenen Stellen entspricht. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz stieg im vergangenen Berufsausbildungsjahr, während das Angebot an Ausbildungsplätzen sank. Auf 4 Ausbildungsstellen entfielen rund 5 Bewerber. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nahm im dritten Quartal gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal ab. Im gleichen Zeitraum ging ebenfalls die Zahl der Verbraucherinsolvenzen deutlich zurück. Was die Preisentwicklung betrifft, so mussten die Verbraucher in den Monaten Juli bis September deutlich mehr für Kraftstoffe und für Heizöl aufwenden als im gleichen Zeitraum 2011. Sinkende Preise konnten im Bereich der Unterhaltungselektronik gemessen werden. Allen voran sanken die Preise für PCs um über 20 %.

### Industrienachfrage weiter ohne Impulse

Die hessische Industrie verzeichnet seit dem vierten Quartal 2011 eine rückläufige Nachfrage. Im dritten Quartal dieses Jahres hat sich diese Entwicklung fortgesetzt, wobei sich vor allem die Inlandsaufträge schwach entwickelten. Auch bei den preisbereinigten Umsätzen wurde das Vorjahresniveau weiter verfehlt, wenn auch bei Weitem nicht so ausgeprägt wie bei den Auftrags-eingängen. Die Beschäftigtenentwicklung folgt der Entwicklung der anderen Konjunkturindikatoren mit einem Timelag. Dementsprechend gab es auch im dritten Quartal dieses Jahres im Vorjahresvergleich noch einen Anstieg, der sich aber weiter abschwächte.

Die preisbereinigten Auftragseingänge der hessischen Industrie lagen im dritten Quartal 2012 um 6,8 % niedriger als im entsprechenden Vorjahresquartal. Mit fast 11 % fiel der Rückgang der Inlandsaufträge wesentlich stärker aus als das Minus der Auslandsbestellungen mit 3,6 %. Dank einer lebhaften Auslandsnachfrage, die die schwache Inlandsnachfrage mehr als kompensierte, lagen die realen Auftragseingänge der Pharmahersteller im dritten Quartal um 2,7 % höher als vor Jahresfrist. Dagegen nahmen die Auftragseingänge der Chemischen Industrie um 6,1 % ab. Beträchtliche zweistellige Einbußen mussten die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen mit 16 %, die Hersteller von Kraftwagen und

## Reale Auftragseingänge der hessischen Industrie

Art der Angabe	2011		2012		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex <sup>1)</sup> des Auftragseingangs i n s g e s a m t	103,2	99,0	108,7	100,2	96,2
Inland	100,0	90,6	101,9	92,3	89,5
Ausland	106,0	106,7	114,7	107,3	102,2
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex <sup>1)</sup> des Auftragseingangs i n s g e s a m t	0,6	– 4,9	– 6,1	– 7,3	– 6,8
Inland	4,1	– 5,6	– 1,2	– 7,3	– 10,5
Ausland	– 2,2	– 4,1	– 9,8	– 7,3	– 3,6
1) 2005 = 100.					

Kraftwagenteilen mit 14 % und der Maschinenbau mit 11 % hinnehmen.

### Weiter sinkende Umsätze, aber Auslandsumsatz im Plus

Die preisbereinigten Umsätze (ohne sonstige Umsätze, wie Handelsware, etc.) der hessischen Industrie haben im dritten Quartal dieses Jahres weiter abgenommen. Während die Inlandsumsätze aber deutlich zurückgingen, gab es bei den Auslandsumsätzen schon ein leichtes Plus.

Im dritten Quartal 2012 lagen die preisbereinigten Umsätze der hessischen Industrie um 2,4 % niedriger als im Jahr zuvor. Während die Inlandsumsätze um 5,3 % zurückgingen, erhöhten sich die Umsätze mit ausländi-

### Reale Umsätze und Beschäftigte der hessischen Industrie<sup>1)</sup>

Art der Angabe	2011		2012		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex der Umsätze i n s g e s a m t	105,4	105,6	104,9	102,4	102,9
Inland	100,9	99,7	97,3	93,6	95,6
Ausland	110,6	112,5	113,9	112,7	111,5
Beschäftigte	355 006	355 801	354 817	354 533	357 725
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex <sup>2)</sup> der Umsätze i n s g e s a m t	0,5	– 1,1	– 1,0	– 2,7	– 2,4
Inland	2,4	0,1	3,0	– 4,2	– 5,3
Ausland	– 1,6	– 2,4	– 4,8	– 1,2	0,8
Beschäftigte	3,9	3,6	2,7	1,6	0,8
1) Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. — 2) 2005 = 100.					

schen Geschäftspartnern um 0,8 %. Da die Auslandsumsätze die ungünstige Entwicklung der Inlandsumsätze mehr als ausgleichen konnten, erreichte die Chemische Industrie ein Umsatzwachstum von 2,6 %. Obwohl die Inlandsumsätze der Pharmahersteller mit 27 % stärker abnahmen als die Auslandsumsätze zunahmen (+ 18 %), reichte es dank der hohen Exportquote insgesamt zu einer Zuwachsrate von 3,5 %. Dagegen gingen die Umsätze im Maschinenbau um 2,6 % und bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren um 5,7 % zurück. Noch stärker betroffen waren die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen mit einem Minus von 8,9 % und die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 12 %.

### Beschäftigungsanstieg weiter abgeschwächt

Auftragseingänge und Umsätze sind seit einem Jahr rückläufig, aber die Beschäftigung weist im Vorjahresvergleich noch eine Zunahme aus. Aber die Abschwächung bei der Zuwachsrate, die im dritten Quartal 2011 mit 3,9 % ihren Höhepunkt erreicht hatte, ist unverkennbar.

Im dritten Quartal 2012 lag die Beschäftigtenzahl der Hessischen Industrie mit 357 700 noch um 0,8 % höher als im entsprechenden Vorjahresquartal. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erhöhten ihre Beschäftigtenzahl im Vorjahresvergleich um 2,7 % auf 48 100. Um jeweils 1,5 % nahm der Personalbestand bei den Herstellern von pharmazeutischen Erzeugnissen auf 19 200 und bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren auf 31 900 zu. Die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen verzeichneten einen Anstieg um 1,2 % auf 24 800 Personen. Bei der Chemischen Industrie nahm die Beschäftigung leicht um 0,3 % auf 37 400 zu, während die Beschäftigtenzahl beim Maschinenbau mit 38 500 stagnierte.

### Bauhauptgewerbe weiter Konjunkturstütze

#### Auftragseingänge, Umsätze und Beschäftigung mit Zuwachsraten

Das hessische Bauhauptgewerbe bleibt eine Stütze der Konjunktur. Niedrige Zinsen und die anhaltende Finanzkrise führen zu einer Flucht in das „Betongold“, was dem Wohnungsbau sehr zugutekommt. Auch der gewerbliche und industrielle Bau verzeichnete zuletzt ein kräftiges Auftragsplus. Nach einer kleinen Delle im zweiten Quartal 2012 nahmen im dritten Quartal die baugewerblichen Umsätze wieder zu. Die Beschäftigung liegt weiter deutlich über dem Vorjahresniveau.

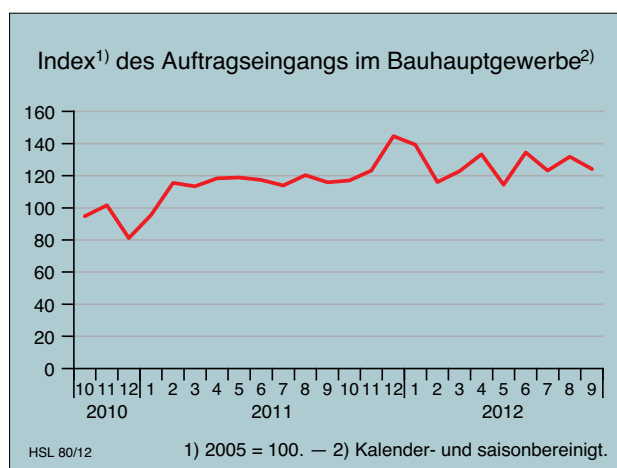
Die wertmäßigen Auftragseingänge des hessischen Bauhauptgewerbes lagen im dritten Quartal dieses Jahres um 6,7 % über dem entsprechenden Vorjahresquartal. Während die Hochbauaufträge kräftig um 22 % anstie-

## Bauhauptgewerbe<sup>1)</sup> in Hessen

Art der Angabe	2011		2012		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Grundzahlen					
Auftragseingang (1000 Euro)	920 972	901 708	892 488	1 091 836	982 346
Umsatz (1000 Euro)	1 071 112	1 158 221	667 724	962 761	1 150 319
Beschäftigte	24 865	25 774	24 726	25 378	25 590
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Auftragseingang	18,5	40,7	20,8	7,6	6,7
Umsatz	7,5	5,4	8,4	- 0,5	7,4
Beschäftigte	7,3	6,5	6,9	3,8	2,9
1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten.					

gen, verfehlten die Tiefbauaufträge das Vorjahresniveau um 4,8 %. Vor allem dank eines Großprojekts legten die Aufträge für den gewerblichen und industriellen Bau um 27 % zu, und die Aufträge für den Wohnungsbau erhöhten sich um 24 %. Dagegen gab es im öffentlichen Hochbau ein Minus von 4,2 %. Im Tiefbausektor verzeichneten alle Bausparten rückläufige Auftragseingänge. Beim Straßenbau gab es einen Rückgang von 7,3 %, beim gewerblichen und industriellen Tiefbau von 3,8 % und beim sonstigen Tiefbau von 0,7 %.

Nach einem leichten Umsatzrückgang im zweiten Quartal 2012 gab es im dritten Quartal wieder einen Umsatzanstieg im gesamten Bauhauptgewerbe von 7,4 % auf 1,15 Mrd. Euro. Dabei glänzte der Wohnungsbau mit einem Anstieg von 32 % auf 186 Mill. Euro. Beim gewerblichen und industriellen Bau nahmen die Umsätze um 12 % auf 507 Mill. Euro zu. Hier gab es im Hochbaubereich ein Plus von 5,7 % auf 273 Mill. Euro und im Tiefbau von 20 % auf 234 Mill. Euro. Rückläufig waren die Umsätze im öffentlichen und Verkehrsbau mit einem Minus von 3,9 % auf 456 Mill. Euro. Während hier der Straßenbau einen Anstieg von 8,6 % auf 289 Mill. Euro verbuchte, gaben die Umsätze beim öffentlichen Hochbau um 17 %



auf 58 Mill. Euro und beim sonstigen Tiefbau um 21 % auf 109 Mill. Euro nach.

Anhaltend positiv stellt sich die Beschäftigungssituation im hessischen Bauhauptgewerbe dar. Mit durchschnittlich 25 590 Beschäftigten in den Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten wurde der Vorjahresstand im dritten Quartal 2012 um 2,9 % übertroffen. Die Zuwachsrate ist allerdings nicht mehr so hoch wie in den Vorquartalen.

## Wohnbau wächst weiter, Negativtrend im Nichtwohnbau

Die Summe der zum Neu- oder Umbau genehmigten Wohn- und Nutzfläche sank im dritten Quartal 2012 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 98 000 m<sup>2</sup> auf 1 156 000 m<sup>2</sup>. Das entspricht einem Rückgang von 7,7 %. Die veranschlagten Kosten verringerten sich um 27 Mill. Euro bzw. 1,8 % auf 1509 Mill. Euro. Ein Anstieg im Wohnbau konnte damit einen Rückgang im Nichtwohnbau nur teilweise ausgleichen.

Der **Wohnbau** zeigt seit Anfang 2010 einen positiven Trend. Der Impuls kommt sowohl von gewerblichen Bauvorhaben als auch vonseiten der privaten Haushalte, die weiterhin das niedrige Zinsniveau nutzen konnten. Mit 710,8 Mill. Euro lagen die für den Wohnbau veran-

## Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hessen

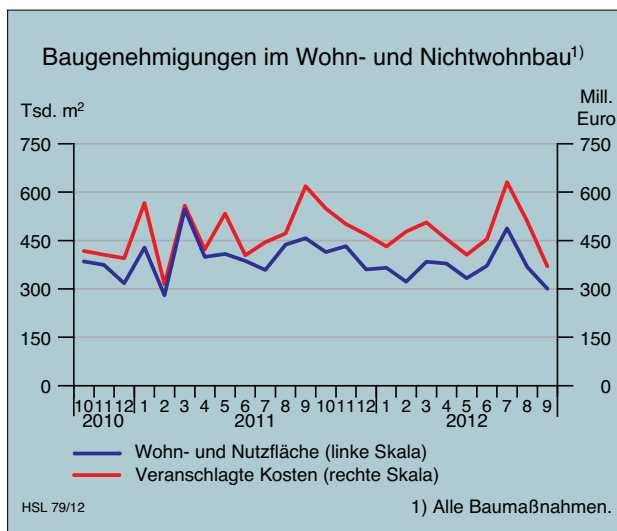
Art der Angabe	2011		2012		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Grundzahlen					
Wohnbau <sup>1)</sup>					
Wohnungen	2 764	4 001	3 218	3 666	3 489
Wohnfläche (1000 m <sup>2</sup> )	325	396	344	414	381
Nichtwohnbau <sup>1)</sup>					
Rauminhalt (1000 m <sup>3</sup> )	4 473	3 493	2 805	2 771	2 921
Nutzfläche (1000 m <sup>2</sup> )	679	541	471	397	500
Wohnungen insgesamt <sup>2)</sup>	3 556	4 814	3 749	4 242	4 001
Wohn- und Nutzfläche insgesamt <sup>2)</sup> (1000 m <sup>2</sup> )	1 253	1 206	1 072	1 083	1 156
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Wohnbau <sup>1)</sup>					
Wohnungen	- 2,3	42,5	- 5,3	18,8	26,2
Wohnfläche	1,9	22,5	- 12,1	13,0	17,4
Nichtwohnbau <sup>1)</sup>					
Rauminhalt	22,7	2,0	- 19,7	- 33,2	- 34,7
Nutzfläche	17,7	1,5	- 5,0	- 34,6	- 26,4
Wohnungen insgesamt <sup>2)</sup>	6,0	48,0	- 1,5	12,3	12,5
Wohn- und Nutzfläche insgesamt <sup>2)</sup>	7,6	12,1	- 14,6	- 12,1	- 7,7
1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).					

**Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen**

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzelhandel	Preise		Arbeitsmarkt <sup>7)</sup>			
	Volumenindex des Auftragseingangs <sup>2)</sup> 2005 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-eingangs <sup>4)</sup> 2005 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze <sup>5)</sup> 2005 = 100	Verbraucherpreis-index <sup>6)</sup> 2005 = 100	Arbeitslose <sup>8)</sup>	Arbeitslosenquote <sup>9)</sup>	Gemeldete Arbeitsstellen <sup>9)10)</sup>	Kurzarbeit (Personen) <sup>9)</sup>
	insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen <sup>11)</sup>												
2009 D	92,9	90,1	95,4	346 683	113,0	23 064	96,7	106,6	209 947	7,7	24 493	71 893
2010 D	104,5	95,9	112,2	339 548	94,7	23 359	99,3	107,5	197 932	7,2	30 821	31 737
2011 D	106,5	98,3	113,9	351 396	117,7	24 557	102,0	109,7	182 518	6,6	38 053	7 943
2011 August	99,0	95,9	101,7	355 483	133,1	24 975	100,9	109,8	180 991	6,5	40 092	3 552
September	107,3	104,1	110,2	357 135	121,0	24 928	101,0	110,1	173 526	6,2	41 357	3 669
3. Vj. D	103,2	100,0	106,0	355 122	121,2	24 865	99,8	110,0	.	.	.	.
Oktober	96,8	92,4	100,8	356 743	99,6	26 170	105,3	110,1	170 317	6,1	41 246	3 334
November	106,9	100,5	112,6	356 305	103,7	25 896	107,6	110,1	167 289	6,0	40 395	3 597
Dezember	93,4	78,8	106,6	354 698	152,7	25 256	120,4	110,7	169 276	6,1	37 922	7 849
4. Vj. D	99,0	90,6	106,7	355 915	118,7	25 774	111,1	110,3	.	.	.	.
2012 Januar	108,8	106,1	111,2	355 296	117,9	24 603	94,7	110,4	185 474	6,7	35 139	11 651
Februar	104,3	97,5	110,3	354 308	104,0	24 573	94,8	111,3	186 399	6,7	36 362	12 834
März	112,9	102,2	122,5	354 846	130,5	25 001	110,0	111,5	181 911	6,6	36 897	9 525
1. Vj. D	108,7	101,9	114,7	354 817	117,5	24 726	99,9	111,1	.	.	.	.
April	95,3	88,3	101,7	354 255	139,5	25 218	101,3	111,7	181 250	6,5	36 639	5 059
Mai	102,4	96,5	107,7	354 482	119,9	25 360	105,6	111,5	176 865	6,3	36 482	7 709
Juni	102,9	92,2	112,6	354 862	171,7	25 557	104,3	111,5	175 172	6,2	36 504	...
2. Vj. D	100,2	92,3	107,3	354 533	143,7	25 378	103,8	111,6	.	.	.	.
Juli	98,8	92,0	104,8	356 054	115,7	25 516	98,3	111,9	182 465	6,5	36 688	.
August	95,9	89,1	102,0	358 504	147,8	25 643	102,1	112,3	179 905	6,4	35 845	...
September	93,9	87,5	99,7	358 616	124,3	25 611	101,2	112,3	172 680	6,2	35 492	...
3. Vj. D	96,2	89,5	102,2	357 725	129,3	25 590	100,6	112,2	.	.	.	.
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>11)</sup>												
2009 D	-10,8	-9,1	-12,2	-3,9	-0,7	-2,8	-2,3	0,1	3,3	.	-25,2	898,4
2010 D	12,5	6,4	17,6	-2,1	-16,1	1,3	2,7	0,8	-5,7	.	25,8	-55,9
2011 D	1,9	2,5	1,5	3,5	24,2	5,1	2,7	2,0	-7,8	.	23,5	-75,0
2011 August	0,5	5,3	-3,2	4,1	32,1	7,3	6,0	1,9	-7,5	.	14,5	-78,3
September	0,7	2,3	-0,5	3,9	14,6	7,1	2,5	2,3	-7,2	.	17,1	-77,0
3. Vj. D	0,6	4,1	-2,2	3,9	18,5	7,3	2,3	2,2	.	.	.	.
Oktober	-6,2	-1,9	-9,4	3,8	17,3	6,6	2,9	2,4	-6,9	.	15,7	-76,8
November	-2,0	0,0	-3,7	3,7	35,0	6,4	2,4	2,3	-7,9	.	15,2	-72,5
Dezember	-6,5	-15,6	0,8	3,5	67,3	6,3	0,8	1,7	-8,0	.	14,2	-53,2
4. Vj. D	-4,9	-5,6	-4,1	3,7	40,7	6,5	1,9	2,1	.	.	.	.
2012 Januar	-0,8	6,0	-6,1	3,0	74,3	7,1	3,0	1,9	-7,8	.	11,7	-38,3
Februar	-8,3	-3,8	-11,8	2,7	4,0	6,3	4,6	2,2	-6,1	.	6,7	-29,6
März	-8,6	-5,1	-11,2	2,3	5,1	7,2	6,0	2,0	-5,2	.	2,4	-29,4
1. Vj. D	-6,1	-1,2	-9,8	2,7	20,8	6,9	4,7	2,1	.	.	.	.
April	-9,6	-9,4	-9,7	1,9	18,1	3,6	-3,0	1,9	-3,3	.	-1,0	-33,1
Mai	-8,3	-6,9	-9,4	1,7	-5,3	3,9	1,4	1,9	-3,0	.	-3,7	-26,4
Juni	-4,1	-5,6	-2,8	1,2	10,1	3,9	8,1	1,8	-3,4	.	-6,1	...
2. Vj. D	-7,3	-7,3	-7,3	1,6	7,6	3,8	2,1	1,9	.	.	.	.
Juli	-4,3	-7,9	-1,1	1,0	5,6	3,3	0,8	1,7	-2,0	.	-8,9	.
August	-3,1	-7,1	0,3	0,9	11,1	2,7	1,2	2,3	-0,6	.	-10,6	...
September	-12,5	-15,9	-9,5	0,5	2,8	2,7	101,2	2,0	-0,5	.	-14,2	...
3. Vj. D	-6,8	-10,5	-3,6	0,8	6,7	2,9	100,6	2,0	.	.	.	.
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>11)</sup>												
2011 August	-4,1	-4,0	-4,1	0,8	21,4	1,2	3,5	-0,2	-2,8	.	-0,4	9,5
September	8,4	8,6	8,4	0,5	-9,1	-0,2	0,1	0,3	-4,1	.	3,2	3,3
3. Vj. D	-4,5	0,4	-8,5	1,7	-9,2	1,7	-1,9	0,5	.	.	.	.
Oktober	-9,8	-11,2	-8,5	-0,1	-17,7	5,0	4,3	0,0	-1,8	.	-0,3	-9,1
November	10,4	8,8	11,7	-0,1	4,1	-1,0	2,1	0,0	-1,8	.	-2,1	7,9
Dezember	-12,6	-21,6	-5,3	-0,5	47,2	-2,5	11,9	0,5	1,2	.	-6,1	118,1
4. Vj. D	-4,1	-9,4	0,7	0,2	-2,1	3,7	11,3	0,3	.	.	.	.
2012 Januar	16,5	34,6	4,3	0,2	-22,8	-2,6	-21,3	-0,3	9,6	.	-7,3	48,4
Februar	-4,1	-8,1	-0,8	-0,3	-11,8	-0,1	0,1	0,8	0,5	.	3,5	10,2
März	8,2	4,8	11,1	0,2	25,5	1,7	16,0	0,2	-2,4	.	1,5	-25,8
1. Vj. D	9,8	12,5	7,5	-0,3	-1,0	-4,1	-10,1	0,7	.	.	.	.
April	-15,6	-13,6	-17,0	-0,2	6,9	0,9	-7,9	0,2	-0,4	.	-0,7	-46,9
Mai	7,5	9,3	5,9	0,1	-14,0	0,6	4,2	-0,2	-2,4	.	-0,4	-6,9
Juni	0,5	-4,5	4,5	0,1	43,2	0,8	4,1	0,0	-1,0	.	0,1	...
2. Vj. D	-7,8	-9,4	-6,5	-0,1	22,3	2,6	3,9	0,5	.	.	.	.
Juli	-4,0	-0,2	-6,9	0,3	-32,6	-0,2	-1,9	0,4	4,2	.	0,5	.
August	-2,9	-3,2	-2,7	0,7	27,7	0,5	-3,3	0,4	-1,4	.	-2,3	...
September	-2,1	-1,8	-2,3	0,0	-15,9	-0,1	-2,5	0,0	-4,0	.	-1,0	...
3. Vj. D	-4,0	-3,0	-4,8	0,9	-10,0	0,8	-1,2	0,5	.	.	.	.

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen (vorläufige Werte); Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderten Verfahren (Data Warehouse - Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 8) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. Änderung der methodischen Grundlagen. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.





schlagten Baukosten 15 % höher als im dritten Quartal des Vorjahres. 60 % davon gingen auf Vorhaben der privaten Haushalte zurück.

Für den Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 78 bzw. 16 Genehmigungen mehr erteilt als im Vorjahreszeitraum. Die Genehmigungen im Geschossbau nahmen um 48 und die der darin vorgesehenen Wohnungen um 539 zu. Die Anzahl der in allen Neubauten vorgesehenen Wohnungen stieg um 26 % auf 3489. Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden sollten 448 zusätzliche Wohnungen ergeben. 64 Wohnungen wurden im Rahmen von Um- oder Neubauten von Nichtwohngebäuden genehmigt. Die Anzahl aller vorgesehenen Wohnungen erhöhte sich somit gegenüber dem dritten Quartal 2011 um ein Achtel auf 4001. Ihre durchschnittliche Wohnfläche betrug 113 m<sup>2</sup>. Die durchschnittlichen Kosten je Wohnung stiegen um 1,5 % und je m<sup>2</sup> Wohnfläche um 2,3 %.

Beim **Nichtwohnbau** sank der Flächenbedarf im zweiten Vierteljahr 2012 auf 500 000 m<sup>2</sup>. Er fiel um ein Viertel geringer aus als im Vorjahreszeitraum. Die Baukosten wurden mit 797,9 Mill. Euro um 13 % niedriger veranschlagt. Den Ausschlag hierfür gab ein Rückgang der Investitionen in Handels- und Lagergebäude. Dagegen nahm der Flächenbedarf bei Anstaltsgebäuden, Fabrik- und Werkstattgebäuden, Büro- und Verwaltungsgebäuden sowie landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden zu. Die öffentlichen Bauvorhaben wurden mit insgesamt 126,9 Mill. Euro um 14 % niedriger veranschlagt als im zweiten Quartal des Vorjahres.

### Einzelhandel: Konjunkturelle Abkühlung setzt sich im dritten Quartal 2012 fort

Der hessische Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) hat in den ersten 9 Monaten des Jahres 2012 real 0,3 % mehr umgesetzt als im gleichen Vorjahreszeitraum. Diese Zunahme im bisherigen Jahresverlauf resultiert aus einem

Anstieg des preisbereinigten Umsatzes im ersten Quartal von 2,6 % im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. Im zweiten Quartal ging die Geschäftstätigkeit in realer Rechnung um 0,1 % zurück. Im dritten Vierteljahr 2012 weiteten sich die Verluste aus. Das Minus betrug 1,5 % im Vergleich zum dritten Quartal 2011. In der saison- und kalenderbereinigten Darstellung zeigt sich ebenfalls, dass ab dem zweiten Quartal der Zenit überschritten wurde und somit das erste Quartal 2012 einen Wendepunkt darstellt. Die ab der zweiten Hälfte des Jahres 2009 zu beobachtende Aufwärtsbewegung verlief nicht kontinuierlich, sondern eher treppenförmig. Dieses Muster fand mit dem ersten Quartal 2012 sein Ende. Auch die im August 2012 begonnene Eintrübung des ifo-Geschäftsklimaindex für den Einzelhandel in Deutschland hat sich in den beiden Folgemonaten fortgesetzt. Im Oktober 2012 zeigten sich die befragten Unternehmen bezüglich des erwarteten Geschäftsverlaufs in den nächsten 6 Monaten erheblich pessimistischer als noch zu Beginn des Jahres.

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, auf den gut ein Drittel des Umsatzes des Einzelhandels entfiel, schloss die ersten 9 Monate mit einem realen Plus von 0,5 % gegenüber dem Zeitraum von Januar bis September 2011 ab. Zum positiven Ergebnis trug auch hier nur das erste Quartal 2012 bei. Der Rückgang der inflationsbereinigten Geschäftstätigkeit war in den beiden Folgequartalen etwa gleich hoch und lag bei 0,8 bzw. 0,7 %. Blendet man die Saison- und Kalendereinflüsse aus, so zeigt sich, dass sich im dritten Quartal 2012 der Rückgang der preisbereinigten Umsätze nicht beschleunigt hat. Auffallend ist beim Einzelhandel mit Lebensmitteln, dass die Umsatzsituation im Krisenjahr 2009 relativ stabil war. Erst die beiden ersten Quartale im Jahr 2010 wiesen einen schwächeren Verlauf auf. Die Volatilität ist insgesamt deutlich geringer als im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln; die Nachfrage nach Nahrungsmitteln ist auch in Krisenzeiten relativ stabil.

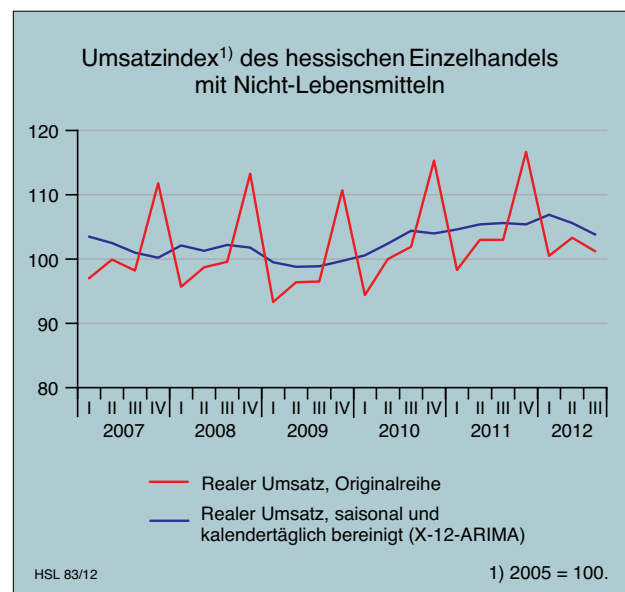
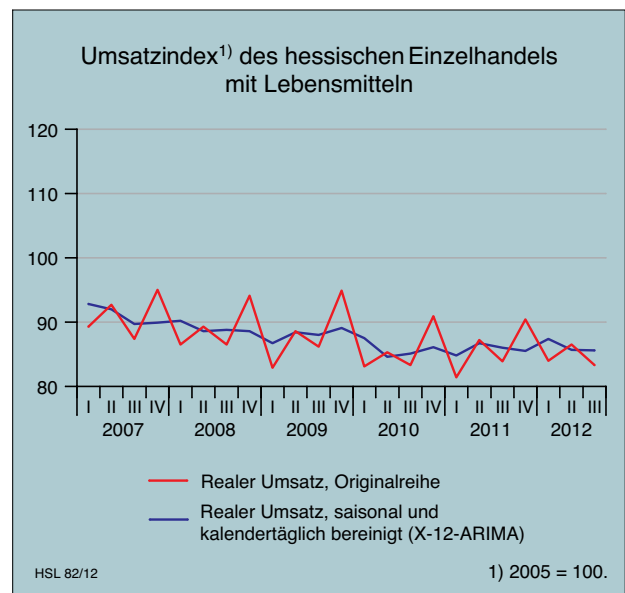
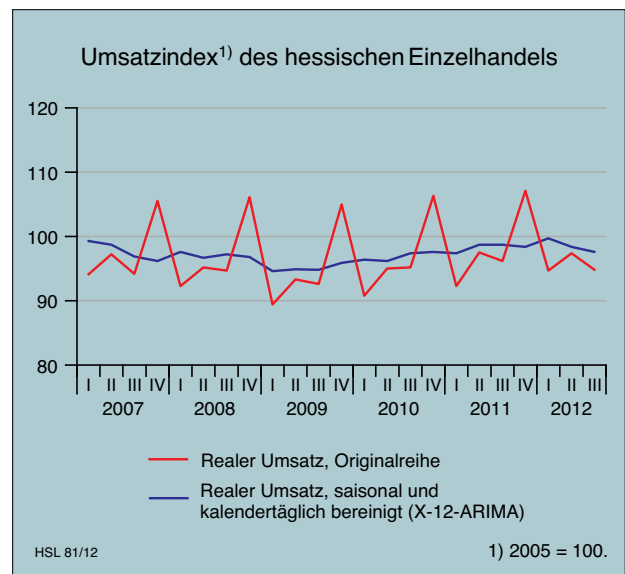
Auch der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln beendete die ersten 9 Monate des Jahres 2012 noch mit einem inflationsbereinigten Umsatzplus, und zwar von 0,2 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Allerdings wiesen hier die ersten beiden Quartale des Jahres noch ein reales Umsatzplus auf. Im dritten Quartal 2012 ging die reale Geschäftstätigkeit dann um 1,7 % zurück. Saison- und kalenderbereinigt zeigt sich, dass in den Jahren 2010 und 2011 der Beginn der zweiten Jahreshälfte von Stagnationstendenzen gekennzeichnet war; ihnen gingen jedoch Aufwärtstendenzen voraus. Dieses Muster setzte sich im Jahr 2012 nicht fort. Wie im Einzelhandel insgesamt und im Lebensmitteleinzelhandel war ein Wendepunkt im ersten Vierteljahr 2012 festzustellen. In der preis-, saison- und kalenderbereinigten Darstellung nahm

## Umsätze und Beschäftigte im Einzelhandel in Hessen nach Wirtschaftszweigen

Art der Angabe	2011		2012		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Messzahlen; Monatsdurchschnitt 2005 = 100					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel <sup>1)</sup>	99,8	111,1	99,9	103,8	100,6
Einzelhandel mit Lebensmitteln	94,4	102,4	96,7	100,6	96,6
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln <sup>1)</sup>	102,4	115,9	101,0	104,9	102,2
Reale Umsätze <sup>2)</sup>					
Einzelhandel <sup>1)</sup>	96,2	107,1	94,7	97,4	94,8
Einzelhandel mit Lebensmitteln	83,9	90,4	84,0	86,5	83,3
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln <sup>1)</sup>	103,0	116,7	100,5	103,3	101,2
Beschäftigte					
Einzelhandel <sup>1)</sup>	97,2	98,4	97,5	98,0	97,8
Einzelhandel mit Lebensmitteln	99,2	100,0	99,1	100,9	101,5
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln <sup>1)</sup>	96,3	97,7	96,8	96,7	96,0
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel <sup>1)</sup>	97,9	99,3	98,3	98,9	98,4
Einzelhandel mit Lebensmitteln	100,1	100,3	99,6	101,3	102,0
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln <sup>1)</sup>	96,8	98,9	97,8	97,6	96,4
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel <sup>1)</sup>	2,3	1,9	4,7	2,1	0,8
Einzelhandel mit Lebensmitteln	2,9	1,8	5,9	2,2	2,3
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln <sup>1)</sup>	1,7	1,8	3,7	1,8	-0,2
Reale Umsätze <sup>2)</sup>					
Einzelhandel <sup>1)</sup>	1,1	0,8	2,6	-0,1	-1,5
Einzelhandel mit Lebensmitteln	0,7	-0,6	3,2	-0,8	-0,7
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln	1,1	1,2	2,2	0,3	-1,7
Beschäftigte					
Einzelhandel <sup>1)</sup>	1,6	1,1	1,4	1,4	0,6
Einzelhandel mit Lebensmitteln	1,0	1,3	0,9	2,3	2,3
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln	1,9	1,0	1,7	1,0	-0,3
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel <sup>1)</sup>	2,6	2,8	2,3	2,1	0,5
Einzelhandel mit Lebensmitteln	2,2	2,8	0,9	2,1	1,9
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln <sup>1)</sup>	3,0	2,6	3,2	2,0	-0,4

1) Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 2) In Preisen des Jahres 2005.

der Abschwung im dritten Quartal gegenüber dem zweiten noch zu. Da auf den Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln knapp zwei Drittel des Umsatzes entfallen,



bestimmt dieser Bereich die Entwicklung im gesamten Einzelhandel maßgeblich.

Die gestiegene Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung vor dem Hintergrund der anhaltenden Eurokrise und den dämpfenden Effekten aus den USA und Asien macht sich inzwischen auch am Arbeitsmarkt bemerkbar. Von Januar bis September 2012 nahm die Zahl der im hessischen Einzelhandel Beschäftigten um 1,2 % gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zu. In den ersten beiden Quartalen des Jahres 2012 erhöhte sich die Beschäftigung insgesamt um jeweils 1,4 % gegenüber den gleichen Quartalen des Vorjahres. Im dritten Vierteljahr 2012 war die Zuwachsrate mit 0,6 % noch positiv, fiel aber deutlich geringer aus. Während im Einzelhandel mit Lebensmitteln die Beschäftigungsentwicklung im dritten Quartal 2012 mit einem Plus von 2,3 % gegenüber dem dritten Quartal 2011 noch kräftig war, verzeichnete der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln einen leichten Beschäftigungsrückgang.

Für die bisher an dieser Stelle dargestellten Ergebnisse der anderen beiden Wirtschaftsbereiche des Handels – Kfz- und Großhandel – liegen noch keine Ergebnisse vor. Der Grund hierfür ist, dass in diesen Bereichen das Erhebungsverfahren umgestellt wird. Bisher wurden die Ergebnisse anhand von hochgerechneten Stichproben erstellt. Ab dem Monatsbericht September 2012 werden für die kleinen und mittleren Unternehmen Verwaltungsdaten zur Errechnung der Ergebnisse genutzt. Die Großunternehmen werden wie bisher befragt. Durch die Nutzung von Verwaltungsdaten und die damit verbundene komplexere Zusammenführung von Resultaten aus unterschiedlichen Datenquellen verzögert sich die Bereitstellung der Ergebnisse um rund 3 Wochen. Dem zeitlichen Verlust steht allerdings eine Entlastung von ca. 550 Unternehmen gegenüber; befragt werden nunmehr nur noch 230 Unternehmen. Im Einzelhandel hat sich aufgrund der kleinteiligeren Struktur die Nutzung von Verwaltungsdaten als qualitativ nicht zielführend erwiesen, sodass in diesem Wirtschaftsbereich wie bisher die Ergebnisse auf der Basis von Stichprobenergebnissen und deren Hochrechnungen erstellt werden.

### **Arbeitsmarkt schwächer, aber robust**

Die deutsche Wirtschaft erweist sich als widerstandsfähig, auch wenn das Wachstumstempo etwas abgenommen hat: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im zweiten Quartal 2012 gegenüber dem Vorquartal preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,3 %. Zum Jahresbeginn 2012 hatte das BIP um 0,5 % zugelegt. Die strukturellen Anpassungen in weiten Teilen der Eurozone nehmen erhebliche Zeit in Anspruch. Von den deutschen Exportmärkten in der Eurozone sind deshalb nur schwache Impulse zu erwarten. Zur Anpassungsrezession in

der Eurozone kommt das nachlassende Wachstum der Weltkonjunktur. Auch mit dem wieder stärkeren Euro fällt eine Unterstützung für das Ausfuhrgeschäft weg. Vorlaufende Indikatoren wie die Indizes von ifo und ZEW sind bereits deutlich gesunken.

Die Euro-Krise hinterlässt auch in der hessischen Wirtschaft ihre Spuren. Nach der Herbstumfrage der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern liegt das Geschäftsklima bei 110 Punkten. Dies ist ein Rückgang von 11 Punkten gegenüber der Vorumfrage im Frühsommer und liegt damit immer noch über dem langfristigen Mittel. Die Grundstimmung ist nach Einschätzung der IHK in den hessischen Unternehmen nach wie vor positiv.

Die rückläufige konjunkturelle Entwicklung spiegelt sich auch in den Beschäftigungsplänen der Unternehmen wider. Die Unternehmen werden nach wie vor einstellen, aber in einem geringeren Umfang. Die Zuwächse fallen geringer aus als im Beschäftigungsboom der letzten Jahre – der Saldo aus Ausweitung und Einschränkung ist der niedrigste seit über 2 Jahren. Fraglich ist, ob der potenzielle Beschäftigungszuwachs mit einer sinkenden Arbeitslosenzahl einhergeht. Vermutlich können mehr Personen als erwartet aus der Stillen Reserve in den Arbeitsmarkt zurückkehren, wobei es sich dabei um Übergänge aus Nichterwerbstätigkeit oder Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik handeln könnte.

In den letzten Jahren wies die Entwicklung des Arbeitsmarktes einen erfreulich positiven Trend auf, der nur kurzfristig von der Finanzkrise unterbrochen wurde. Ursachen hierfür waren die starke Konjunktur vor und nach der Krise und die Hartzreformen sowie die moderate Lohnpolitik. Vieles deutet darauf hin, dass dieser Prozess auf hohem Niveau zu Ende geht.

Die Arbeitslosigkeit in Hessen ist in den letzten Monaten saisonal gestiegen. Das schwierige wirtschaftliche Umfeld hat auch hier seine Spuren hinterlassen. Die in den Vorjahren stattgefundene Phase der moderaten Lohnentwicklung begünstigte die Arbeitsnachfrage. Diese Impulse verringern sich bei steigenden Lohnkosten durch höhere Tarifabschlüsse. Auch die Frühindikatoren des Arbeitsmarkts, wie z. B. die Zahl der Leiharbeiter oder die bei der Bundesagentur gemeldeten offenen Stellen, haben ihre Höchststände überschritten.

Der positive Trend bei der Erwerbstätigkeit ist flacher geworden. In Hessen waren im zweiten Quartal 2012 rund 3,23 Mill. Personen erwerbstätig; fast 43 000 oder 1,3 % mehr als im entsprechenden Vorjahresquartal. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) war der Beschäftigungsaufbau weiterhin positiv, aber weniger dynamisch als in den Vorquartalen (jeweils im Ver-

Arbeitsmarkt in Hessen nach Quartalen<sup>1)</sup>

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011		2012		
		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Erwerbstätige</b>						
Erwerbstätige (Inland) i n s g e s a m t	1000	3 202,3	3 234,7	3 206,4	3 228,1	...
Zu- bzw. Abnahme (–) der Erwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal	%	1,6	1,8	1,7	1,3	...
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	1000	2 261,9	2 283,9	2 262,3	2 272,0	...
<b>Arbeitslose</b>						
Arbeitslose i n s g e s a m t	Anzahl	180 209	168 974	184 595	177 762	178 350
und zwar						
Männer	„	91 989	87 012	99 138	93 433	92 316
Frauen	„	88 219	81 962	85 457	84 329	86 034
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	„	19 407	14 730	17 656	16 838	19 470
dar. 15 bis unter 20	„	4 068	2 975	3 183	3 178	3 825
50 oder älter	„	52 824	51 487	55 322	53 658	52 933
dar. 55 oder älter	„	32 035	31 433	33 274	32 411	32 024
Ausländer	„	45 599	43 717	47 231	46 035	46 072
im Rechtskreis III	„	53 511	48 492	60 214	54 883	57 319
im Rechtskreis II	„	126 698	120 449	124 380	122 879	121 031
Zu- bzw. Abnahme (–) der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal	%	– 7,1	– 7,6	– 6,4	– 3,2	– 1,0
Arbeitslosenquote <sup>2)</sup> i n s g e s a m t	„	5,8	5,4	5,9	5,7	5,7
und zwar						
Männer	„	5,5	5,2	6,0	5,6	5,6
Frauen	„	6,0	5,6	5,8	5,7	5,8
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	„	6,0	4,5	5,4	5,1	5,9
dar. 15 bis unter 20	„	4,4	3,2	3,4	3,4	4,1
50 oder älter	„	6,3	6,1	6,5	6,2	6,0
dar. 55 oder älter	„	6,9	6,8	7,2	6,8	6,0
Ausländer	„	13,0	12,5	13,5	12,9	12,8
Deutsche	„	4,8	4,5	5,0	4,7	4,8
<b>Gemeldete Stellen</b>						
Gemeldete Stellen (Bestand) <sup>3)</sup>	Anzahl	40 570	39 854	36 091	36 542	36 008
<b>Kurzarbeit</b>						
Betriebe mit Kurzarbeit <sup>4)</sup>	„	534	621	1 166	...	...
Kurzarbeiter <sup>4)</sup>	„	3 488	4 927	11 327	...	...
Anzeigen über Kurzarbeit	„	85	384	214	105	...
Anzahl d. i. d. Anzeigen über Kurzarbeit genannten Personen	„	1 169	5 668	2 872	1 217	...
1) Durchschnittswerte des Quartals. — 2) Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — 3) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 4) Daten liegen erst 5 Monate nach den Quartalsergebnissen vor.						
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung sowie Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.						

gleich zum entsprechenden Vorjahresquartal). Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte nach dem Höchststand im vierten Quartal 2011 das zweitbeste Quartalsergebnis.

### Der relative Zuwachs an neuen Arbeitsplätzen in Hessen entsprach dem Bundesdurchschnitt

Die Erwerbstätigen setzen sich aus mehreren Teilgruppen zusammen. Die größte Gruppe ist die der sozial-

versicherungspflichtig Beschäftigten. Wie schon in den Vorquartalen lag in dieser Gruppe der Schwerpunkt des Beschäftigungsaufbaus im zweiten Quartal. Die Zuwächse im Jahresvergleich schwächten sich tendenziell ab. Die übrigen Formen der Erwerbstätigkeit sind wegen ihrer Dynamik weniger an die wirtschaftliche Entwicklung gebunden. Dies gilt insbesondere für die marginal Beschäftigten, die rund 13 % aller Erwerbstätigen aus-



machen. Hier ist seit dem ersten Quartal 2010 ein Rückgang gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Das liegt in erster Linie daran, dass die zu dieser Beschäftigungsart zählenden Arbeitsgelegenheiten – die Ein-Euro-Jobs – seltener vergeben werden.

Zum Beschäftigungsaufbau im zweiten Quartal 2012 trugen in Hessen fast alle Wirtschaftsbereiche bei. Die größten absoluten Zuwächse gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum verzeichneten die Dienstleistungsbereiche (+ 35 200 Erwerbstätige oder + 1,4 %). Die größten absoluten Beschäftigungsgewinne innerhalb der Dienstleistungsbereiche gab es im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ mit einem Plus von 14 700 Personen (+ 1,7 %), gefolgt vom Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit“ mit einem Plus von 12 900 Personen (+ 1,4 %). Der Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ verzeichnete ein Plus von gut 7500 oder 1,1 %.

Im Baugewerbe stieg die Zahl der Erwerbstätigen im zweiten Quartal 2012 gegenüber dem Vorjahr um knapp 1400 Personen oder 0,8 %, im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) um mehr als 6600 Personen oder 1,3 %. In der Land- und Forstwirtschaft; Fischerei sank im gleichen Zeitraum die Erwerbstätigenzahl um 300 oder 0,9 %.

Die Arbeitslosigkeit nahm im dritten Quartal 2012 im Vergleich zum Vorjahresquartal ab, wenn auch nicht so stark wie in den Vorjahren. Im Durchschnitt des dritten Quartals waren in Hessen insgesamt 178 400 Arbeitslose registriert. Die Arbeitslosigkeit verringerte sich im Jahresvergleich um knapp 1900 Personen. Im Vorquartal betrug der Rückgang gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal noch 6000 Personen und im ersten Quartal sogar fast 13 000. Im Vergleich zum Vorquartal gab es erstmals seit dem dritten Quartal 2006 einen leichten Anstieg von 0,3 %. Gründe für die aktuelle Entwicklung sind die schwächeren konjunkturellen Impulse und ein weiterer Rückgang der Entlastungswirkungen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Vergleich zum Vorjahr. Dies betrifft insbesondere die vorruhestandsähnlichen Regelungen, die Arbeitsgelegenheiten und den Gründungszuschuss. Dies führt dazu, dass die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) im Vorjahresvergleich sogar noch stärker sank (- 5,0 %).

In den alten Ländern (ohne Berlin) insgesamt war die Entwicklung schlechter als in Hessen. Die Arbeitslosigkeit stieg um 0,7 % auf knapp 2 Mill. Personen. Anstiege gab es in 5 Ländern, und zwar in Rheinland-Pfalz, Saarland, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. In den restlichen 5 Ländern gab es Rückgänge, die in Schleswig-Holstein und Niedersachsen am stärk-

ten ausfielen. Die Arbeitslosigkeit nahm in allen neuen Ländern ab. Die Spanne der relativen Rückgänge reicht im dritten Quartal von 2,1 % (Sachsen-Anhalt) bis knapp 8,0 % (Sachsen).

Die hessische Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, war mit 5,7 % im aktuellen Berichtsquartal genauso hoch wie im Vorquartal, aber geringfügig niedriger als im Vorjahresquartal. Die hessische Quote war auch günstiger als die der alten Länder und wiederum deutlich niedriger als die für Gesamtdeutschland. Im Länderranking konnte Hessen den vierten Platz behaupten. Bessere Arbeitslosenquoten wiesen nur die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf. Die Quote in Rheinland-Pfalz stieg im Jahresvergleich um 0,2 Prozentpunkte auf 5,3 %, während diese in den beiden anderen Ländern unverändert blieb.

Nach den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) lag die Arbeitslosenquote für Deutschland insgesamt bei 5,4 %. Deutschland belegt innerhalb der europäischen Union hinter Österreich und Luxemburg einen beachtlichen dritten Platz und hat die Niederlande vom dritten auf den vierten Platz verdrängt. Die umgerechnete hessische Quote liegt bei 4,8 %. In der Eurozone (EU 17) belief sich die Quote auf 11,6 % und war damit 1 Prozentpunkt höher als im Durchschnitt der EU-Länder (EU 27).

Die niedrige Arbeitslosenquote in Deutschland und in Hessen im Vergleich zu den Nachbarstaaten hat auch Auswirkungen auf die Erwerbsquoten. Diese lagen in Deutschland und auch in Hessen mit rund 77 % deutlich über dem Durchschnitt des Euroraumes (rund 72 %).

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Personengruppen in Hessen war unterschiedlich. Die Zahl der arbeitslosen Frauen und die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren sanken. Bei den Frauen dürfte insbesondere der vermehrte Bedarf an Arbeitskräften im Gesundheits- und Erziehungsbereich verantwortlich sein, während bei den Jugendlichen der Ausbildungs-, Schul- oder Studienbeginn zur Senkung der Arbeitslosenzahl beitrug. Die Zahl der 50 Jahre oder älteren Arbeitslosen blieb im Vorjahresvergleich nahezu unverändert und erreichte einen Anteil von rund 30 % an allen hessischen Arbeitslosen. Die Zahl der arbeitslosen Männer, die rund 52 % aller Arbeitslosen stellen, erhöhte sich im Berichtsquartal im Vergleich zum Vorjahresquartal leicht um 0,4 %.

Von den 178 400 Arbeitslosen im dritten Quartal 2012 wurden gut 32 % im Rechtskreis SGB III von einer Agentur für Arbeit und knapp 68 % im Rechtskreis SGB II von einem Träger der Grundsicherung betreut. Die Arbeitslosenzahl stieg gegenüber dem Vorjahr im Rechtskreis

SGB III um 7,1 %; im Rechtskreis SGB II gab es einen Rückgang von 4,5 %. Hessen lag mit seinem SGB II-Anteil unter dem bundesweiten Durchschnitt (69 %), aber über dem Durchschnitt der alten Länder (67 %). Die höchsten Quoten wiesen die Stadtstaaten Bremen und Berlin aus (82 bzw. 80 %), die niedrigsten Quoten meldeten Bayern und Baden-Württemberg.

Die Zugehörigkeit zum Rechtskreis wirkt sich auch auf die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit aus: Nach Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit, die rückwirkend ab 2007 auf die integrierte Arbeitslosenstatistik umgestellt wurde und somit auch Daten der zugelassenen kommunalen Träger beinhaltet, betrug die Dauer der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III 181, im Rechtskreis SGB II dagegen 594 Tage. Nur im Rechtskreis SGB III verringerte sich die Arbeitslosenzeit im zweiten Quartal 2012 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 8 Tage, während sie im Rechtskreis SGB II unverändert blieb.

Im Ländervergleich belegte Hessen bezüglich der Arbeitslosendauer im Rechtskreis SGB III einen vorderen Platz. Bundesweit betrug hier die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit 224 Tage. Deutliche Unterschiede zeigten sich zwischen den neuen und alten Ländern: 200 Tage dauerte die Arbeitslosigkeit in den alten Ländern bzw. 293 Tage in den neuen Ländern. Umgekehrt ist es im Rechtskreis SGB II: Hier ist die Dauer der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern mit 532 Tagen deutlich geringer als in den alten Ländern. Bundesweit betrug die Arbeitslosenzeit im SGB II durchschnittlich 575 Tage.

Von den 26 kreisfreien Städten und Landkreisen Hessens meldeten 15 einen Rückgang der Arbeitslosenzahl im Vorjahresvergleich, wohingegen 11 einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu vermelden hatten. Im Vorquartal hatten noch 21 Kreise einen Rückgang zu verzeichnen und im ersten Quartal 2012 gegenüber dem Vorjahresquartal waren, bis auf den Odenwaldkreis, in allen kreisfreien Städten und Landkreisen Rückgänge zu verzeichnen. Die stärksten Rückgänge im Berichtsquartal im Vergleich zum Vorjahresquartal verzeichneten die Landkreise Darmstadt-Dieburg und Fulda (- 8,5 bzw. - 7,7 %), gefolgt vom Rheingau-Taunus-Kreis mit 7,1 %. Dagegen meldeten die Landkreise Groß-Gerau und Hersfeld-Rotenburg mit fast 10 % die stärksten Zugänge.

Aufgrund des weiteren starken Rückgangs der Arbeitslosenzahl hatte der Landkreis Fulda mit 3,5 % die günstigste Arbeitslosenquote und liegt klar vor dem Hochtaunuskreis (3,8 %). Mit Abstand folgten der Rhein-Taunus-Kreis (4,2 %) und der Main-Taunus-Kreis (4,3 %). Die höchsten Quoten meldeten, wie schon in den Vorquartalen, die kreisfreien Städte Offenbach (10,5 %) und Kassel (9,6 %). Im Vergleich zur hessenweiten Arbeitslo-

senquote von 5,7 % hatten alle kreisfreien Städte eine deutlich höhere Quote, während von den 21 Landkreisen nur 4 über diesem Wert lagen.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit war in den 3 Regierungsbezirken unterschiedlich stark. Stark abgeschwächte Rückgänge meldeten alle 3 Regierungsbezirke Hessens. Am stärksten waren die Rückgänge im südhessischen Regierungsbezirk mit 1,4 %, während der mittelhessische und nordhessische Regierungsbezirk nur moderate Abnahmen der Arbeitslosenzahlen (- 0,5 bzw. - 0,3 %) verzeichneten. In den Regierungsbezirken Darmstadt und Giessen entsprach die Quote dem Landesdurchschnitt von 5,7 %, im nordhessischen Regierungsbezirk lag sie zum zweiten Mal in Folge unter dieser Quote.

Der Bestand an offenen Stellen hat im Vergleich zum Vorjahresquartal um 11 % abgenommen. Aktuell waren rund 36 000 offene Stellen bei den Agenturen registriert. Somit liegt der Bestand auf dem Niveau des Höchststandes vor der Finanzkrise. Von allen gemeldeten Stellen entfielen zum Quartalsende 94 % auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Dies entsprach einem Rückgang von 13 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. 4,7 % aller gemeldeten Stellen entfielen auf geringfügige Arbeitsstellen. Im Vergleich zum Vorjahr war hier ein Rückgang von 24 % zu verzeichnen. Von den knapp 34 000 sozialversicherungspflichtigen Stellen waren rund drei Viertel für eine unbefristete Arbeitsstelle vorgesehen.

Nach der Statistik über den Ausbildungsmarkt wurden in Hessen nach Abschluss des Berufsausbildungsjahres 44 800 Bewerber den Agenturen 2011/12 gemeldet; 6,0 % mehr als im Vorjahr. Das Ende der Wehrpflicht von Bundeswehr und Zivildienst und die ersten G8-Schulabgänger sorgten dafür, dass die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz stieg. Gleichzeitig wurden 36 500 Berufsausbildungsstellen gemeldet; das waren 2,0 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Somit kam auf einen Bewerber rechnerisch weniger als 1 Berufsausbildungsstelle (0,81; Vorjahr: 0,88). Von den gemeldeten Bewerbern waren in Hessen zum Ende des Berichtsjahres knapp 1000 junge Frauen und Männer unversorgt. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum war dies ein Anstieg von 44 %.

### **Nochmals weniger Insolvenzen von Unternehmen**

Von Juli bis September 2012 haben die hessischen Amtsgerichte über 393 Anträge auf Insolvenz von Unternehmen entschieden. Das sind knapp 2 % weniger als im vorherigen Quartal und fast 7 % weniger als im dritten Quartal des Vorjahres. Damit setzt sich die schon Anfang des Jahres zu beobachtende positive Entwicklung bei den Unternehmensinsolvenzen fort.

Der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Anträge liegt im dritten Quartal 2012 mit 28 % zwar wieder über dem Niveau des zweiten Quartals (25 %), aber noch unter dem Wert des ersten Quartals (32 %).

Die voraussichtlichen offenen Forderungen der Gläubiger bezifferten die Gerichte für das dritte Quartal 2012 auf insgesamt 402 Mill. Euro. Dies entspricht gut 1 Mill. Euro je beantragter Insolvenz. Im zweiten Quartal lag dieser Durchschnittswert bei knapp 1,7 Mill. Euro und im ersten Quartal bei rund 960 000 Euro. Von der Insolvenz ihres Arbeitgebers waren im dritten Quartal 2012 insgesamt 1643 Beschäftigte betroffen (3610 im zweiten Quartal).

Die Entwicklung in den einzelnen Branchen verlief recht unterschiedlich. Einen deutlichen Rückgang der Insolvenzen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gab es im Verarbeitenden Gewerbe auf 30 Fälle (- 33 %), im Bereich „Information und Kommunikation“ auf 16 Fälle (- 24 %) und im Handel auf 71 Fälle (- 10 %). Dagegen stieg die Zahl der Insolvenzen im Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen“ um 36 % auf 19 Fälle und im Bereich „Verkehr und Lagerei“ um 29 % auf 36 Fälle.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag im dritten Quartal 2012 zwar knapp 7 % über dem Ergebnis des vorherigen Quartals, aber mit einem Minus von 13 % deutlich unter dem des dritten Quartals 2011. Die voraussichtlichen Forderungen je Verbraucherinsolvenz gingen weiter zurück auf 55 600 Euro (58 400 Euro im zweiten und 60 900 Euro im ersten Quartal).

Bei den Insolvenzen der ehemals selbstständig Tätigen wird unterschieden zwischen Personen, die aufgrund nicht überschaubarer Vermögensverhältnisse (mehr als 19 Gläubiger oder Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen) wie Unternehmen das Regelinsolvenzverfahren durchlaufen und Personen mit überschaubaren Vermögensverhältnissen, auf die das vereinfachte Verfahren wie für Verbraucher angewendet wird.

Die Zahl der Regelinsolvenzverfahren ehemals selbstständig Tätiger lag im dritten Quartal 2012 mit 336 Fällen fast 8 % unter dem Wert des vorherigen Quartals und 17 % niedriger als im entsprechenden Vorjahresquartal. Die voraussichtlichen Forderungen je Regelinsolvenz ehemals Selbstständiger lagen mit 240 000 Euro deutlich über dem Niveau des zweiten Quartals (171 200 Euro), aber unter dem des ersten Quartals (296 200 Euro).

Die Anträge auf ein vereinfachtes Verfahren ehemals Selbstständiger übertrafen mit 163 Fällen im dritten Quartal das vorherige Quartal um gut 16 % und das entsprechende Vorjahresquartal um knapp 12 %. Die voraussichtlichen Forderungen je Verfahren lagen

mit 90 600 Euro merklich unter dem Durchschnitt des zweiten (147 300 Euro) und des ersten Quartals 2012 (121 300 Euro).

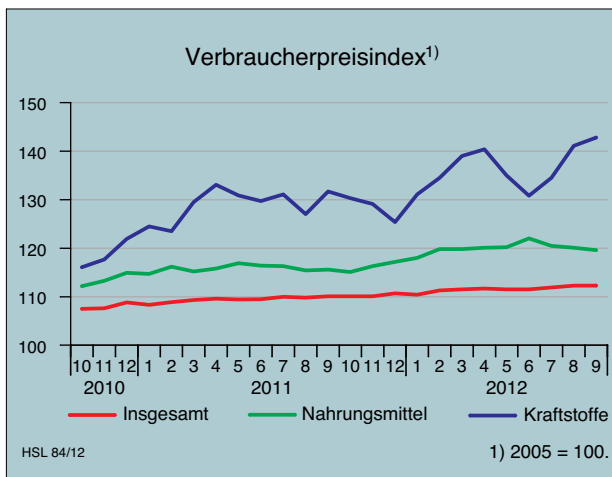
### Inflationsrate steigt auf 2,0 %

Der Verbraucherpreisindex lag im dritten Quartal 2012 um 2,0 % über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums und 0,5 % höher als im zweiten Quartal 2012. Nachdem zu Beginn des Jahres steigende Preise u. a. für Mineralölprodukte, Nahrungsmittel und Bekleidung die Inflationsrate wieder bis auf 2,2 % im Februar wachsen ließen, führte seit März eine Abschwächung der Teuerung zunächst bei Dienstleistungen und Mineralölprodukten, dann auch bei Nahrungsmitteln, Bekleidung und Schuhen zu einem Rückgang der Inflationsrate auf 1,7 % im Juli. Erneut steigende Preise für Mineralölprodukte sorgten im August für den bisherigen Jahreshöchststand der Inflationsrate von 2,3 %. Im September schwächte sich die Inflationsrate aufgrund eines statistischen Basiseffekts auf 2,0 % ab.

Der Preisindex für Haushaltsenergie (Strom, Heizöl, Gas, feste Brennstoffe, Zentralheizung und Fernwärme) lag im dritten Quartal 2012 um 5,9 % über dem Wert des vergleichbaren Vorjahresquartals. Darunter verteuerte sich Heizöl um 9,8 %, Gas um 4,6 % und Strom um 3,1 %. Autofahrer mussten durchschnittlich 7,4 % höhere Kraft-

Verbraucherpreisindex in Hessen

Art der Angabe	2011		2012		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
	2005 = 100				
Verbraucherpreisindex	110,0	110,3	111,1	111,6	112,2
darunter					
Nahrungsmittel	115,8	116,2	119,2	120,8	120,1
Kleidung und Schuhe	95,2	100,2	97,4	99,5	96,6
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	107,8	108,0	108,5	109,1	109,5
Haushaltsenergie	134,0	136,8	139,9	140,1	141,9
Verkehr	118,6	118,1	120,4	120,7	122,0
Kraftstoffe	129,9	128,3	134,9	135,4	139,5
Nachrichtenübermittlung	85,3	84,9	84,9	84,7	84,4
Unterhaltungselektronik	60,3	59,5	58,8	59,2	59,3
	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %				
Verbraucherpreisindex	2,2	2,1	2,1	1,9	2,0
darunter					
Nahrungsmittel	2,1	2,4	3,2	3,8	3,7
Kleidung und Schuhe	0,7	1,8	1,8	3,1	1,5
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	1,2	1,2	1,3	1,4	1,6
Haushaltsenergie	9,5	10,0	6,2	5,1	5,9
Verkehr	5,0	3,6	3,3	1,9	2,9
Kraftstoffe	12,3	8,2	7,2	3,2	7,4
Nachrichtenübermittlung	- 3,1	- 2,5	- 1,7	- 1,4	- 1,1
Unterhaltungselektronik	- 7,1	- 6,4	- 6,2	- 3,9	- 1,7



stoffpreise bezahlen, wobei sich Superbenzin (+ 7,7 %) stärker verteuerte als Diesel (+ 6,4 %).

Die saisonal bedingten Preissenkungen bei Nahrungsmitteln fielen im dritten Quartal 2012 mit - 0,6 % gegenüber dem Vorquartal etwas stärker aus als vor einem Jahr (- 0,5 %), sodass die Jahresteuerrate von 3,8 % im zweiten Quartal leicht auf 3,7 % im dritten Quartal 2012 zurückging. Die Preisentwicklung der einzelnen Produkte verlief recht unterschiedlich. Teurer wurden binnen Jahresfrist Obst (+ 8,9 %), Fisch (+ 7,7 %), Gemüse (+ 6,1 %), Fleisch und Fleischwaren (+ 5,6 %) sowie Brot- und Getreideerzeugnisse (+ 2,8 %). Für Speisefette und -öle (- 7,1 %) sowie Molkereiprodukte und

Eier (- 1,8 %) zahlten die Verbraucher weniger als vor einem Jahr.

Die Preise von Kleidung und Schuhen lagen im dritten Quartal 1,5 % über dem Niveau des Vorjahres. Dagegen setzte sich der Trend sinkender Preise für Leistungen der Nachrichtenübermittlung (- 1,1 % gegenüber dem dritten Quartal 2011) und für Unterhaltungselektronik (- 1,7 %) weiter fort, allerdings merklich abgeschwächt. Deutliche Preissenkungen wurden für PC (- 20,2 %), Digitalkameras (- 11,7 %), Notebooks (- 10,0 %) sowie Heimkino-Anlagen und DVD-Player (jeweils - 9,0 %) beobachtet. Allerdings gab es auch in diesem Bereich Produkte, die teurer wurden, z. B. Tintenstrahldrucker (+ 12,8 %).

Glaswaren und Geschirr verteuerten sich im dritten Quartal 2012 um 1,3 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres, Heimtextilien um 0,8 % sowie Möbel und Einrichtungsgegenstände um 0,1 %. Die Preise für Haushaltsgeräte (- 1,5 %) sowie Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung, u. a. Wasch- und Pflegemittel (- 0,1 %), sanken binnen Jahresfrist.

Dienstleistungen für private Haushalte wurden durchschnittlich 1,4 % teurer. Darunter stiegen insbesondere die Preise für Flugtickets (+ 4,8 %), Pauschalreisen (+ 4,4 %), Bahnfahrkarten (+ 3,7 %) sowie Übernachtungen in Hotels und anderen Unterkünften (+ 3,4 %). Die Jahresteuerrate für Wohnungsmieten stieg im dritten Quartal 2012 auf 1,6 % (+ 1,4 % im Vorquartal).



## Indikatoren zur Strategie Europa 2020: Ein Vergleich zwischen Hessen und Deutschland

Im Juni 2010 startete die EU die Strategie Europa 2020. Diese Strategie für „Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ ersetzt die im letzten Jahrzehnt maßgebliche Lissabonner Strategie. Wegweisend für die Strategie Europa 2020 sind dabei 5 Kernziele und deren Umsetzung in den nationalen Reformprogrammen der EU-Mitgliedstaaten. Die Überprüfung der Zielerreichung erfolgt anhand 8 relevanter Indikatoren. Im Vergleich zu den über 100 Strukturindikatoren der Lissabonner Strategie<sup>1)</sup> bilden sie eine überschaubare Basis für die Berichterstattung über die Entwicklung der EU im Zuge der neuen Strategie. Die Strategie Europa 2020 ist zwar in erster Linie an die EU-Nationalstaaten gerichtet, und nur diese sind zur jährlichen Berichterstattung über die Umsetzung der nationalen Reformprogramme gegenüber den EU-Institutionen verpflichtet. Dennoch sind sie auf die Mitwirkung der zugehörigen Regionen angewiesen. Im Folgenden wird daher die Verfügbarkeit von Daten geprüft, um die Möglichkeit einer Darstellung des Landes Hessen anhand der Indikatoren der Strategie Europa 2020 aufzuzeigen. Dabei stellt der Aufsatz die Angaben für Hessen – v. a. aus Platzgründen – nicht denjenigen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten gegenüber, sondern beschränkt sich auf einen Vergleich zwischen Hessen und Deutschland.

### 2000 bis 2010: Lissabonner Strategie

Die Lissabonner Strategie wurde im März 2000 vom Europäischen Rat verabschiedet und sollte die Union „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ machen. In dieser Zielformulierung kommt der Wettbewerb mit anderen Weltmächten im Zuge der Globalisierung deutlich zum Ausdruck. Die Verwirklichung der in diesem Rahmen gefassten Ziele wurde in den EU-Mitgliedstaaten jedoch nicht in dem Maße umgesetzt, wie es geplant war. Insbesondere die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2009 machte viele Bemühungen und Fortschritte zunichte. Stattdessen sah man sich mit übermäßiger Verschuldung, trägem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit (v. a. außerhalb Deutschlands) konfrontiert. Diese Herausforderungen traten zu nach wie vor bestehenden, wie Ressourcenknappheit, Klimawandel und Bildungsrückständen, hinzu. Auch strukturelle Schwachstellen, wie starre Geschäfts- und Unternehmensstrukturen, Marktzutrittschindernisse, Risiken der Finanzwirtschaft sowie geringe Investitionen in Forschung und Entwicklung, mangelnde Fortschritte in der Hochtechnologie und Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und nicht zuletzt der demografische Wandel, bestehen weiterhin. Die

Aufzählung ausgewählter Problemfelder zeigt, dass es unabhängig von der Krise viele Bereiche gibt, in denen Europa im Vergleich zur übrigen Welt nicht zügig genug vorankam.

Darüber hinaus finden sich in der EU Anzeichen von Integrationsmüdigkeit und nachlassender Binnenmarkteuphorie. Zudem nimmt mit der Krise die Versuchung zu, in wirtschaftlichen Nationalismus zurückzufallen. In diesem Zusammenhang sprach sich die Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Worten: „Wir brauchen einander. Gemeinsam sind wir stärker.“<sup>2)</sup> für eine neue europäische Wachstumsstrategie aus. Die Wirtschaftskrise habe deutlich gemacht, dass die Volkswirtschaften im EU-Binnenmarkt so eng miteinander verflochten seien, dass eine gemeinsame Wirtschaftsstrategie unabdingbar sei.

### 2010 bis 2020: Strategie Europa 2020

In der Nachfolge der Lissabonner Strategie soll die im Juni 2010 vom Europäischen Rat und vom Europäischen Parlament ins Leben gerufene Strategie Europa 2020 eine neue Wachstums- und Integrationsstrategie für die EU im laufenden Jahrzehnt darstellen. Sie geht über die kurzfristige Bewältigung der Wirtschaftskrise hinaus und setzt auf langfristige Konzepte. Dabei orientiert sie sich an der Vision einer sozialen Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert. Schwerpunkte sind, wie bei der Lissabonner Strategie, Beschäftigung und Wachstum. Diese erfahren aber durch die ausdrückliche Berücksichtigung gewichtiger Faktoren eine neue Note. So gilt die Strategie Europa 2020 als eine Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, die durch hohes Beschäftigungs- und Produktivitätsni-

1) Im Jahr 2007 gab das Hessische Statistische Landesamt (HSL) die Publikation „Hessen in der Europäischen Union – Ein Vergleich mit den Mitgliedstaaten anhand der Strukturindikatoren der Lissabonner Strategie“ heraus. Die Printversion ist zum Preis von 10,00 Euro (einschl. Versandkosten) beim HSL, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden oder per E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de erhältlich. Die elektronische Version kann als PDF-Datei kostenfrei im Internet unter [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de) heruntergeladen werden.

2) Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zum Europäischen Rat am 25. und 26. März 2010.

veau sowie einen ausgeprägten sozialen Zusammenhalt gekennzeichnet ist. Aus dieser Devise wird deutlich, dass die wirtschaftspolitische Steuerung zu mehr Beschäftigung und Wachstum durch 3 Prioritäten gekennzeichnet ist:

- Intelligentes Wachstum: Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft. Relevant sind hier die Aspekte „Bildung“, „Forschung“ und „digitale Gesellschaft“.
- Nachhaltiges Wachstum: Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft. Relevant sind hier die Aspekte „emissionsarme Wirtschaft“, „Umweltschutz“, „Klima“, „Energie“, „Mobilität“, „neue umweltfreundliche Technologien“, „effiziente und intelligente Stromnetze“, „Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen“ und „Unterstützung der Verbraucher“.
- Integratives Wachstum: Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt. Relevant sind hier die Aspekte „mehr und bessere Arbeitsplätze“, „Investitionen in Kompetenzen sowie in allgemeine und berufliche Bildung“ und „Armutsbekämpfung“.

Für eine konsequente Umsetzung der Strategie Europa 2020 wurden Ziele formuliert und verabschiedet, und zwar in Form (einer bewusst begrenzten Anzahl) von 5 Kernzielen für die Bereiche „Beschäftigung“, „Forschung und Innovation“, „Klimaschutz und Energie“, „Bildung“ und „Armutsbekämpfung“, die EU-weit für das Jahr 2020 gelten, auch wenn sie nicht rechtlich bindend sind:

- Erhöhung der Beschäftigungsquote bei den 20- bis unter 65-Jährigen auf mindestens 75 %.
- Erhöhung des Anteils der Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) am Bruttoinlandsprodukt auf mindestens 3 %.
- Verringerung der Treibhausgasemissionen um mindestens 20 % gegenüber dem Stand von 1990, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch auf 20 % sowie Steigerung der Energieeffizienz um 20 % gegenüber dem Stand von 1990.
- Verringerung der Quote der „frühen Schulabgänger“ auf 10 % sowie Erhöhung des Anteils der 30- bis unter 35-Jährigen mit Hochschulabschluss auf mindestens 40 %.
- Verringerung der Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Europäer um mindestens 20 Mill.

Diese Ziele wurden in jedem EU-Staat in nationale Ziele umgesetzt bzw. übertragen, die den verschiedenen Si-

tuationen und Gegebenheiten Rechnung tragen. Dafür gab es von den EU-Institutionen länderspezifische Empfehlungen, mit dem Ziel, die Strategie Europa 2020 auf die besondere Lage jedes Mitgliedstaates abzustimmen. Vielfach weichen die nationalen Ziele von den EU-Zielen ab.

Aus diesen 5 genannten Kernzielen ergeben sich 8 Indikatoren (zuzüglich zusätzlicher „Unterindikatoren“, die das fünfte Kernziel bzgl. der „Armutgefährdung“ betreffen), die eine regelmäßige Kontrolle im Hinblick auf die Zielerreichung ermöglichen. Die Ziele und Indikatoren bilden so das Gerüst für die postulierten 2 Säulen der Strategie, deren eine die Kernziele und deren andere die Länderberichte der Mitgliedstaaten zu den eigenen Strategien (unter Zuhilfenahme der Indikatoren) darstellen.

Die Umsetzung der Strategie Europa 2020 erfolgt in den Mitgliedstaaten durch nationale Reformprogramme (NRP). Voraussetzung für den Erfolg der Strategie ist, dass sich die EU-Staaten die neue Strategie zu eigen machen. Werden die länderspezifischen Empfehlungen nicht in angemessener Weise umgesetzt, können politische Warnungen ausgesprochen werden.

Die Umsetzung der neuen Strategie in den Einzelstaaten wird auf EU-Ebene durch die Aktivierung der 7 folgenden Leitinitiativen (Flaggschiffe) unterstützt:

- Leitinitiative „Innovationsunion“
- Leitinitiative „Jugend in Bewegung“
- Leitinitiative „Digitale Agenda für Europa“
- Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“
- Leitinitiative „Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung“
- Leitinitiative „Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“
- Leitinitiative „Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut“

Bei der Realisierung der Leitinitiativen werden spezielle Situationen der Staaten berücksichtigt. An den Vorgaben der Strategie Europa 2020 orientiert sich das gesamte EU-Instrumentarium. Dazu gehören u. a. die Kohäsionspolitik oder die unterschiedlichen Finanzierungsinstrumente, wie z. B. Strukturfonds, Landwirtschaftsfonds oder Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums. Der koordinierte Einsatz der EU-Mittel soll die Wirksamkeit der Strategie erhöhen.

### **Indikatoren der Strategie Europa 2020**

Statistiken sind integrierter Bestandteil der Strategie Europa 2020. So bilden die festgelegten und im Folgenden vorgestellten Indikatoren eine Basis für den Jahresbe-

richt der EU-Kommission über die Entwicklung der Strategie. Dieser wird dem Europäischen Rat auf der jährlichen Frühjahrstagung vorgelegt.

Das neue Indikatorenset zur Strategie Europa 2020 gesellt sich zu einer Reihe von weiteren bereits existierenden Sets des europäischen Statistikamtes (Eurostat), wie den Indikatoren zur nachhaltigen Entwicklung oder zum Macroeconomic Imbalance Procedure (MIP), und wird auf einer Eurostat-Webseite dargestellt<sup>3)</sup>. Im laufenden Jahrzehnt werden ggf. zusätzliche Indikatoren entwickelt, die die Verwirklichung der Strategieziele überprüfen oder die Flaggschiffinitiativen berücksichtigen sollen. So ist z. B. ein neuer EU 2020-Leitindikator zu wachstumsstarken innovativen Unternehmen angedacht.

Die EU-Mitgliedstaaten sind ihrerseits gegenüber der EU zur jährlichen Berichterstattung über die Umsetzung der nationalen Reformprogramme im Sinne der Strategie Europa 2020 verpflichtet. Eine Basis hierfür sind die – in den einzelnen Staaten z. T. angepassten – Ziele und Indikatoren der Strategie.

### Verfügbarkeit der Indikatoren auf Landesebene

Wenngleich in Deutschland nur die Bundesregierung zur Berichterstattung verpflichtet ist, ist der Bundesstaat bei der Erreichung der Ziele und Umsetzung des nationalen Reformprogramms auf die Unterstützung der Länder angewiesen. Eine Berichterstattung über die Entwicklung in den Ländern im Sinne der Strategie Europa 2020 kann dazu einen Beitrag leisten. Im Weiteren wird geprüft, inwieweit die Indikatoren der Strategie für Hessen verwendbar sind.

Wie oben bereits dargestellt, unterscheiden sich nationale Ziele teilweise von den Europa 2020-Zielen. Diese wiederum können abweichende Definitionen der zugehörigen Indikatoren nach sich ziehen. Im nationalen Reformprogramm Deutschlands finden sich abweichende Ziele bei den Indikatoren 1 „Erwerbstätigenquote“, 3 „Treibhausgasemissionen“, 4 „Erneuerbare Energien“, 5 „Primärenergieverbrauch“, 7 „Tertiäre Bildungsabschlüsse“ und 8 „Bedrohung von Armut oder sozialer Ausgrenzung“. Bzgl. der Indikatoren 5, 7 und 8 gelten zudem für Deutschland auch andere Definitionen.

Im Folgenden werden sowohl die EU- als auch die Nationalziele wiedergegeben. Die Darstellung der Indikatoren für Deutschland und Hessen orientiert sich – unabhängig von den nationalen Zielvorgaben – grundsätzlich an der

ursprünglichen Definition der Europa 2020-Indikatoren; dies bedeutet, dass auch bei den Indikatoren 5, 7 und 8, bei denen Deutschland eine abweichende Definition als Indikatorgrundlage heranzieht, die ursprüngliche Definition ausschlaggebend ist. Ausnahmen bilden die Indikatoren 3 „Treibhausgasemissionen“, 4 „Erneuerbare Energien“ und 5 „Primärenergieverbrauch“, deren Darstellung für Hessen sich – wie weiter unten ausgeführt – mehr oder weniger geringfügig von der ursprünglichen EU-Definition unterscheiden muss.

Demnach können die Indikatoren 1 bis 7 ebenso wie der Nebenindikator 8b „Armutgefährdungsquote“ für Hessen verwendet werden. Der Hauptindikator 8 sowie die Nebenindikatoren 8a „Niedrige Erwerbstätigkeit“ und 8c „Materielle Deprivation“ sind für Hessen nicht darstellbar.

Einige Indikatoren sind übrigens auch im Indikatorenset zur Nachhaltigkeitsstrategie Hessen enthalten. Dazu gehören die Indikatoren 2 „Ausgaben für Forschung und Entwicklung“ und 6 „Frühe Schulabgänger“. Die Indikatoren 1 „Erwerbstätigenquote“, 3 „Treibhausgasemissionen“ und 4 „Erneuerbare Energien“ sind in abgewandelter Form ebenfalls berücksichtigt. In diesem Zusammenhang gibt es auf Landesebene für diese 5 aufgeführten Indikatoren ebenfalls beschlossene Ziele, die großenteils den Zielen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie entsprechen, die sich wiederum vielfach auf Ziele der EU wie zur Strategie Europa 2020 beziehen. Auf die landeseigenen Ziele wird im Folgenden jedoch nicht eingegangen. Aber der im zweijährlichen Rhythmus erscheinende Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie Hessen<sup>4)</sup> informiert über die Entwicklung der Indikatoren im Zeitablauf, auch im Hinblick auf die Ziele und deren Erreichung.

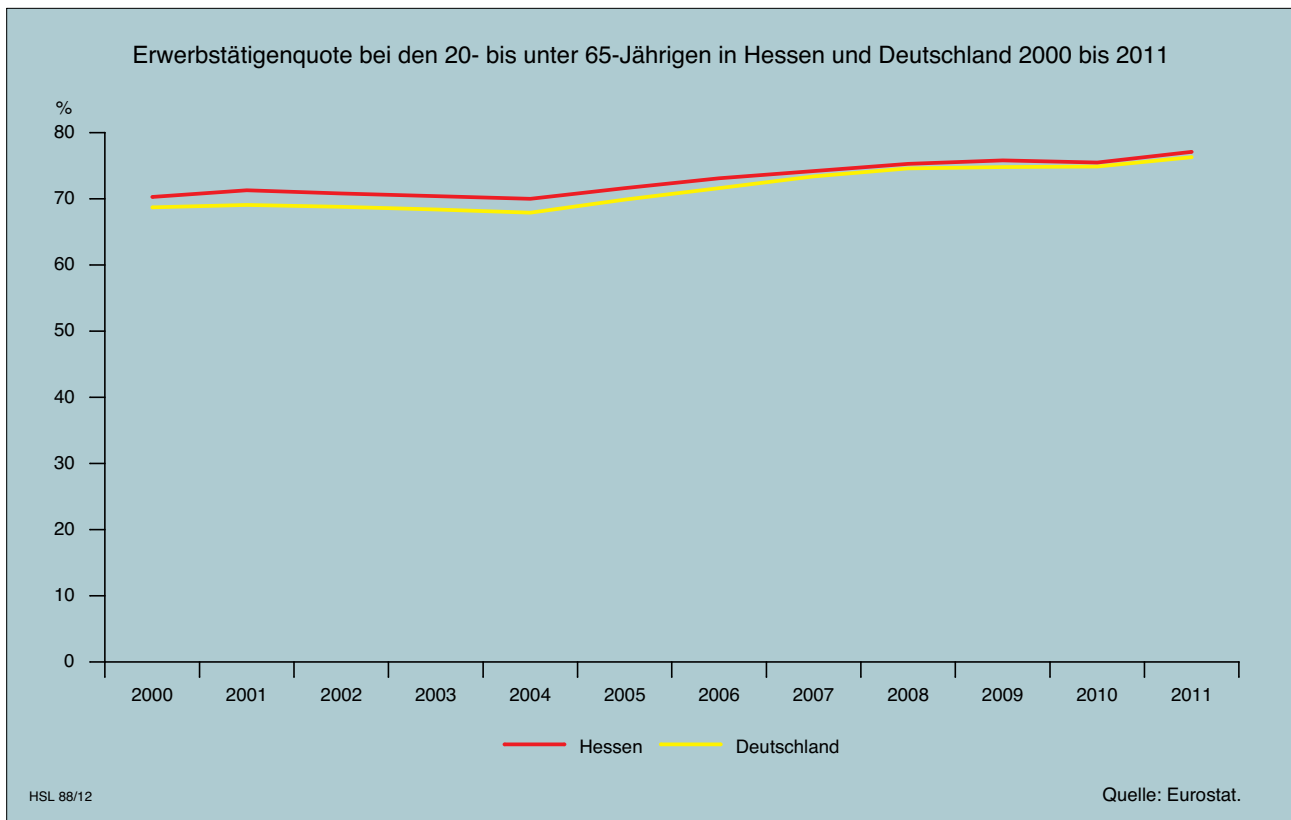
Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf einen Vergleich zwischen Hessen und Deutschland anhand der Indikatoren der Strategie Europa 2020. Auf eine Darstellung von Ergebnissen der EU-Staaten wird aus Platzgründen verzichtet.

### Indikator 1: Erwerbstätigenquote bei den 20- bis unter 65-Jährigen

Aus gutem Grund steht die Erwerbstätigenquote an erster Stelle des Indikatorensets, liegt doch ein Schwerpunkt der Strategie Europa 2020 in der Steigerung der Beschäftigung(-smöglichkeiten) bei der potenziell erwerbsfähigen Bevölkerung, welche wiederum Impulse für das Wirtschaftswachstum erwirken sollen. Die Steigerung der Beschäftigung stellt insofern eine besondere Herausforderung dar, da die Alterung der Bevölkerung langfristig zu einem Mangel an Arbeitskräften führen kann. Neben den absehbaren Problemen für die Unternehmen, die dem Mangel an qualifiziertem Personal

3) [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/europe\\_2020\\_indicators/headline\\_indicators](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/europe_2020_indicators/headline_indicators)

4) Die Printversion der Publikation „Nachhaltigkeitsstrategie Hessen – Ziele und Indikatoren; Fortschrittsbericht 2012“ ist zum Preis von 14,00 Euro (einschl. Versandkosten) beim HSL, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden oder per E-Mail: [vertrieb@statistik-hessen.de](mailto:vertrieb@statistik-hessen.de) erhältlich. Die elektronische Version kann als PDF-Datei kostenfrei im Internet unter [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de) heruntergeladen werden.



begegnen müssen, drohen die auf dem Generationenvertrag basierenden sozialen Sicherungssysteme in eine Schieflage zu geraten. Aufgrund der Verschiebung des Zahlenverhältnisses zwischen Rentnern und Beitragszahlern ist mit einer zunehmend schwierigeren Finanzierung dieser Systeme zu rechnen. Daher ist es erforderlich, künftig das vorhandene Arbeitskräftepotenzial der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter besser auszuschöpfen.

Die Erwerbstätigenquote erfasst das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung und gibt den Anteil der Erwerbstätigen einer bestimmten Altersgruppe an der Bevölkerung gleichen Alters an. Dabei wird die Erwerbstätigenquote der 20- bis unter 65-Jährigen betrachtet. Die Datenbasis für die Berechnung der Erwerbstätigenquote liefern die Ergebnisse der EU-Arbeitskräfteerhebung, die in den Mikrozensus integriert ist. Die hier verwendeten Indikatorwerte sind der Webseite von Eurostat (siehe Fußnote 3 auf Seite 277) entnommen.

Dieser Indikator wird auch im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen verwendet, allerdings stellt er hierbei auf die Gruppe der 15- bis unter 65-Jährigen sowie der 55- bis unter 65-Jährigen ab.

EU-weit gilt das Kernziel, bei den 20- bis unter 65-Jährigen eine Erwerbstätigenquote von 75 % bis zum Jahr 2020 zu erreichen. Deutschland geht über diese Vorgabe hinaus und strebt eine Quote von 77 % an.

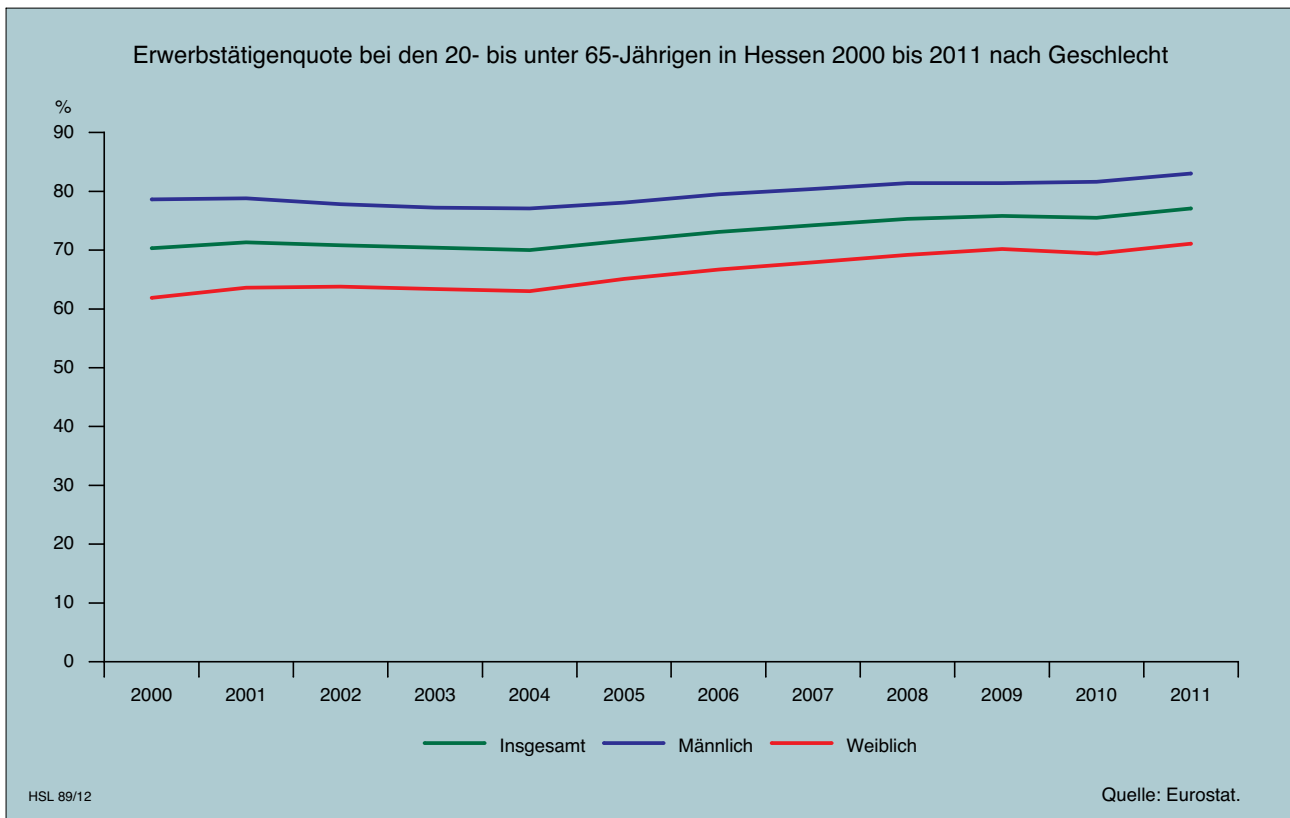
In **Hessen** stieg die Erwerbstätigenquote der 20- bis unter 65-Jährigen von 70,3 % im Jahr 2000 um 6,8 Pro-

zentpunkte auf 77,1 % im Jahr 2011 an. Der eigentliche Beschäftigungsanstieg erfolgte jedoch erst nach den konjunkturell schwachen Jahren 2003 (70,4 %) und 2004 (70,0 %). Der dann starke Zuwachs setzte sich auch im Krisenjahr 2009 (75,8 %; 2008: 75,3 %) fort. Erst im Jahr 2010 (75,5 %) ging die Quote leicht zurück, um 2011 erneut auf 77,1 % zuzulegen. Damit hätte Hessen zuletzt schon das Deutschlandziel von 77 % für das Jahr 2020 erreicht. Der hessische Arbeitsmarkt zeigte sich in den Jahren der Finanzkrise somit als äußerst robust und mit einer weiteren positiven Entwicklung, wenngleich in abgeschwächter Form.

In **Deutschland** stieg die Erwerbstätigenquote der 20- bis unter 65-Jährigen von 68,7 % im Jahr 2000 um 7,6 Prozentpunkte auf 76,3 % im Jahr 2011. Für die einzelnen Jahre glich die bundesdeutsche Entwicklung dem bereits für Hessen skizzierten Verlauf, allerdings konnte Deutschland – im Gegensatz zu Hessen – auch im Jahr 2010 einen leichten Anstieg der Quote verzeichnen. Trotz des stärkeren Zuwachses blieb die Bundesquote im Betrachtungszeitraum leicht hinter derjenigen Hessens zurück, sodass der für 2020 angestrebte nationale Zielwert von 77 % noch nicht ganz erreicht wurde.

Während in Hessen die Erwerbstätigenquote der Frauen von 61,9 % im Jahr 2000 um 9,2 Prozentpunkte auf 71,1 % im Jahr 2010 wuchs, legte jene der Männer im gleichen Zeitraum von 78,6 % um 4,4 Prozentpunkte auf 83,0 % zu. Der Abstand zwischen den Quoten beider Geschlechter verringerte sich in diesem Zeitraum





demnach von 16,7 Prozentpunkten im Jahr 2000 auf 11,9 Prozentpunkte im Jahr 2011. Der Anstieg der Gesamterwerbstätigenquote ist demnach insbesondere auf das Wachstum der Erwerbstätigenquote der Frauen zurückzuführen.

Bei beiden Geschlechtern war in den konjunkturell schwachen Jahren 2003 und 2004 ein Rückgang der Quote zu verzeichnen. Sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern stieg der Erwerbstätigenanteil ab 2005 an, und zwar bei den Frauen dynamischer als bei den Männern, obwohl beim weiblichen Geschlecht im Jahr 2010 ein zwischenzeitlicher Einbruch erfolgte. Nach wie vor aber liegt die Erwerbstätigenquote der Männer weiterhin deutlich über jene der Frauen.

### Indikator 2: Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Forschung und Entwicklung (FuE) ist für Regionen wie Deutschland und Hessen mit vergleichsweise hohen Lohnstückkosten und geringen Rohstoffressourcen ein unverzichtbarer Faktor im globalen Wettbewerb, dem die EU-Politik einen hohen Stellenwert beimisst. Wettbewerbsvorsprünge werden vor allem mit Prozessinnovationen, hochwertigen und innovativen Produkten und Dienstleistungen erzielt.

Die Ausgaben für FuE stehen für die Mittel, die Wirtschaft und Staat in die technologische Leistungsfähigkeit

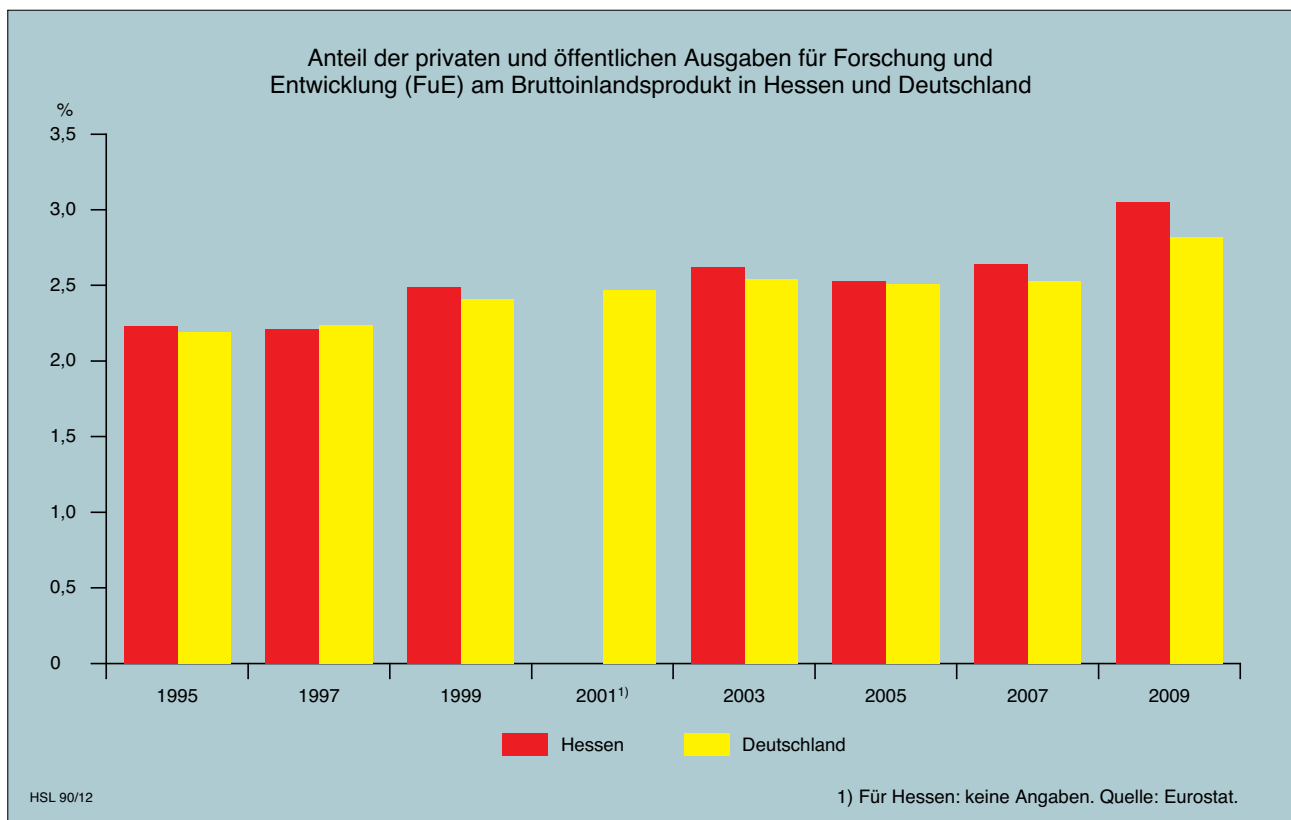
5) OECD (2002): Frascati Manual, § 63.

investieren. Obwohl die Höhe der Ausgaben allein noch keine Auskunft über den Erfolg der FuE-Aktivitäten gibt, gelten sie als wichtiger Teil des FuE-Inputs und damit als eine Voraussetzung für erfolgreiche FuE-Aktivitäten. Je höher die Investitionen in FuE sind, desto größer ist die Aussicht auf eine dynamischere Entwicklung der Produktivität, ein stärkeres Wirtschaftswachstum und letztendlich eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit.

Der Indikator stellt den Anteil der privaten und öffentlichen Ausgaben für FuE am nominalen Bruttoinlandsprodukt dar. Die FuE-Ausgaben werden dabei entsprechend der methodischen Regelungen des Frascati-Handbuchs der OECD abgegrenzt<sup>5)</sup>.

Die vorgestellten Indikatorwerte Deutschlands und Hessens beruhen auf Angaben von Eurostat. Ursprünglich stammen die Daten zu den FuE-Ausgaben vom Stifterverband Wissenschaftsstatistik und diejenigen zum Bruttoinlandsprodukt vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. Im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen wird der Indikator ebenfalls verwendet.

Der Europäische Rat hat auf seinem Gipfeltreffen 2002 in Barcelona als Zielvorgabe für Europa einen Anteil der FuE-Ausgaben von 3 % am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 beschlossen. Im Zuge der Strategie Europa 2020 übertrug der Europäische Rat im Juni 2010 dieses Ziel nun auf das Zieljahr 2020. Dieses Ziel gilt auch für Deutschland.



In **Hessen** stagnierte der Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt zwischen 1995 und 1997 zunächst bei 2,2 %. Nach 1997 verlief die Entwicklung der FuE-Ausgaben langsam – jedoch nicht linear – in Richtung Zielwert, allerdings ohne diesen zu erreichen. Die Quote konnte von 2,2 % im Jahr 1997 auf 2,6 % im Jahr 2003 erhöht werden. Von 2003 bis 2005 ging der entsprechende Wert wieder leicht auf 2,5 % zurück, um erneut auf 2,6 % im Jahr 2007 anzusteigen. Für das Jahr 2009 wurde ein deutlich höherer Anteilwert von 3,1 % festgestellt. Dazu muss ergänzend hinzugefügt werden, dass der vergleichsweise hohe Anteilwert nur zu einem geringen Teil auf das niedrige Bruttoinlandsprodukt des Krisenjahres 2009, dafür aber auf hohe FuE-Ausgaben zurückzuführen ist. So betragen diese im Jahr 2007 noch 5680 Mill. Euro, wohingegen für das Jahr 2009 ein merklich höherer Betrag von 6500 Mill. Euro errechnet wurde. Mit dem Überschreiten der 3,0 %-Schwelle hätte Hessen das EU- und Deutschlandziel für das Jahr 2020 schon erreicht.

In Hessen hatten sich die private Wirtschaft 2009 mit 80 %, die staatlichen Forschungseinrichtungen mit 7,4 % und der Hochschulsektor mit 13 % an den FuE-Aufwendungen beteiligt. Innerhalb des Wirtschaftssektors weisen insbesondere industrielle Branchen hohe FuE-Intensitäten auf. Besonders großes Gewicht entfällt in Hessen auf die Chemie und den Kraftwagenbau. Im Gegensatz dazu existieren im Dienstleistungsbereich – abgesehen von den unternehmensnahen Dienstleis-

tungen – keine Wirtschaftszweige mit nennenswerten FuE-Ausgaben.

Ähnlich wie in Hessen entwickelten sich die FuE-Investitionen in **Deutschland**, wo ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 2,2 % im Jahr 1995 recht kontinuierlich auf 2,5 % im Jahr 2003 anstieg und dann bis 2007 auf diesem Niveau stagnierte. Wie in Hessen folgte anschließend ein sprunghafter Anstieg auf 2,8 % im Jahr 2009. Allerdings fiel dieser Zuwachs etwas schwächer aus als in Hessen, sodass das 3 %-Ziel für 2020 noch nicht ganz erreicht wurde.

Im Vergleich zu Hessen hatte die private Wirtschaft in Deutschland 2009 mit einem Anteil von 68 % an den FuE-Ausgaben ein geringeres Gewicht. Hingegen war das Gewicht der staatlichen Forschungseinrichtungen mit 15 % und das des Hochschulsektors mit 18 % etwas ausgeprägter.

### Indikator 3: Treibhausgasemissionen

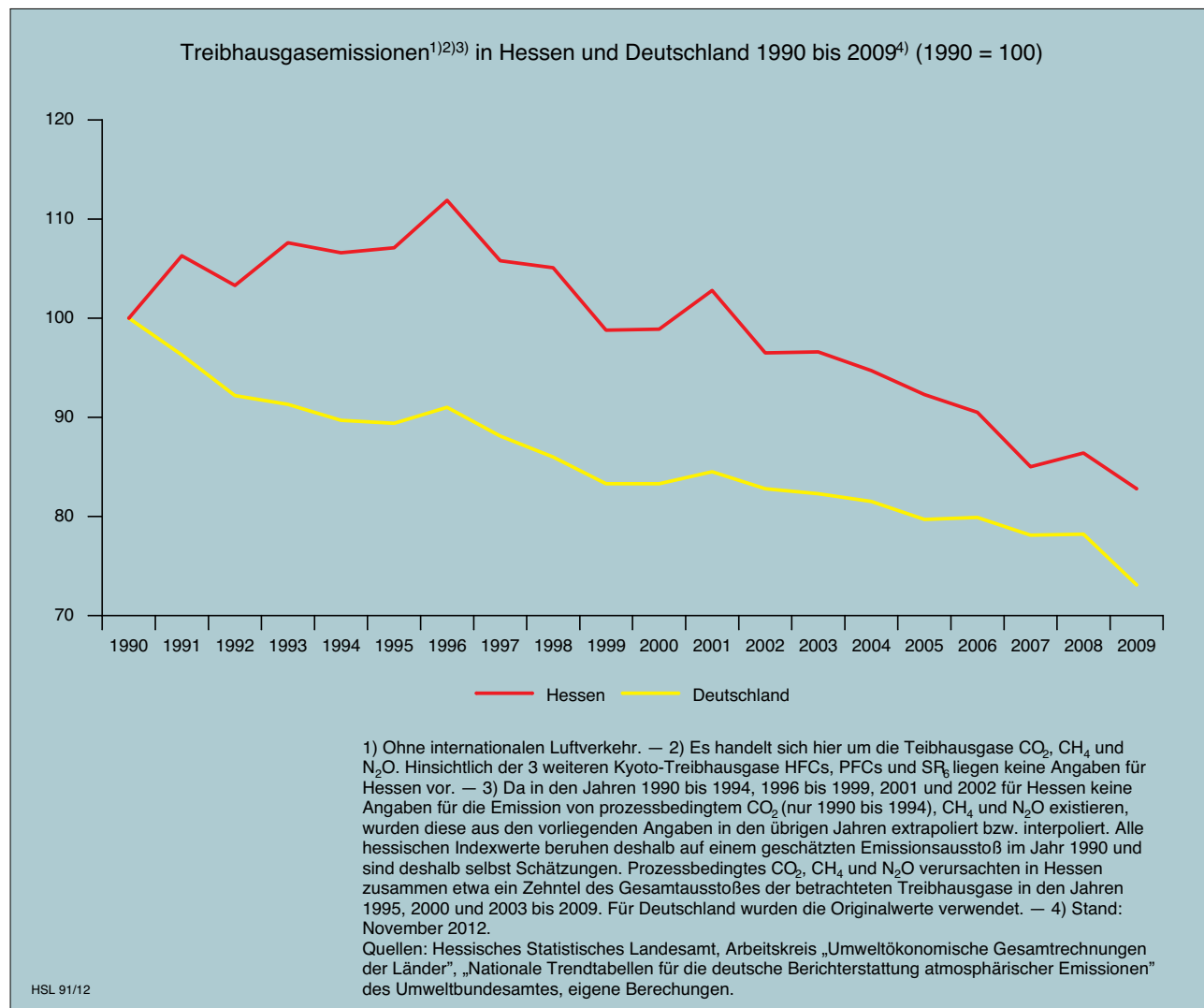
Mit der fortschreitenden Industrialisierung veränderte sich der globale Stoffhaushalt der Atmosphäre deutlich. Als Folge menschlicher Aktivitäten stieg die CO<sub>2</sub>-Konzentration seit Beginn der industriellen Revolution weltweit um rund 35 %. Die Methankonzentration hat sich um 145 % erhöht und diejenige von Lachgas ist um 18 % gewachsen. Der daraus resultierende Klimawandel gilt heute als eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Um die globale Erderwärmung zu begren-

zen, wurde das international gültige Kyoto-Protokoll mit dem Ziel, den weltweiten Ausstoß von Treibhausgasen zu senken, beschlossen, dem ein Großteil der Staaten sowie die EU beigetreten ist. Zwar läuft dieses Protokoll im Jahr 2012 aus; ein Nachfolgeabkommen ist noch in Verhandlung. Die EU hat jedoch beschlossen, die EU-weiten Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20 % gegenüber dem Stand von 1990 zu verringern. Dieses Ziel gilt auch im Rahmen der Strategie Europa 2020. Deutschland geht über diese Vorgabe hinaus und strebt eine Senkung um 40 % an.

Der Schwerpunkt der Treibhausgasemissionen liegt bei den folgenden 3 Treibhausgasen: Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>) und Lachgas (N<sub>2</sub>O). Diese Emissionen entstehen hauptsächlich bei der Verbrennung fossiler Energieträger, wie Kohle, Erdöl oder Gas, aber auch in der Landwirtschaft (Viehhaltung, Verwendung von Düngemitteln) und in Herstellungsprozessen. Für den hier verwendeten Indikator werden die pro Jahr emittierten Tonnen der 3 Treibhausgase zusammen in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten herangezogen und als Index mit dem Basisjahr 1990 ausgewiesen, wobei für Hessen der Ausstoß der

Treibhausgase CH<sub>4</sub> und N<sub>2</sub>O für die in der Berichterstattung fehlenden Jahre (1990–1994, 1996–1999 sowie 2001 und 2002) aus den Angaben der vorliegenden Jahre geschätzt wurde. Für Hessen werden die Treibhausgasemissionen vom Hessischen Statistischen Landesamt im Auftrag des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie ermittelt; die CH<sub>4</sub>- und N<sub>2</sub>O-Emissionswerte stammen dabei vom Arbeitskreis „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“. Die Werte für Deutschland wurden den „Nationalen Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung atmosphärischer Emissionen“ des Umweltbundesamtes entnommen.

Für die 3 weiteren Kyoto-Treibhausgase HFCs, PFCs und SF<sub>6</sub>, die allerdings bundesweit auch nur zu etwa 1,7 % an den gesamten Treibhausgasemissionen beteiligt sind, liegen für Hessen keine Angaben vor. Aus Gründen des Vergleichs zwischen Hessen und Deutschland werden hier auch für Deutschland keine Angaben zu diesen Gasen verwendet, obwohl Angaben dazu vorliegen. In dieser Form wird der hier dargestellte Indikator auch im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen verwendet. Wegen der Nichtberücksichtigung dieser 3



Kyoto-Treibhausgase erfüllt er nicht gänzlich die erforderlichen Vorgaben des entsprechenden EU-Indikators.

In **Hessen** machten CO<sub>2</sub>-Emissionen mit 38,6 Mill. t rund 91 % des Emissionsgeschehens von 42,4 Mill. t CO<sub>2</sub>-Äquivalenten im Jahr 2009 aus. Jeweils ca. 4,5 % der Emissionen entfielen auf Methan und Lachgas. Gegenüber 1990 gingen die Gesamtemissionen in Hessen um gut 17 % zurück. Damit sank der entsprechende Index von 100 im Jahr 1990 auf 83 im Jahr 2009. Somit entwickelten sich die Treibhausgasemissionen in die gewünschte Richtung. Eine Fortsetzung des zuletzt gezeigten Reduktionstempes dürfte ausreichen, um in Hessen den für die EU gesteckten Zielindexwert von 80 im Jahr 2020 zu erreichen, weniger jedoch, um auch den für Deutschland strengeren Indexzielwert von 60 zu erreichen.

Die einzelnen Treibhausgase trugen unterschiedlich stark zur Emissionsreduktion bei: Die CO<sub>2</sub>-Emissionen lagen im Jahr 2009 um 5,4 Mill. t unter denen des Basisjahres 1990 (- 12 %). Die Emissionen von Methan jedoch sanken um 59 %; Lachgasemissionen verminderten sich um 22 %. Auch die Kurvenverläufe der Emissionsentwicklung der einzelnen Treibhausgase weichen voneinander ab: Der energiebedingte CO<sub>2</sub>-Ausstoß stieg zwischen 1990 und 1996 deutlich an, was u. a. auf den wachsenden Energieverbrauch sowie auf steigende Verkehrszahlen zurückzuführen war. Danach setzte eine rückläufige Entwicklung ein. Bei Methan gingen die Emissionen über den gesamten Zeitraum deutlich zurück. Lachgas-

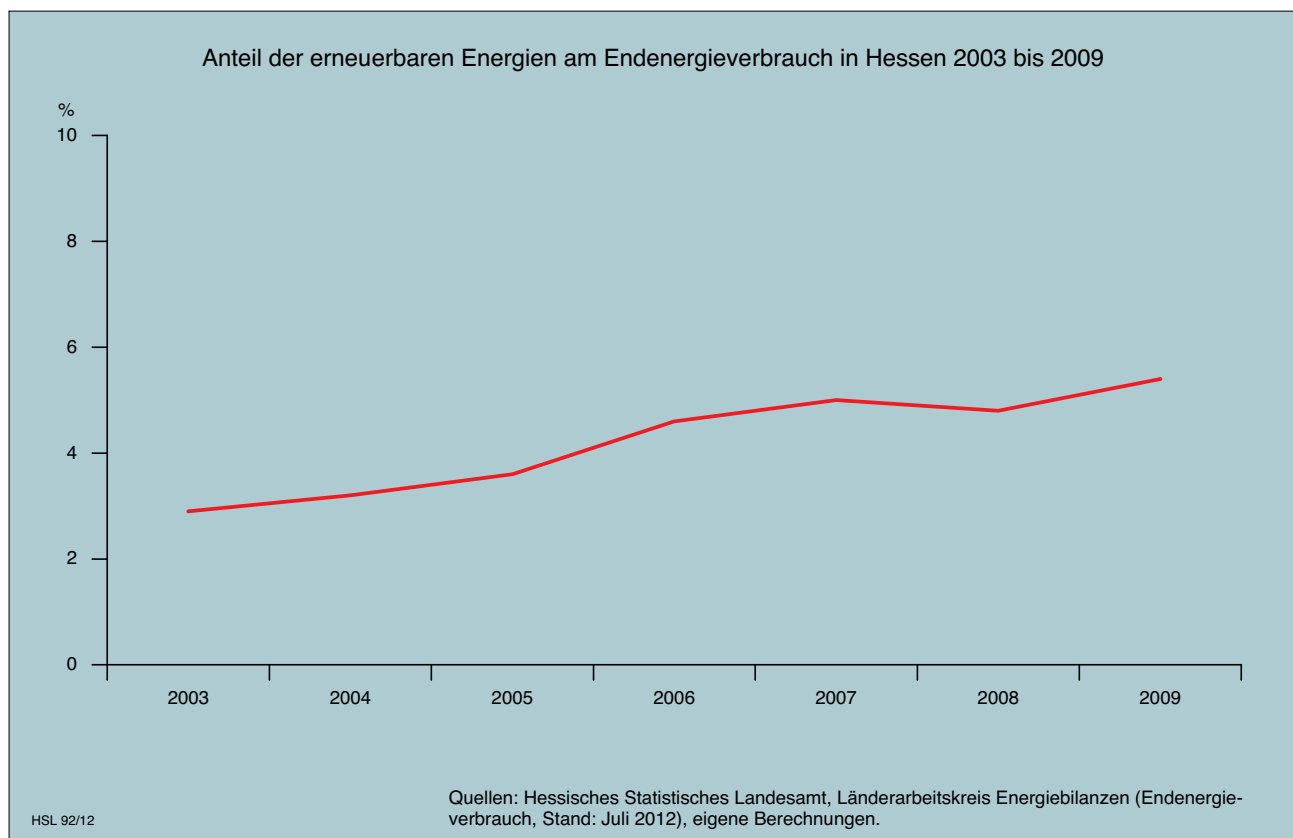
emissionen wurden erst nach der Jahrtausendwende spürbar eingespart.

Zur Verminderung der Emissionen von Methan und Lachgas in Hessen trug die Abfallentsorgung in besonderem Maße bei, wobei die Abnahme überwiegend aus dem Rückgang der deponierten Abfallmengen und aus den Entwicklungen im Bereich „Deponietechnik“ resultiert. Die Landwirtschaft verursachte, bedingt durch weniger intensive Viehhaltung und verbessertes Düngermanagement, ebenfalls weniger Emissionen.

**Deutschland** verminderte seine Emissionen zwischen 1990 und 2009 deutlich – bei den 3 betrachteten Gasen CO<sub>2</sub>, CH<sub>4</sub> und N<sub>2</sub>O insgesamt um knapp 27 %. Damit hat Deutschland das von der EU gesteckte Ziel, nämlich die Emissionsreduktion von 20 % bis 2020, nach heutigem Stand erreicht, jedoch noch nicht das selbst gesteckte anspruchsvolle Ziel der Reduktion um 40 %. Die bundesweite Emissionsmenge von 0,90 Mrd. t im Jahr 2009 war um 332 Mill. t niedriger als im Basisjahr 1990 (1,24 Mrd. t). Allerdings entfiel ein Großteil der Reduktion (128 Mill. t) auf die Jahre 1990 bis 1994. Eine wichtige Erklärung hierfür liefern der Strukturwandel in der Industrie und die Modernisierung der Energieerzeugung in den neuen Ländern nach der Wiedervereinigung.

#### Indikator 4: Erneuerbare Energien

Das weltweite Vorkommen der fossilen Energieträger ist endlich. Gleichzeitig führt ihr Einsatz bei der Energiever-





sorgung zu erheblichen Treibhausgasemissionen. Es gilt daher, die Bereitstellung von Energie auf eine zukunftsfähige Basis zu stellen. Dazu gehört die effiziente Energieverwendung genauso wie ein angemessener Energieträgermix bei der Strom- und Wärmeversorgung, womit ein in Zukunft stärkeres Gewicht der erneuerbaren Energieträger impliziert ist.

Erneuerbare Energieträger sind natürliche Energievorkommen, die auf permanent vorhandene oder auf sich in überschaubaren Zeiträumen von wenigen Generationen regenerierende Energieströme zurückzuführen sind. Hierzu zählen u. a. Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie, Biomasse und Geothermie, aber auch die biologisch abbaubaren Fraktionen der zur Energieerzeugung verbrannten Abfälle.

Der Indikator stellt die Bedeutung der erneuerbaren Energieträger als Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch (EEV) dar. Dabei gibt der EEV Auskunft über die Verwendung der Energieträger in bestimmten Verbrauchergruppen (soweit sie unmittelbar der Erzeugung von Nutzenergie dienen).

Hessen kann noch keinen Indikator liefern, der den Berechnungsmethoden von EU-Richtlinien entspricht. Daher wird hier auf Berechnungsergebnisse zurückgegriffen, die auf einer abweichenden Methodik der für das Hessische Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz durchgeführten Energiebilanzierung des Hessischen Statistischen Landesamtes basieren. Entsprechende Ergebnisse für Deutschland mit Angaben der „Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen“ und der „Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik“ sind nicht ohne Weiteres mit den Ergebnissen für Hessen vergleichbar. Daher werden hier also nur Ergebnisse für Hessen dargestellt. Diese werden auch im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen verwendet; allerdings wird dort der Verkehrssektor nicht berücksichtigt.

Im Rahmen der Strategie Europa 2020 gilt für die EU das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien am EEV bis 2020 auf 20 % zu erhöhen. Für Deutschland liegt der entsprechende Zielwert bei 18 %.

Der EEV **Hessens** lag im Jahr 2009 bei 217 Terawattstunden (TWh). Es handelte sich dabei um ein untypisch warmes Jahr mit vergleichsweise geringem Heizwärmebedarf – ähnlich wie 2007, als Endenergien in Höhe von 221 TWh verbraucht wurden. Im Zwischenjahr 2008 wurde ein EEV von 228 TWh ermittelt. Zuvor betrug er in den Jahren 2003 und 2006 noch jeweils 233 TWh.

2009 trugen die erneuerbaren Energieträger zur Energiebereitstellung 11,8 TWh bei. Davon entfielen 2,7 TWh bzw. 23 % auf die Abgabe von Treibstoffen (für den Verkehr), darunter insbesondere von Biodiesel

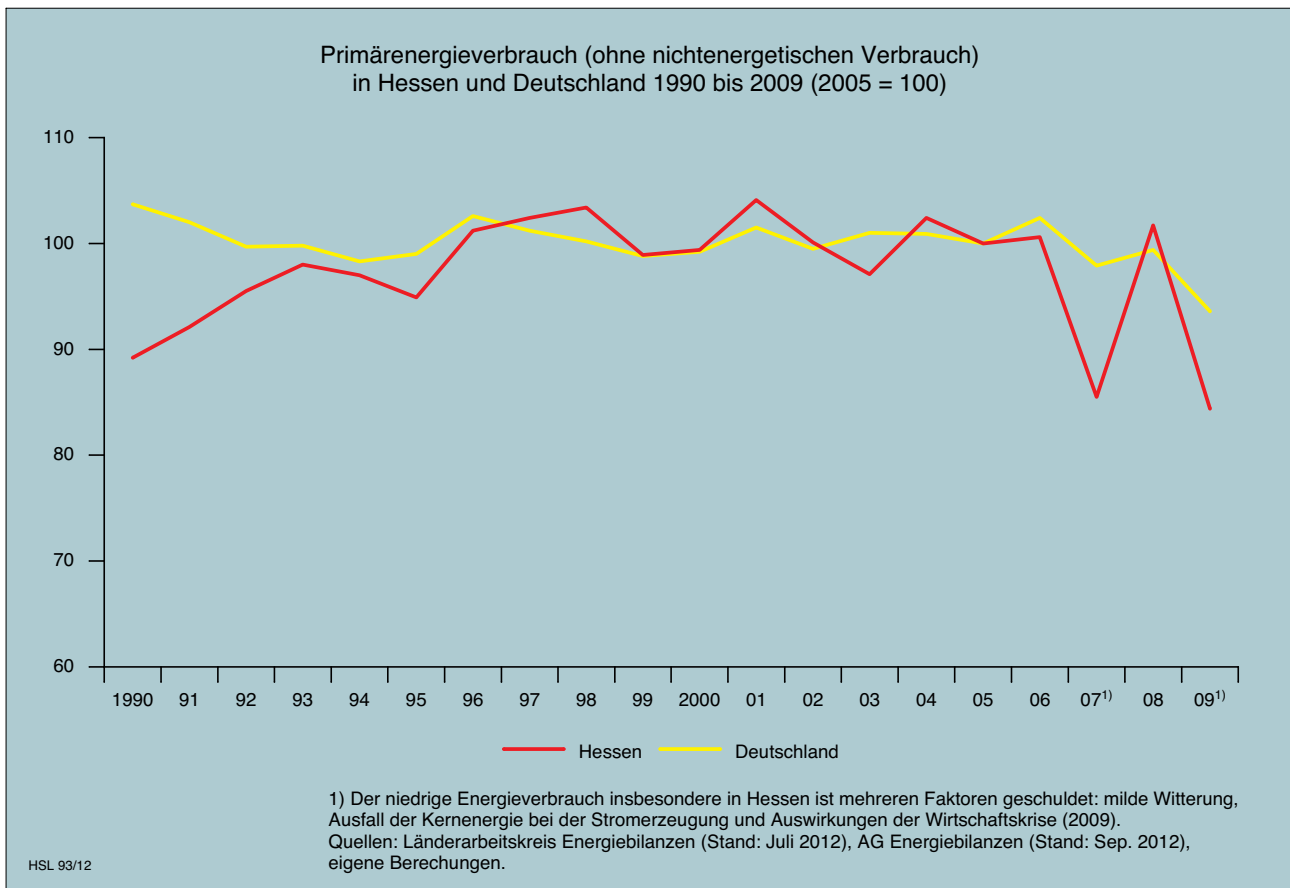
(2,2 TWh), und 2,6 TWh bzw. 22 % auf die Erzeugung von Strom, darunter insbesondere auf der Basis von Windenergie (0,7 TWh) und Wasserkraft (0,5 TWh). Der größte Teil, nämlich 6,4 TWh bzw. 54 %, wurde jedoch mit der Wärmeerzeugung beigesteuert, darunter v. a. bei der Verbrennung von biogenen Festbrennstoffen (5,5 TWh).

Der Anteil der erneuerbaren Energieträger am EEV lag 2009 bei 5,4 %. Im Jahr 2003 betrug er nur 2,9 % und im Jahr 2006 4,6 %.

### Indikator 5: Primärenergieverbrauch

Wie beim vorherigen Indikator schon angedeutet, reicht es zur Senkung der Energieerzeugung aus konventionellen Energieträgern nicht aus, lediglich die Bedeutung der erneuerbaren Energien innerhalb des Energieträgermixes zu erhöhen. Denn bei einem unvermindert hohen Ausmaß an Energieerzeugung dürfte es schwer sein, den Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch derart zu steigern, dass die Verwendung von endlichen Rohstoffen zur Energieerzeugung auf ein vertretbares Maß reduziert wird. Es gilt daher, auch die Energieverwendung selbst rationell zu gestalten bzw. die Energieeffizienz zu erhöhen. Dies bedeutet in Bezug auf die Volkswirtschaft, dass mit weniger Einsatz von Energie das gleiche Bruttoinlandsprodukt (BIP) bzw. mit gleichem Energieeinsatz ein größeres BIP erzeugt und damit die Energieintensität gesenkt bzw. die Energieproduktivität erhöht wird. Da das Wirtschaftswachstum sich europaweit in den letzten Jahren deutlich verlangsamt hat, läuft die Forderung nach erhöhter Energieeffizienz praktisch auf eine deutliche Senkung des Energieverbrauchs hinaus.

Ein Kernziel der EU im Rahmen der Strategie Europa 2020 ist die Steigerung der Energieeffizienz um 20 % gegenüber dem Stand von 1990. Im Indikatorenset zur Strategie ist aber weder ein Indikator zur Energieproduktivität (BIP bezogen auf den Primärenergieverbrauch) noch zur Energieintensität (Primärenergieverbrauch bezogen auf das BIP) enthalten, sondern letztlich einer zum Primärenergieverbrauch, und zwar sowohl in Form von absoluten Angaben als auch als Index mit dem Basisjahr 2005. Der nichtenergetische Verbrauch – wie z. B. die Verwendung von Erdgas für die chemische Produktion und nicht für die Verbrennung – wird beim Indikator nicht berücksichtigt. Die Fokussierung auf den Primärenergieverbrauch bestätigt die Erwartung, dass die Energieeffizienz insbesondere durch Senkung des Primärenergieverbrauchs erreicht wird. So ist auch zu verstehen, dass Deutschland im Rahmen des nationalen Reformprogramms bis 2020 eine Senkung des Primärenergieverbrauchs (inkl. des nichtenergetischen Verbrauchs) um 20 % gegenüber dem Stand von 2008



anstrebt. In den Nachhaltigkeitsstrategien von Deutschland und Hessen wird jedoch direkt auf den Indikator „Energieproduktivität“ abgestellt und nicht nur auf den Primärenergieverbrauch.

Der Primärenergieverbrauch wird für Hessen vom Hessischen Statistischen Landesamt im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz errechnet. Dieser kann mit den entsprechenden Angaben für Deutschland von der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen verglichen werden. Es sei darauf hingewiesen, dass entsprechende Bundesangaben von Eurostat auf deren Webseite (siehe Fußnote auf S. 277) auf einer anderen Berechnungsmethodik beruhen und daher von den Ergebnissen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen abweichen, wenn auch vergleichsweise geringfügig.

6) Hierbei handelt es sich um einen statistischen Effekt, der aufgrund internationaler Konventionen bei der Bilanzierung von Energieträgern ohne Heizwert nach der sogenannten Wirkungsgradmethode entsteht. Da Kernenergie keinen natürlichen Heizwert besitzt, wird der Wirkungsgrad der Anlagen – den üblichen internationalen Konventionen folgend – auf 33 % festgelegt und damit der Effizienz älterer Kohlekraftwerke gleichgesetzt. Fällt nun die aus Kernkraft erzeugte Strommenge aus und wird durch andere Energieträger ersetzt, ergeben sich infolge anderer Wirkungsgrade bei der Stromerzeugung rechnerische Minderverbräuche. Der größte mögliche Spareffekt ergibt sich, wenn die Stromproduktion der Kernkraftwerke vollständig durch erneuerbare Energien und/oder Stromimporte ersetzt wird. Für die erneuerbaren Energien (Wasser, Wind, Fotovoltaik usw.) und den Strombezugssaldo (aus anderen Bundesländern) wird ein Wirkungsgrad von 100 % festgelegt (bei Erdgas beträgt der Wirkungsgrad 60 % und bei Kohle 45 %).

Im Folgenden wird der Primärenergieverbrauch von Hessen und Deutschland anhand eines Indexes (2005 = 100) verglichen. Hilfreich bei der Interpretation der Zeitreihe ist, dass beide Regionen – bezogen auf die Einwohnerzahl – im Jahr 2005 ein annähernd gleich hohes Verbrauchsniveau aufwiesen, und zwar in Hessen bei 4,0 t Rohöleinheiten (t ROE) je Einwohner und in Deutschland bei 3,9 t ROE je Einwohner.

Die Indexkurve **Hessens** stieg im Gleichklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung vom Ausgangswert 89 im Jahr 1990 auf den Maximalwert des Betrachtungszeitraums von 104 im Jahr 2001. Bis 2006 schwankte der Indexwert leicht unterhalb des Maximums auf annähernd gleich hohem Niveau, auf dem er sich auch 2008 bewegte. In den Jahren 2007 und 2009 erfolgten jedoch Abwärtssprünge auf die Indexwerte 86 und 84. Der auffällig niedrige Energieverbrauch in diesen Ausreißerjahren ist durch die milde Witterung<sup>6)</sup>, den Ausfall der Kernenergie bei der Stromerzeugung<sup>6)</sup> und – im Jahr 2009 – den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu erklären. Sieht man von den letztgenannten Extremfällen ab, ist anhand der Indexkurve kein deutlich wirksamer Rückgang des Primärenergieverbrauchs in Hessen zu erkennen.

In **Deutschland** jedoch sank die Indexkurve vom Ausgangswert 104 im Jahr 1990 zunächst deutlich auf 98 im Jahr 1994. Dabei profitierte der Bund auch von Umstrukturierungsprozessen in den neuen Ländern nach der

Wiedervereinigung. Bis 2008 verharrte die Kurve dann auf einem Niveau zwischen den Indexwerten 99 und 103. Der niedrige Wert im anschließenden Jahr 2009 ist auf ähnliche Faktoren zurückzuführen, die auch den niedrigen Wert Hessens im selben Jahr erklären (s. o.).

### Indikator 6: 18- bis unter 25-Jährige ohne bzw. mit niedrigem Abschluss

Schulische und berufliche Bildung sind eine wichtige Voraussetzung für die persönliche Entwicklung junger Menschen. Zudem besteht ein enger Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Erwerbstätigkeit. Personen mit einfacher Bildung sind in Industriestaaten wie Deutschland besonders von Erwerbslosigkeit betroffen und stärker von Armut bedroht. Schulische und berufliche Bildung stellen somit Schlüsselqualifikationen dar, die Jugendliche fit für den Arbeitsmarkt machen. Angesichts der drohenden Überalterung der Gesellschaft im Zuge des demografischen Wandels gilt es, das Humankapital der Jugendlichen besser zu nutzen und deren Talente in der schulischen und beruflichen Ausbildung derart zu fördern, dass sie die nötigen Qualifikationen zum Einstieg in den Arbeitsmarkt erlangen.

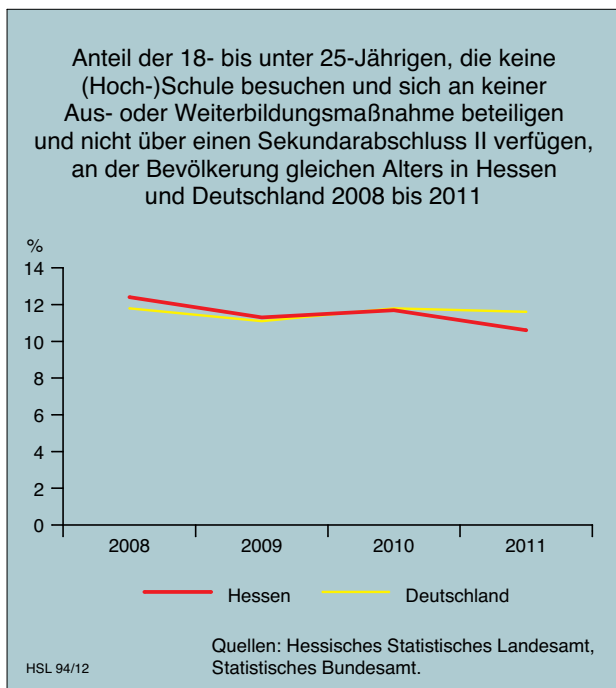
Der Indikator, der die Häufigkeit von jungen Menschen mit vergleichsweise geringen Berufsaussichten erfasst, beschreibt den Anteil der 18- bis unter 25-Jährigen, die keine (Hoch-)Schule besuchen und sich an keiner Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme beteiligen und nicht über einen Sekundarabschluss II (Hochschulreife bzw. abgeschlossene Berufsausbildung) verfügen, gemessen an der Bevölkerung gleichen Alters. Demnach werden

auch junge Menschen, die eine Haupt- oder Realschule erfolgreich abgeschlossen haben, anschließend aber keine Hochschulreife bzw. keinen beruflichen Abschluss erlangt haben und sich gegenwärtig auch nicht im Bildungsprozess befinden, beim Indikator berücksichtigt. In Anlehnung an die internationale Bezeichnung des entsprechenden Indikators werden sie als „frühe Schulabgänger“ bezeichnet.

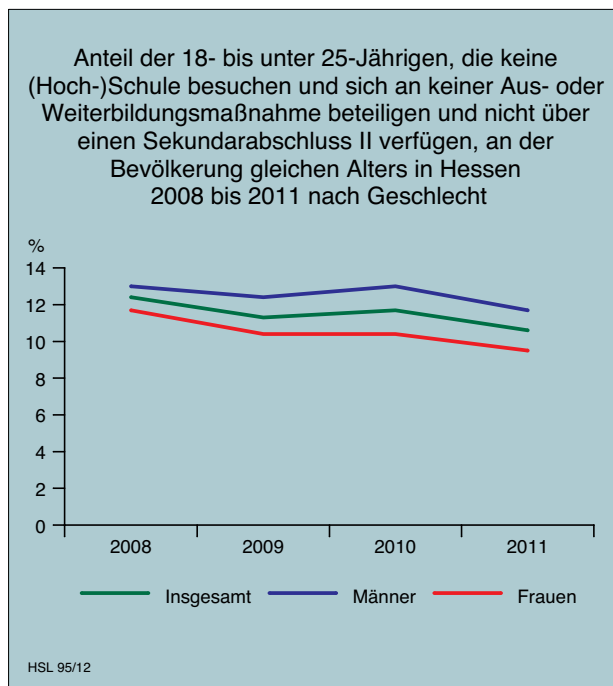
Zwar gibt es auf der Webseite von Eurostat (siehe Fußnote auf S. 277) und in der Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“<sup>7)</sup> zu diesem Indikator regionale und damit auch hessenbezogene Angaben für einen Zeitraum bis 2007. Im Folgenden werden aber für die Darstellung nur Berichtsjahre ab 2008 herangezogen, da erst dann Personen, die sich kurzfristig aufgrund von Schulferien oder des Übergangs in eine andere Schule/Ausbildung bzw. Hochschule nicht in Bildung befinden, in diesen Veröffentlichungen gleichermaßen vom Indikator ausgeschlossen werden. Die Datenbasis für die Berechnung des Indikators ist der Mikrozensus. Datenquellen sind das Hessische Statistische Landesamt und das Statistische Bundesamt. Im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen wird der Indikator ebenfalls verwendet.

Im Rahmen der Strategie Europa 2020 gilt EU-weit das Ziel, bis zum Jahr 2020 eine Senkung des Anteils der „frühen Schulabgänger“ auf 10 % zu erreichen. Deutschland übernahm diese Zielvorgabe.

In **Hessen** sank der Anteil der 18- bis unter 25-Jährigen ohne bzw. mit niedrigem Abschluss an der Bevölkerung gleichen Alters zunächst von 12,4 % im Jahr 2008 um 1,1 Prozentpunkte auf 11,3 % im Jahr 2009. Im Jahr 2010



7) Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich, Ausgabe 2012, September 2012.



erfolgte ein leichter Anstieg auf 11,7 %, dem wieder ein Rückgang auf 10,6 % im Jahr 2011 folgte. Setzt sich der Trend der letzten 4 Berichtsjahre fort, würde Hessen das von der EU und von Deutschland gesteckte Entwicklungsziel für 2020 (10 %) erreichen können.

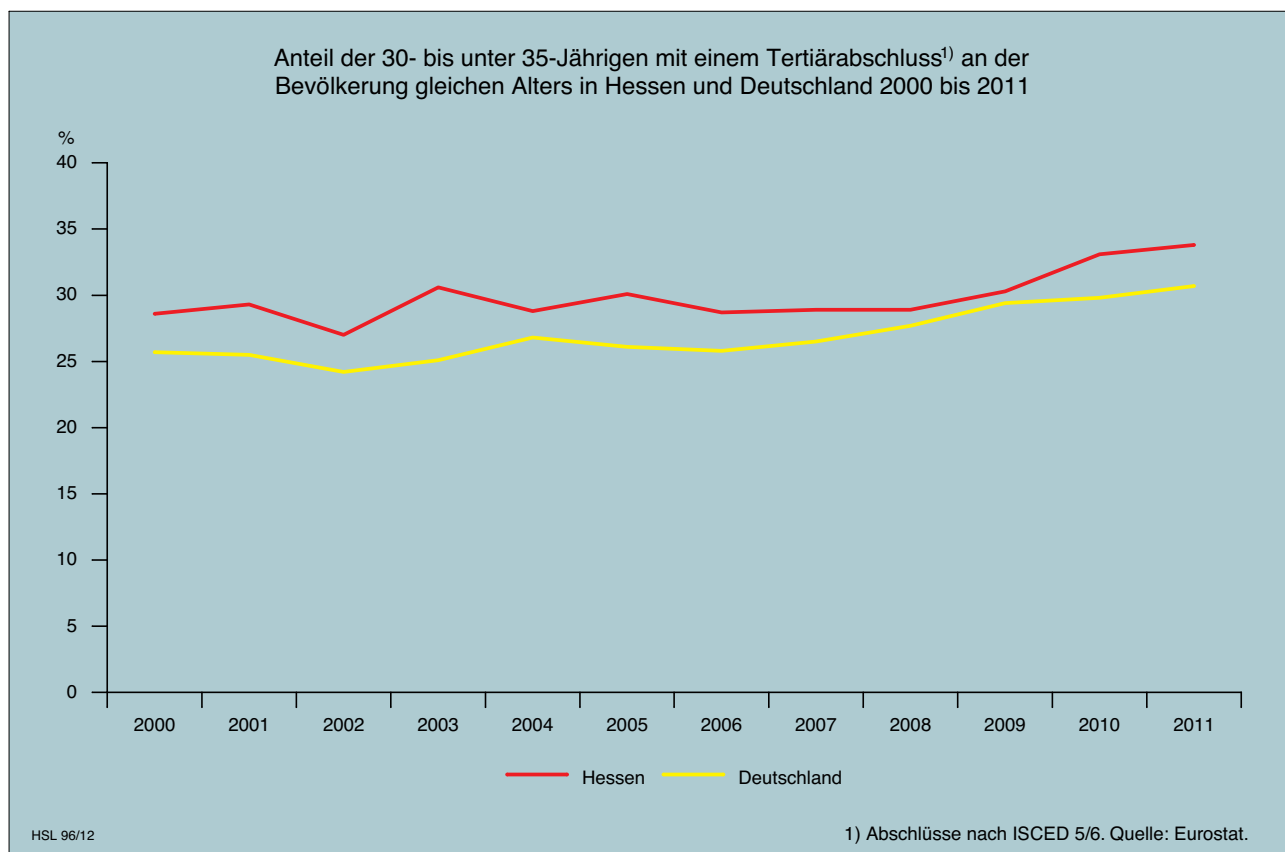
Der Kurvenverlauf in **Deutschland** war ebenfalls Schwankungen unterworfen. So ging der Anteilwert von 11,8 % im Jahr 2008 um 0,7 Prozentpunkte auf 11,1 % im Jahr 2009 zurück, um im Jahr 2010 wieder auf den Ausgangswert von 11,8 % zurückzukehren und dann 2011 leicht auf 11,6 % zu sinken. In den letzten beiden Berichtsjahren lagen die Werte Hessens unterhalb derjenigen von Deutschland. Ob Deutschland das Entwicklungsziel von 10 % im Jahr 2020 erreicht, kann nicht aus dem Trend der letzten 4 Berichtsjahre geschlossen werden. Es sei jedoch an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass der Anteil der „frühen Schulabgänger“ – ohne detaillierte Angaben zu nennen – sowohl in Hessen als auch in Deutschland von 2005 bis 2008 recht deutlich zurückging.

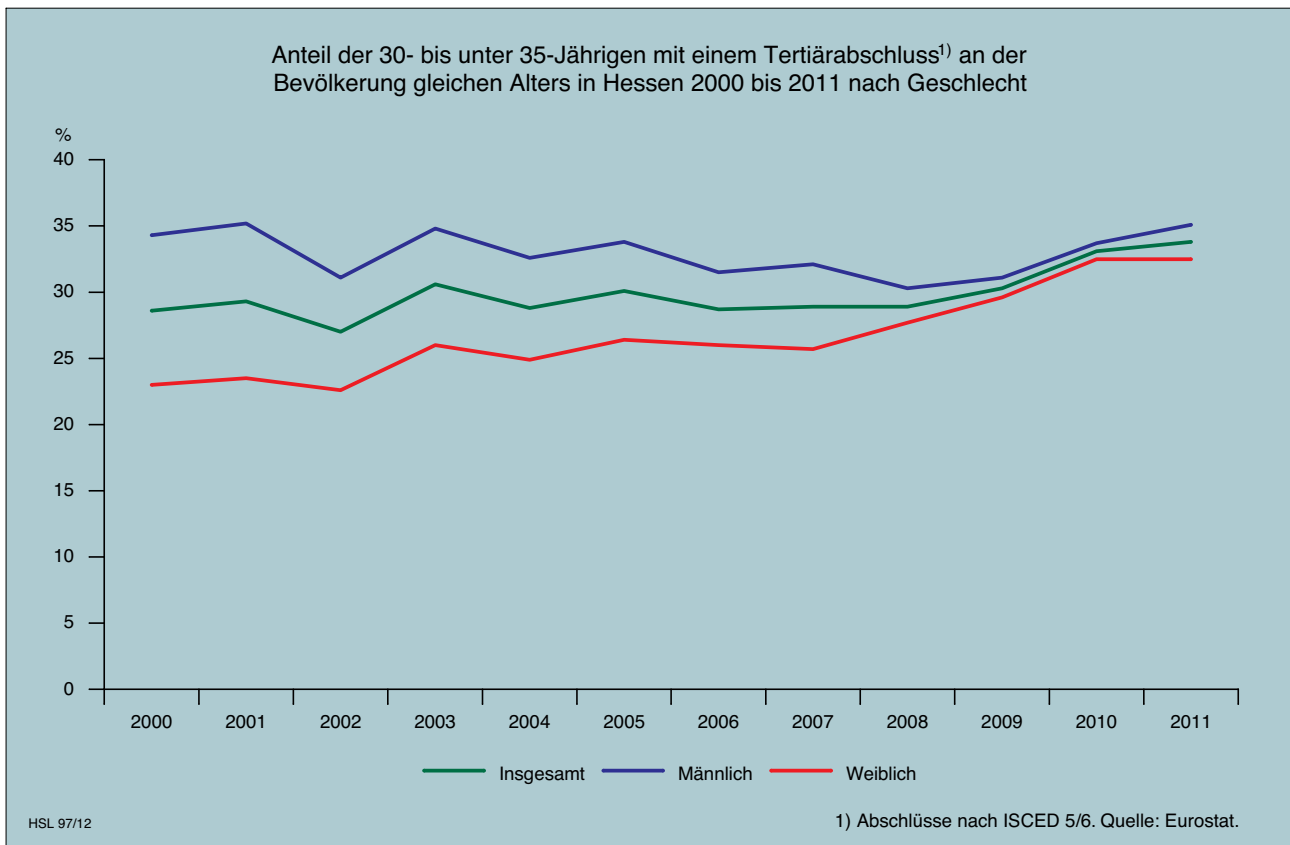
Eine differenzierte Betrachtung der 18- bis unter 25-Jährigen nach dem Geschlecht lässt Entwicklungsunterschiede erkennen. So konnten in Hessen bei den Frauen deutlichere Erfolge erzielt werden als bei den Männern. Während im Zeitraum 2008 bis 2011 der Rückgang des Anteilwertes der jungen Menschen ohne bzw. mit niedrigem Abschluss an der Bevölkerung gleichen Alters bei den Frauen 2,2 Prozentpunkte betrug, fiel er bei den Männern mit lediglich 1,3 Prozentpunkten bescheidener aus.

### Indikator 7: 30- bis unter 35-Jährige mit Tertiärabschluss

Gefragt waren von jeher hochgestellte Persönlichkeiten und Führungskräfte mit hoher Bildung, die die Geschichte eines Landes lenkten und ihr Wissen an nachfolgende Generationen weitergaben. Mit der zunehmenden Vielfalt und Komplexität der marktwirtschaftlichen Prozesse, des infrastrukturellen und gesellschaftlichen Umfeldes insbesondere in den Industriestaaten steigt der Bedarf an qualifiziertem Personal. Dabei muss das Humankapital steigenden Ansprüchen gerecht werden, die aus einem zunehmend vielfältigen Aufgabenspektrum resultieren. Vermehrt gefragt sind also Qualifizierte mit umfassendem (Fach-)Wissen und vielseitigen Fähigkeiten. Gleichzeitig nimmt seit der Industrialisierung das Ausmaß der Produktionsspezialisierung, -automatisierung und -diversifizierung zu, sodass der Bedarf an einfachen Arbeitskräften ohne bzw. mit niedriger beruflicher Ausbildung zurückgeht.

Der Indikator, der den Bildungsstand der Bevölkerung im mittleren Alter erfasst, stellt den Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit einem Tertiärabschluss an der Bevölkerung gleichen Alters dar. Nach der Internationalen Standard-Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) entspricht die ISCED-Abschlussstufe 5 einem Tertiärabschluss. Dazu zählen Abschlüsse der Verwaltungshochschule, der Fachhochschule, der Hochschule ebenso wie Abschlüsse einer Meister-/Technikerausbildung





oder gleichwertige Fachschulabschlüsse. Personen mit einem Promotionszertifikat (ISCED 6) werden damit beim Indikator ebenfalls berücksichtigt.

Die Datenbasis für die Indikatorberechnung liefern die Ergebnisse der EU-Arbeitskräfteerhebung, die in den Mikrozensus integriert ist. Die hier verwendeten Indikatorwerte sind der Webseite von Eurostat (siehe Fußnote auf S. 277) entnommen. In der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen findet dieser Indikator keine Verwendung.

Im Rahmen der Strategie Europa 2020 strebt die EU an, den Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit Tertiärabschluss auf 40 % zu erhöhen. Für das nationale Reformprogramm übernahm Deutschland zwar diesen Zielwert, allerdings wird die Indikatordefinition insofern erweitert, als auch Personen mit einem ISCED 4-Abschluss mit erfasst werden. Darin werden also auch Abschlüsse an Abendgymnasien, Kollegs, Fachoberschulen, Berufs- und technischen Oberschulen sowie von Kombinationen aus einem allgemeinbildenden Programm und einem berufsbildenden Programm berücksichtigt.

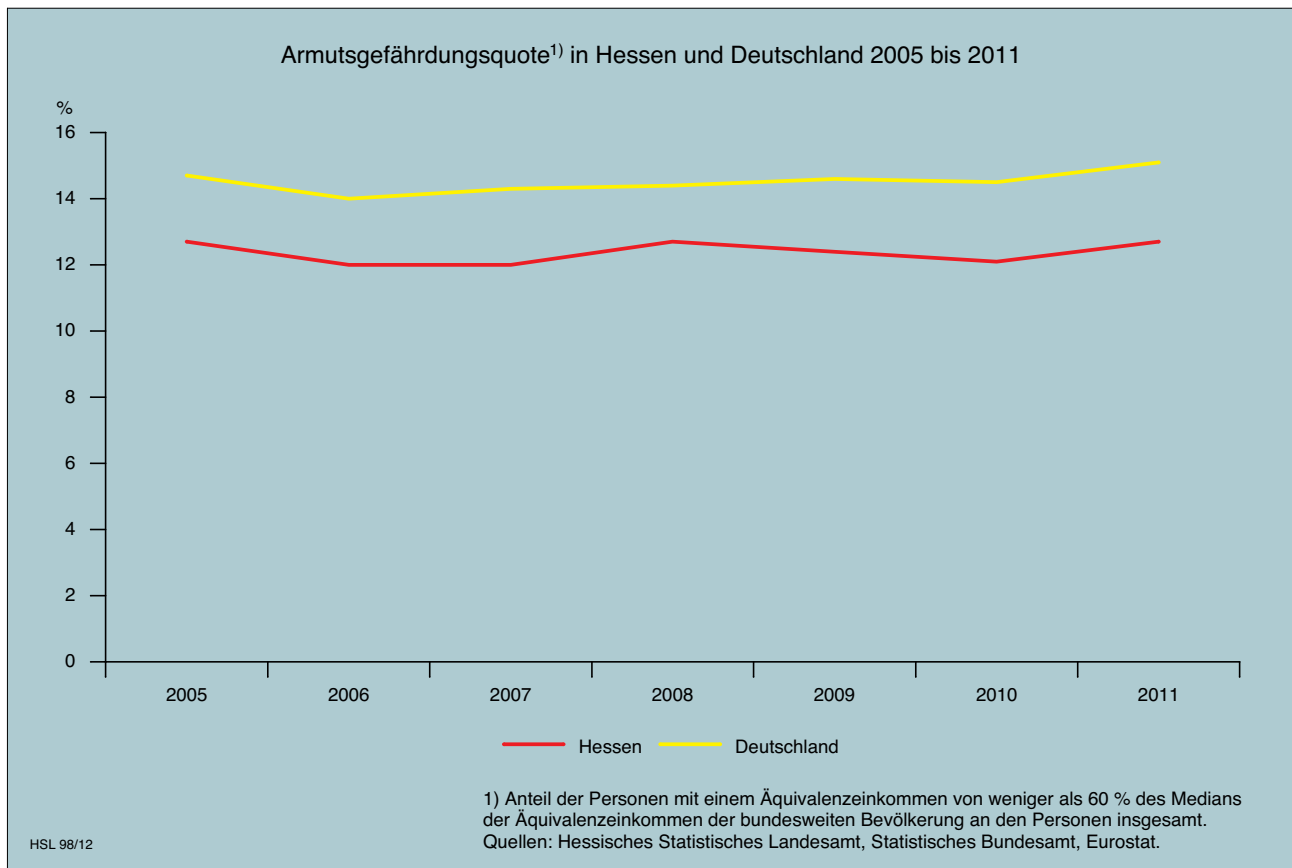
Gemäß der EU-Definition schwankte in **Hessen** der Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit einem Hochschulabschluss im Zeitraum 2000 bis 2009 zwischen Werten von 27,0 % (2002) und 30,6 % (2003). Anschließend stieg er vergleichsweise stark an, und zwar ausgehend von 30,3 % im Jahr 2009 über 33,1 % (2010) auf 33,8 % im Jahr 2011, sodass zuletzt gut jeder Dritte im genannten Alter einen tertiären Abschluss vorweisen konnte.

Ähnlich verhielt es sich in **Deutschland** auf einem etwas niedrigeren Niveau. Der Anteilwert bewegte sich im Zeitraum 2000 bis 2007 zwischen 24,2 % (2002) und 26,8 % (2004). Daran schloss sich ein kontinuierlicher Anstieg auf 30,7 % im Jahr 2011 an. Unter Beibehaltung der EU-Definition des Indikators stünde sowohl für Hessen als auch für Deutschland noch ein weiter Weg bis zur Erreichung des EU-Zielwerts von 40 % im Jahr 2020 bevor.

Die Betrachtung der Indikatorentwicklung in Hessen nach Geschlecht zeigt, dass der Anteil der 30- bis unter 35-jährigen Männer mit Hochschulabschluss von 34,3 % im Jahr 2000 – allerdings nicht kontinuierlich – auf 30,3 % im Jahr 2008 sank, während der entsprechende Anteilwert bei den Frauen im gleichen Zeitraum von 23,0 auf 27,7 % zunahm. Dadurch verringerte sich der Abstand zwischen den beiden Geschlechtern von 11,4 Prozentpunkten im Jahr 2000 auf 2,6 Prozentpunkte im Jahr 2008. Nach 2008 zogen die Indikatorwerte bei beiden Geschlechtern an, und zwar bei den Männern auf 35,1 % und bei den Frauen auf 32,5 % im Jahr 2011. Der Abstand zwischen beiden Geschlechtern war 2011 genau so groß wie 3 Jahre zuvor.

#### **Indikator 8b: Armutsgefährdungsquote**

Das Thema „soziale Gerechtigkeit“ gewinnt in der öffentlichen Diskussion zunehmend an Bedeutung. Damit wird u. a. das Auseinanderklaffen der Gesellschaft in obere und untere Sozialschichten bei gleichzeitiger Ausdünnung der Mittelschicht angesprochen. Eine solche, sich



verstärkende Entwicklung birgt gesellschaftliches Konfliktpotenzial, die mit sozialer Segregation und Isolation, Unsicherheitsgefühlen, Kriminalität, übersteigertem Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit u. Ä. einhergehen kann. Diese Gefahr dürfte in den meisten EU-Staaten bestehen. Schwierig ist jedoch die statistische Erfassung von sozialer Ungerechtigkeit. Mittlerweile gibt es – auch im Hinblick auf Einkommens- und Vermögensunterschiede – verschiedene und teilweise auch umstrittene Messkonzepte. Im Rahmen der Strategie Europa 2020 konzentriert sich die EU auf die einkommensschwächeren Schichten. Dazu finden sich im Indikatorenset zur Strategie neben dem Hauptindikator 8 „Bedrohung von Armut oder sozialer Ausgrenzung“, der sowohl die Zahl der davon betroffenen Personen als auch deren Anteil an der Bevölkerung insgesamt ermittelt, 3 weitere Nebenindikatoren, die folgende Personengruppen erfassen:

8) Zur Berechnung des Äquivalenzeinkommens eines Haushaltsmitglieds wird das gesamte Haushaltseinkommen nach einer Äquivalenzskala gewichtet, die sich nach Alter und Anzahl der Personen im Haushalt richtet. Sozialtransfers werden beim Haushaltseinkommen mitberücksichtigt. Das Äquivalenzeinkommen wird auf der Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

9) Der Median ist ein spezieller Mittelwert, den die Merkmalswerte von mindestens 50 % der Merkmalsträger unterschreiten und die Merkmalswerte von mindestens 50 % der Merkmalsträger überschreiten. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass mit dem hier skizzierten Messkonzept die soziale Ungleichheit insofern ungenügend erfasst wird, als mit dem Median der Abstand der höheren Werte von dieser Maßzahl nicht berücksichtigt wird.

8a) In Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit lebende Personen

8b) Von Armut bedrohte Personen

8c) Unter erheblicher materieller Deprivation leidende Personen

Diese Personengruppen werden dabei sowohl in absoluten Werten erfasst als auch in Bezug zur Gesamtbevölkerung gestellt. Von diesen 4 Indikatoren ist für Hessen jedoch nur der Nebenindikator 8b „Armutsgefährdungsquote“ verwendbar, der den Anteil der von Armut bedrohten Personen als Anteil an der Bevölkerung darstellt; damit stehen für Hessen absolute Angaben über diese Personengruppe nicht zur Verfügung. Von der EU wurde im Rahmen der Lissabonner Strategie festgelegt, dass Personen mit einem Äquivalenzeinkommen<sup>8)</sup> von weniger als 60 % des Medians<sup>9)</sup> der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten als „von Armut bedroht“ einzustufen sind. Die 60 %-Grenze gilt als Armutsgefährdungsschwelle, welche bei der Interpretation der Daten berücksichtigt werden muss. Zu beachten ist, auf welche regionale Einheit sich der Median bezieht. Beim hier vorgestellten Indikator wird auf den Bundesmedian abgestellt, d. h. auf den Median der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in den Haushalten Deutschlands. Der Vorteil dabei ist, dass die Angaben für Hessen und Deutschland damit vergleichbar



sind. Andererseits ergäbe sich für Hessen eine andere Quote bei Verwendung eines Hessenmedians. Die Datenbasis für die Indikatorberechnung liefern die Ergebnisse des Mikrozensus. Datenquellen sind das Hessische Statistische Landesamt und das Statistische Bundesamt. Die hier verwendeten Indikatorwerte Hessens sind der Webseite von Eurostat (siehe Fußnote auf S. 277) entnommen und auch Teil der von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführten amtlichen Sozialberichterstattung<sup>10)</sup>. Letztere verfügt über aktuellere Angaben sowie über die vergleichbaren und hier verwendeten Indikatorwerte für Deutschland<sup>11)</sup>. Des Weiteren sind in der Sozialberichterstattung auch Quoten, die am Landesmedian gemessen sind, enthalten sowie weiter untergliederte Angaben nach Geschlecht, Alter und anderen Untergliederungsmerkmalen. In der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen findet dieser Indikator keine Verwendung.

Die EU strebt an, die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Europäer ab Beginn der Strategie Europa 2020 bis zum Jahr 2020 um mindestens 20 Mill. zu verringern. Die Übertragung dieser Zielvorgabe, die auf absoluten Angaben basiert, kann für die einzelnen EU-Staaten nicht ohne Weiteres erfolgen. Demnach entwickelte Deutschland daraus für

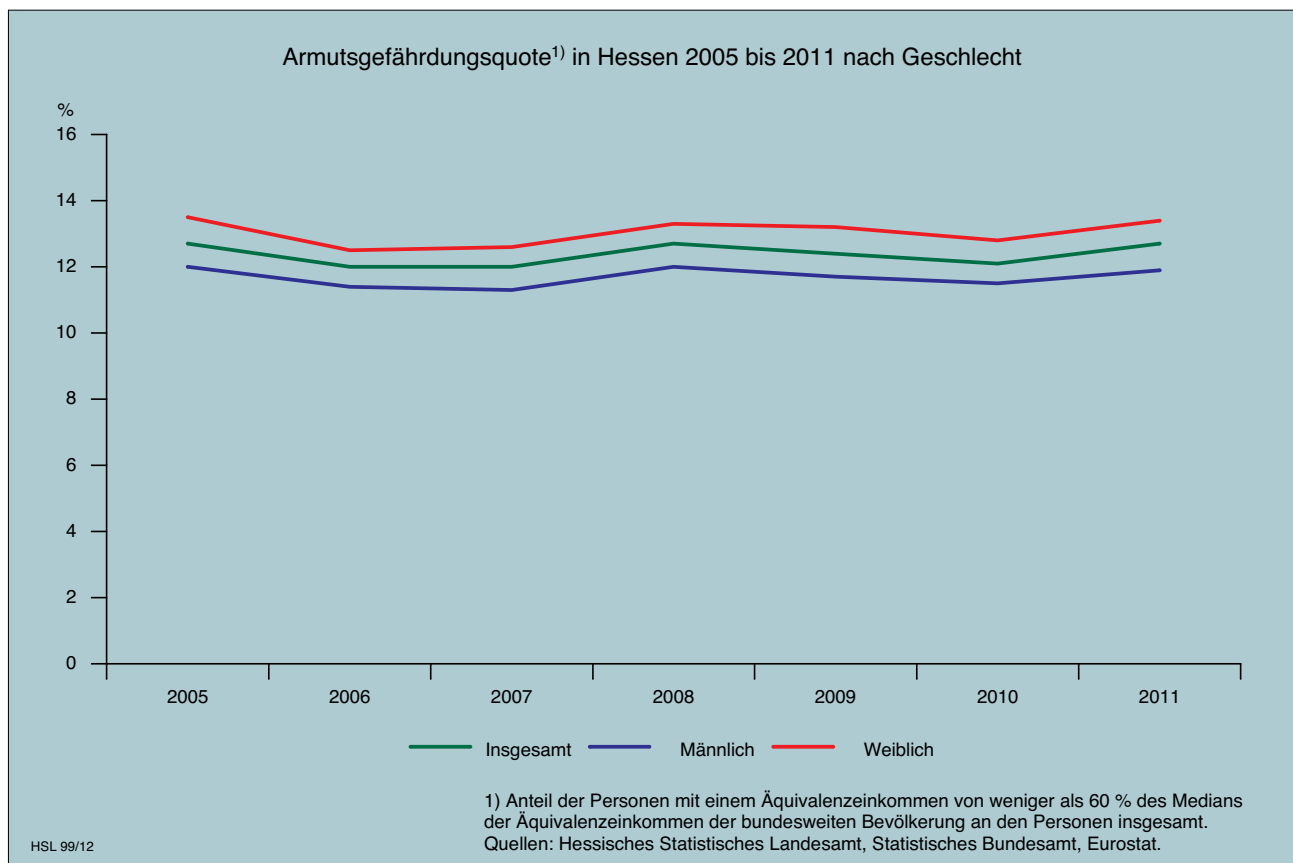
10) [www.amtliche-sozialberichterstattung.de](http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de).

11) Die Angaben für Deutschland auf der Webseite von Eurostat (siehe Fußnote 3 auf Seite 277) beruhen auf Auswertungen der EU-SILC-Umfrage, also nicht auf dem Mikrozensus.

sich das Ziel, die Zahl der Personen, die in von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Haushalten leben, bis 2020 um 20 % gegenüber dem Stand von 2008 zu senken.

Nach der hier verwendeten Definition stieg die am Bundesmedian ausgerichtete Armutsgefährdungsschwelle – ohne Berücksichtigung der Preisinflation – von 736 Euro im Jahr 2005 auf 848 Euro im Jahr 2011. Unter dieser Prämisse blieb die Armutsgefährdungsquote in **Hessen** über den Berichtszeitraum 2005 bis 2011 nahezu unverändert. Dieser bewegte sich zwischen den Anteilswerten 12,0 und 12,7 %. Die zuletzt ermittelte Quote von 12,7 % wurde auch in den Jahren 2005 und 2008 festgestellt. Für 2011 bedeutet dies, dass knapp jeder 8. hessische Einwohner über ein Äquivalenzeinkommen von weniger als 848 Euro im Monat verfügte. Beim Indikator handelt es sich um Prozentangaben, sodass anhand der vorliegenden Werte nicht unmittelbar zu erkennen ist, ob sich die Zahl der von Armut bedrohten Personen in Hessen verändert hat. Da die Bevölkerungszahl Hessens im Betrachtungszeitraum nur unwesentlich sank, kann jedoch der Schluss gezogen werden, dass sich die Zahl der von Armut bedrohten Personen im Land bislang nicht deutlich verringert haben kann – wie dies im Sinne der EU-Zielvorgabe hätte sein sollen.

Die Armutsgefährdungsquoten in **Deutschland** schwankten nur unwesentlich mehr als in Hessen, und zwar zwischen den Anteilswerten 14,0 % (2006) und 15,1 % (2011). Diese bewegten sich damit auf einem um



rund 2 Prozentpunkte höheren Niveau als in Hessen. Im Jahr 2011 war rund jeder 7. Bundesbürger von Armut bedroht.

Die Betrachtung der Armutsgefährdungsquoten in Hessen nach Geschlecht zeigt, dass deren Kurvenverläufe zwar weitgehend mit der Gesamtquote übereinstimmen, jedoch auf unterschiedlichen Niveaus: So lagen die Quoten der Frauen im Betrachtungszeitraum zwischen 1,1 und 1,5 Prozentpunkten oberhalb der entsprechenden Anteilwerte der Männer.

### Zusammenfassung

Die obigen Ausführungen haben gezeigt, dass durchaus Statistiken vorliegen, mit denen die Entwicklung Hessens gemäß den Indikatoren zur Strategie Europa 2020 dargestellt werden kann. Dies gilt insbesondere für alle Indikatoren aus dem sozioökonomischen Bereich (Indikatoren 1, 2, 6, 7 und 8b), mit Ausnahme des Hauptindikators 8 und der Nebenindikatoren 8a und 8c, die das Thema „Armut“ betreffen. Diese Indikatoren beruhen auf Angaben der EU-Arbeitskräfteerhebung bzw. des Mikrozensus und damit eines Erhebungssystems, das weitgehend durch EU-Regelungen beeinflusst ist. Lediglich der Indikator 2 „Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung“ beruht nicht auf Angaben des Mikrozensus, wird aber ebenfalls durch EU-Vorgaben mitbestimmt.

Für die Indikatoren 3 „Treibhausgasemissionen“, 4 „Erneuerbare Energien“ und 5 „Primärenergieverbrauch“ aus dem Umweltbereich gibt es ebenfalls Angaben für das Land Hessen. Insbesondere bei den Indikatoren 4 und 5 erfüllen sie jedoch nicht gänzlich die definitorischen Vorgaben, die für die Europa-2020-Indikatoren gelten. Würden diese Vorgaben maßgebend sein, könnten die Ergebnisse dieser Umweltindikatoren für Hessen nur unter Einschränkung betrachtet werden. Im Hinblick auf den Indikator 4 „Erneuerbare Energien“ gibt es aber auf Bundesländerebene Bestrebungen, Berechnungen der Regionalangaben im Sinne von EU-Vorgaben zu ermöglichen.

## Hessen statistisch entdecken



STATISTIKHESSEN



Die 103 Seiten starke, durchgängig 4-farbige Broschüre bietet einen Überblick über das vielfältige Datenmaterial, das das Hessische Statistische Landesamt (HSL) anbietet. Auf anschauliche Weise stellen sich die verschiedenen Fachbereiche der amtlichen Statistik mit einigen prägnanten Ergebnissen vor.

Darüber hinaus dient die Broschüre auch als Wegweiser durch das HSL, der für jeden Bereich die E-Mail-Adressen und Telefonnummern der jeweils zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen liefert.

Die Broschüre wird kostenlos abgegeben.

Anforderungen richten Sie bitte an:  
**Hessisches Statistisches Landesamt,  
Pressestelle, 65175 Wiesbaden**  
E-Mail: [info@statistik-hessen.de](mailto:info@statistik-hessen.de)

W\_155

## Kampf der Tageszeitungen gegen Auflagenrückgang und Anzeigenschwund

Die Tageszeitungen kämpfen nahezu weltweit um ihre Existenz. Dies ist nicht erst seit dem Insolvenzantrag der Frankfurter Rundschau (FR), einer der traditionsreichen überregionalen Tageszeitungen, und dem Ende der Financial Times Deutschland bekannt. Bei den Zeitungen, einem „Kulturgut und Eckpfeiler der Demokratie“ (Goethe-Institut), handelt es sich nicht um eine Ware wie jede andere. Die Geschichte der Zeitungen ist eng mit der demokratischen Entwicklung verknüpft. Nach dem Zweiten Weltkrieg legten die Alliierten großen Wert darauf, die Lizenzen für Zeitungen in die richtigen Hände zu geben. In der Zeit vor privatem Rundfunk, privatem Fernsehen und Internet hatten sie eine dominierende Rolle bei den Nachrichten und der Meinungsbildung. Allerdings weist die Entwicklung der letzten Jahre einen kontinuierlichen Abwärtstrend auf. Dies gilt für die überregionalen Tageszeitungen, aber auch die regionalen Zeitungen und sogar für die Boulevardzeitungen.

Frankfurt, die stolze Zeitungstadt (siehe Kasten), beherbergt (noch) 2 überregionale Tageszeitungen. Wie die anderen Tageszeitungen auch haben sie deutliche Auflagenverluste hinnehmen müssen. So nahm die verkaufte Auflage der Frankfurter Rundschau (FR) nach den Zahlen der IVW, Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V., vom dritten Quartal 1998 bis zum dritten Quartal 2012 um 37 %

Auflage<sup>1)</sup> ausgewählter überregionaler Tageszeitungen 1998 bis 2012 (jeweils 3. Quartal)

Jahr	Frankfurter Rundschau	Frankfurter Allgemeine	Süddeutsche Zeitung	taz.die tageszeitung
1998	187 869	404 359	421 415	57 708
2000	189 504	405 204	430 069	53 364
2002	183 373	400 219	443 118	58 299
2004	174 940	377 720	430 107	56 394
2006	156 125	365 838	438 831	57 357
2008	150 917	371 505	447 220	53 964
2010	135 676	368 017	431 317	56 077
2012	117 996	354 317	412 994	53 657
Abnahme 2012 gegenüber 1998 in %				
2012	- 37,2	- 12,4	- 2,0	- 7,0

1) Verkaufte Auflage, Montag bis Samstag, einschl. E-Paper. Quelle: IVW; Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.

Abonnements ausgewählter Tageszeitungen im 3. Quartal 2012

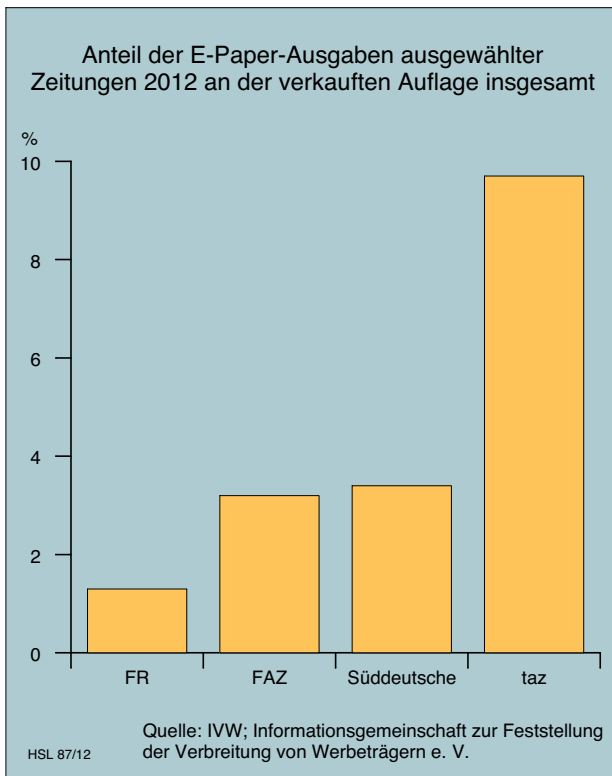
Tageszeitung	Abonnements	Anteil an der verkauften Auflage (%)
Frankfurter Rundschau	64 682	54,8
Frankfurter Allgemeine	217 522	61,4
Süddeutsche Zeitung	281 772	68,2
taz.die tageszeitung	45 078	84,0

auf 118 000 Exemplare ab. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) musste in diesem Zeitraum eine Einbuße von 12 % auf 354 300 hinnehmen. Die Berliner taz.die tageszeitung (taz), von einer Genossenschaft mit über 12 000 Mitgliedern am Leben erhalten, verzeichnete ein Minus von 7,0 % auf 53 700 verkaufte Exemplare am Tag. Am glimpflichsten kam die Süddeutsche Zeitung davon, deren Auflage um 2,0 % auf 413 000 zurückging (siehe auch Schaubild auf Seite 261).

Abonnements sind für die Verlage finanziell ergiebiger als der Verkauf am Kiosk. Der Anteil der Abonnements an der verkauften Auflage betrug im dritten Quartal 2012 bei der FR 54,8 %, bei der FAZ 61,4 %, bei der Süddeutschen Zeitung 68,2 % und bei der taz 84 %.

Das zweite und früher dominierende Standbein neben den Einnahmen aus Vertrieb ist das Anzeigenaufkommen einschl. der Beilagen. Früher galt die Faustregel, dass zwei Drittel des Gesamtumsatzes auf das Anzeigenaufkommen und ein Drittel auf das Vertriebsaufkommen entfällt. Die Zeiten haben sich aber radikal geändert. Im Jahr 2010 nahmen nach den Angaben des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) die Anzeigen- und Beilagenumsätze der deutschen Tageszeitungen um 1,5 % auf 3,64 Mrd. Euro ab, während die Vertriebsumsätze um 2,5 % auf 4,4 Mrd. Euro zunahmen. Bei den Gesamtumsätzen ergab sich ein Plus von 0,64 % auf 8 Mrd. Euro. Damit lag der Anteil der Anzeigenumsätze (einschl. Beilagenumsätze) bei 45,4 % und der der Vertriebsumsätze bei 54,6 %. 2011 gab es einen minimalen Rückgang der Gesamtumsätze um 0,1 % auf noch 8 Mrd. Euro. Bei den Anzeigen gab es ein Minus von 2,2 %, bei den Vertriebsumsätzen ein Plus von 1,7 %. Bei sinkender Auflage können höhere Vertriebsumsätze nur auf höhere Preise zurückzuführen sein.

Die Krise der Tageszeitungen hat verschiedene Ursachen. Eine wesentliche ist sicherlich das Internet, das von mehr als drei Vierteln der Bevölkerung derzeit genutzt wird. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamts erhöhte sich die Zahl der Haushalte mit Internetanschluss in Deutschland zwischen 2006 und 2011 von 61 auf 77 %. Nicht nur die junge Generation, aber vor allem sie, ist es gewohnt, Informationen kostenlos über das In-



ternet zu erhalten. Da ist es schwierig, den Nutzen einer gedruckten Tageszeitung zu vermitteln. Dazu kommt, dass auch die Anzeigen zunehmend ins Internet abwandern. Natürlich versuchen die Tageszeitungen Lösungen zu finden. Die Zeitungsinhalte einfach ins Internet zu stellen, erhöht zwar die Reichweite gewaltig, beschert aber – von den nicht ausreichenden Werbeeinnahmen dort abgesehen – keine Einnahmen. Ein wenig hoffnungsfroh stimmt die Entwicklung der E-Paper. Ihr Anteil an der gesamten verkauften Auflage lag im dritten Quartal 2012 trotz eines erheblichen Zuwachses bei der FR bei 1,3 %, bei der FAZ bei 3,2 %, bei der Süddeutschen Zeitung bei 3,4 % und bei der taz bei 9,7 %. Es muss also darüber hinaus nach Strategien gesucht werden. Manche Zeitungen setzen bei ihren Internetangeboten auf Paywalls, bei denen bestimmte Artikel nur gegen Bezahlung zu lesen sind. Die taz z. B. setzt aber auf Freiwilligkeit beim Bezahlen. Letztlich entscheiden die Nutzer über die Zukunft der Tageszeitungen. Wollen sie noch am Frühstückstisch eine gedruckte Zeitung in den Händen halten? Und das täglich? Wollen sie überhaupt eine Zeitung – gedruckt oder online – und auch dafür bezahlen? Können andere Geschäftsfelder, wie „Konferenzen für Führungskräfte, Bücherreihen“ (Zeit-Online), helfen, Anzeigenverluste und Auflagenschwund aufzufangen?

Peter Kammerer  
Tel.: 0611 3802-448  
E-Mail: [pkammerer@statistik-hessen.de](mailto:pkammerer@statistik-hessen.de)

### Frankfurt, die Zeitungsstadt

Frankfurt hat, und das, obwohl sie nicht zu den „Millionenstädten“ zählt, ein beachtliches Angebot von Tageszeitungen, darunter mit der FAZ und (noch) mit der FR 2 überregionale Zeitungen. Nicht zu vergessen die Frankfurter Neue Presse (FNP), die mit ihren Kopfblättern fest in der Region verankert ist. Bis Dezember 1988 gab es noch die Abendpost/Nachtausgabe als Boulevardzeitung. Seit etlichen Jahren erscheint die BILD-Zeitung mit einer Regionalausgabe.

Die FR wurde schon 1945 gegründet und profilierte sich unter ihrem Herausgeber und Chefredakteur Karl Gerold als linksliberales Gegenstück zur 1949 gegründeten FAZ, die für Konservativ-Liberale und Wirtschaftsvertreter zur Pflichtlektüre wurde. Neben dem heute profilierten Herausbergremium der FAZ glänzten in der Vergangenheit Herausgeber wie u. a. Joachim Fest, der auch als Buchautor reüssierte oder der „Literaturpapst“ Marcel Reich-Ranicki, der trotz seines Alters heute noch Präsenz zeigt. Bei der FNP blieb u. a. der „Meister der kleinen Form“, Richard Kirn, in Erinnerung, der nicht nur als intimer Frankfurter-Kenner für den Lokalteil, sondern auch für Feuilleton und Sport schrieb.





## Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Feb.	März	April	Mai
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 067,0	6 092,1	6 068,1	6 070,4	6 072,8	6 093,8	6 095,3	6 097,4	6 099,0
N a t ü r l i c h e B e v ö l k e r u n g s - b e w e g u n g:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 290	2 289	1 156	1 646	2 780	1 156	1 263	1 836	2 767
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,5	4,5	2,2	3,3	5,4	2,4	2,4	3,7	5,4
* Lebendgeborene	"	4 312	4 290	4 361	3 653	4 237	3 528	4 160	3 895	4 161
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,5	8,5	8,5	7,3	8,2	7,3	8,1	7,8	8,1
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 017	5 037	5 343	4 748	5 262	5 266	5 686	5 018	5 359
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,9	9,9	10,4	9,5	10,2	10,9	11,0	10,0	10,4
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	14	16	14	14	12	11	15	8	11
auf 1000 Lebendgeborene	"	3,2	3,7	3,2	3,8	2,8	3,1	3,6	2,1	2,6
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 705	- 747	- 982	- 1 095	- 1 025	- 1 738	- 1 526	- 1 123	- 1 198
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,4	- 1,5	- 1,9	- 2,2	- 2,0	- 3,6	- 3,0	- 2,2	- 2,3
W a n d e r u n g e n:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	14 014	15 855	14 999	13 892	15 494	13 497	15 266	15 192	14 378
* darunter aus dem Ausland	"	6 420	7 771	7 376	6 286	8 083	7 068	8 035	7 863	7 640
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 989	13 151	12 355	10 652	12 215	11 475	12 472	12 100	11 618
* darunter in das Ausland	"	5 613	5 313	4 876	3 894	5 302	5 242	4 969	4 687	4 846
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 025	2 705	2 644	3 240	3 279	2 022	2 794	3 092	2 760
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	"	17 098	17 623	17 622	16 446	17 715	15 752	17 764	17 706	17 108

Arbeitsmarkt <sup>3)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	197 932	182 518	180 991	173 526	170 357	182 465	179 905	172 680	172 783
und zwar										
Frauen	"	92 903	87 435	88 672	84 873	83 528	88 036	87 138	82 929	82 849
Männer	"	105 030	95 083	92 319	88 653	86 829	94 429	92 767	89 751	89 934
Ausländer	"	47 974	46 024	45 937	44 433	43 903	46 684	46 593	44 940	45 465
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	19 792	17 474	19 511	17 558	15 006	21 016	19 680	17 714	15 970
* Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> insgesamt	%	6,4	5,9	5,8	5,6	5,4	5,8	5,7	5,5	5,5
und zwar der										
Frauen	"	6,4	6,0	6,0	5,8	5,7	6,0	5,9	5,6	5,6
Männer	"	6,4	5,7	5,6	5,3	5,2	5,7	5,6	5,4	5,4
Ausländer	"	14,0	13,2	13,1	12,7	12,5	13,0	12,9	12,5	12,6
Jüngeren von 15 bis unter 25 Jahren	"	6,0	5,4	6,0	5,4	4,6	6,4	6,0	5,4	4,8
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	31 737	7 943	3 552	3 669	3 334	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) <sup>5)</sup>	"	30 821	38 053	40 092	41 357	41 246	36 688	35 845	35 492	35 189

Erwerbstätigkeit <sup>6)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2010			2011			2012
		30.6.		März	Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt <sup>7)8)</sup>	1000	2 165,8	2 233,4	2 173,6	2 227,3	2 217,2	2 220,7	2 283,7	2 272,5	2 267,5
und zwar										
Frauen	"	973,2	1 006,7	986,9	1 004,9	1 004,4	1 005,7	1 030,7	1 029,6	1 027,5
Ausländer	"	214,5	232,4	214,8	224,3	221,5	226,2	238,5	236,1	242,5
Teilzeitbeschäftigte <sup>9)</sup>	"	423,5	458,8	431,9	441,8	444,6	449,8	...	...	...
darunter Frauen <sup>9)</sup>	"	348,6	373,7	355,9	362,3	364,4	368,3	...	...	...
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>10)</sup>										
davon										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,5	7,9	7,2	7,8	6,8	7,4	8,2	7,2	7,7
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,4	2,6	2,3	2,4	2,7	2,4	2,5
Produzierendes Gewerbe	"	559,7	563,3	549,8	565,4	557,0	557,6	573,0	565,9	566,2
darunter Frauen	"	123,8	125,3	123,0	126,3	124,7	124,4	127,4	126,1	126,8
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	527,9	543,9	526,9	540,9	540,6	540,7	557,0	558,0	555,9
darunter Frauen	"	232,6	239,2	232,8	238,1	238,6	238,4	245,1	245,5	243,9
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	543,1	570,0	547,4	563,3	560,3	563,7	583,5	576,2	577,4
darunter Frauen	"	245,2	252,8	248,0	251,0	250,3	251,8	259,1	257,4	257,8
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	527,6	548,1	542,0	549,7	552,4	551,1	561,1	564,0	559,2
darunter Frauen	"	369,0	386,7	380,6	386,8	388,4	388,6	396,0	397,7	396,0

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. Erstellungsdatum: 05.11.2012.

1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 6) Statistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte. — 7) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 8) Erstellungsdatum: 28.06.2012. — 9) Wegen Umstellungen im Erhebungsverfahren wird dieses Merkmal bis voraussichtlich Mitte 2013 ausgesetzt. — 10) Abgrenzung nach WZ 2008.

## Hessischer Zahlenspiegel

Soziales										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
<b>Leistungsbezug nach SGB II<sup>1)</sup></b>										
Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten										
Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	.	413 081	413 470	411 987	407 870	404 690	404 610	...	...
darunter Frauen	"	.	211 398	211 821	211 355	209 590	207 947	208 305	...	...
davon										
erwerbsfähige Leistungsberechtigte	"	.	287 958	288 596	286 753	283 466	281 684	281 627	...	...
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	"	.	125 123	124 874	125 234	124 404	123 006	122 983	...	...
darunter unter 15 Jahren	"	.	117 982	117 674	117 982	117 189	116 066	116 030	...	...
Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
<b>Schlachtungen<sup>2)</sup></b>										
Rinder insgesamt	Anzahl	4 008	3 769	2 659	3 077	3 380	2 703	2 280	2 780	2 810
darunter										
Kälber <sup>3)</sup>	"	178	166	131	154	166	127	136	107	110
Jungrinder	"	55	99	34	75	59	77	53	90	68
Schweine	"	47 556	46 648	40 179	50 270	45 489	41 960	42 224	42 707	42 138
darunter hausgeschlachtet	"	2 128	1 667	515	529	740	647	405	343	633
<b>Schlachtmengen<sup>4)</sup></b>										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	5 810	5 926	4 973	6 210	5 706	5 218	5 057	5 314	5 163
darunter										
* Rinder insgesamt	"	1 115	1 130	852	991	1 082	868	723	908	902
* darunter										
Kälber <sup>3)</sup>	"	22	20	16	19	21	15	17	13	14
Jungrinder	"	7	14	5	11	8	11	8	14	10
* Schweine	"	4 315	4 290	3 711	4 772	4 248	3 937	3 931	3 983	3 898
* Geflügelfleisch <sup>5)</sup>	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.
* Erzeugte Konsumeier <sup>6)</sup>	1000 St.	14 415	14 789	13 691	13 416	13 600	16 171	16 263	18 679	18 681
Verarbeitendes Gewerbe <sup>7)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Betriebe	Anzahl	1 356	1 373	1 377	1 376	1 375	1 403	1 402	1 403	1 403
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	339,5	351,3	352,7	355,4	356,9	354,9	356,1	358,5	358,6
* Geleistete Arbeitsstunden	"	43 395	45 230	41 920	47 458	47 617	43 986	43 792	46 267	43 862
* Entgelte	Mill. Euro	1 273,1	1 360,7	1 286,3	1 277,5	1 291,1	1 473,7	1 336,6	1 324,6	1 352,0
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	7 811,3	8 793,9	8 279,0	8 798,2	9 557,1	9 016,2	8 520,3	8 491,6	8 580,9
* darunter Auslandsumsatz	"	3 930,5	4 526,0	4 044,1	4 512,4	4 871,7	4 727,5	4 273,8	4 341,3	4 472,5
Exportquote <sup>8)</sup>	%	50,3	51,5	48,8	51,3	51,0	52,4	50,2	51,1	52,1
Volumenindex des Auftragseingangs <sup>9)</sup> insgesamt	2005 = 100 % <sup>10)</sup>	12,5	1,9	0,6	0,5	0,7	- 4,1	- 4,3	- 3,1	- 12,5
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	20,3	- 1,2	- 1,0	1,1	0,6	- 3,0	- 5,7	- 2,7	- 14,8
Investitionsgüterproduzenten	"	9,5	7,4	4,6	- 0,6	6,0	- 9,3	- 4,6	- 5,3	- 17,1
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 1,7	10,4	15,1	15,0	- 8,3	- 32,6	- 26,5	- 20,2	56,7
Verbrauchsgüterproduzenten	"	3,2	3,3	- 0,4	3,7	- 4,4	8,5	2,9	1,7	- 2,6
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% <sup>11)</sup>	15,5	- 4,0	- 11,0	- 1,8	- 6,4	- 0,7	- 0,1	- 3,9	- 14,2
Maschinenbau	"	30,1	10,4	13,5	- 12,7	10,3	- 3,8	- 15,1	- 3,0	- 13,9
Kraftwagen und -teile	"	16,2	1,5	- 14,4	19,3	- 10,5	1,3	11,0	- 15,2	- 28,8
Herstellung von Metallereugnissen	"	29,2	11,9	5,6	11,3	23,7	1,8	- 10,0	- 3,9	- 27,1
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Betriebe <sup>11)</sup>	Anzahl	107	112	112	112	113	113	114	114	114
* Beschäftigte <sup>11)</sup>	"	15 944	16 143	16 081	16 200	16 316	16 333	16 340	16 470	16 462
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>11)12)</sup>	1000 h	2 004	2 042	1 856	2 147	2 122	1 964	1 969	2 095	2 090
* Entgelte <sup>11)</sup>	Mill. Euro	65,5	67,9	66,3	63,2	63,1	72,2	69,9	65,4	67,5
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung <sup>13)</sup>	Mill. kWh	2 205,3	1 244,6	627,6	840,5	902,8	706,8	731,3	608,7	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. — 2) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 3) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 4) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 5) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 6) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickiern. — 7) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 9) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 10) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 11) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 12) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 13) Mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.



## Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk <sup>1)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011				2012		
		Durchschnitt	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	
* Beschäftigte <sup>2)</sup>	2009 = 100 <sup>3)</sup>	97,7	98,0	97,7	97,0	97,3	100,1	97,9	97,0	97,0
* Umsatz <sup>4)</sup>	2009 = 100 <sup>5)</sup>	100,0	105,4	115,6	87,5	106,4	108,2	119,8	88,3	103,1
Baugewerbe <sup>6)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt	Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.	
<b>B a u h a u p t g e w e r b e<sup>7)</sup></b>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	47,6	49,0	50,2	50,8	50,7	49,3	49,2	49,5	49,4
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 427	4 920	5 165	5 727	5 801	5 459	5 523	5 728	5 319
davon										
* Wohnungsbau	"	1 867	2 137	2 158	2 432	2 537	2 541	2 470	2 522	2 355
* gewerblicher Bau	"	1 316	1 472	1 578	1 679	1 745	1 567	1 651	1 674	1 571
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 243	1 312	1 429	1 616	1 519	1 351	1 402	1 532	1 393
* Entgelte	Mill. Euro	105,6	115,2	121,6	128,6	123,1	122,5	127,0	126,6	121,1
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	450,9	503,4	563,5	560,8	571,2	583,0	598,4	641,4	612,3
davon										
* Wohnungsbau	"	142,3	168,1	186,0	172,8	186,1	246,6	219,2	242,1	227,8
* gewerblicher Bau	"	145,8	174,9	193,9	188,9	201,0	182,9	209,2	208,7	212,4
* öffentlicher und Straßenbau	"	162,8	160,5	183,6	199,0	184,1	153,4	170,0	190,5	172,1
Index des Auftragseingangs <sup>8)</sup>	2005 = 100	94,7	117,7	109,6	133,1	121,0	171,7	115,7	147,8	124,3
darunter										
Wohnungsbau	"	91,5	138,8	129,1	135,9	171,7	239,0	165,9	164,7	210,7
gewerblicher Bau	"	97,4	148,0	118,6	158,3	134,8	211,1	133,9	179,7	147,1
öffentlicher und Straßenbau	"	93,6	89,3	97,6	113,3	97,0	124,1	88,6	119,4	84,0
<b>A u s b a u g e w e r b e<sup>9)</sup></b>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) <sup>10)</sup>	1000	19,6	20,6	.	.	.	21,1	.	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 817	6 159	.	.	.	6 142	.	.	.
* Entgelte	Mill. Euro	152,0	162,6	.	.	.	172	.	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	612,4	720,6	.	.	.	634,1	.	.	.
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt	Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.	
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	443	523	501	486	475	611	587	572	451
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	394	464	453	427	419	550	490	517	389
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	525	668	571	647	555	773	854	625	586
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	98	123	105	116	104	140	159	115	108
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	140 450	185 546	162 913	178 102	153 531	213 588	238 058	174 912	164 807
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	133	128	121	131	144	151	143	156	110
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	1 005	1 301	1 140	1 661	1 672	807	1 296	976	650
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	160	193	170	235	274	122	228	166	106
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	165 538	192 706	151 411	188 106	336 789	96 332	258 726	185 082	109 411
* Wohnungen insgesamt <sup>11)</sup>	Anzahl	1 018	1 330	1 041	1 208	1 307	1 376	1 676	1 090	1 238
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) <sup>11)</sup>	"	5 400	6 602	5 788	6 319	5 832	7 252	8 352	5 818	5 969
Großhandel <sup>12)13)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt	Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.	
* Index der Umsätze <sup>14)</sup> — real	2005 = 100	107,8	...	...	...	...	...	...	...	...
* Index der Umsätze <sup>14)</sup> — nominal	"	112,0	...	...	...	...	...	...	...	...
* Beschäftigte (Index)	"	94,7	...	...	...	...	...	...	...	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Zulassungspflichtiges Handwerk lt. Anlage A der Handwerksordnung (ab 1.1.2004); die Angaben für die letzten beiden Quartale sind jeweils vorläufig. — 2) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 3) Hier: 30.09.2009 = 100. — 4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 5) Hier: Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 6) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; frühere Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 7) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u.a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 9) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 10) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 11) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 12) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 13) Einschl. Handelsvermittlung. — 14) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse.

## Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe <sup>1)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
<b>E i n z e l h a n d e l<sup>2)</sup></b>										
* Index der Umsätze <sup>3)</sup> — real	2005 =100	96,8	98,3	94,3	97,4	96,8	98,2	93,2	96,3	94,9
* Index der Umsätze <sup>3)</sup> — nominal	"	99,3	102,0	97,5	100,9	101,0	104,3	98,3	102,1	101,2
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art <sup>4)</sup>	"	92,0	93,9	90,2	93,5	91,9	97,8	91,1	97,8	93,0
Apotheken <sup>5)</sup>	"	103,9	105,7	100,0	107,5	107,4	108,2	106,4	109,4	106,6
Bekleidung	"	112,2	113,3	107,8	100,6	111,0	113,6	109,1	101,1	123,4
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>6)</sup>	"	103,9	108,8	105,5	106,2	103,8	104,1	105,8	108,5	100,6
Geräten d. Informations- u. Komm.technik <sup>6)</sup>	"	104,1	108,4	101,9	101,3	99,5	110,4	98,7	98,7	100,5
Versand- u. Internet-Eh.	"	87,5	91,8	81,7	87,1	94,4	87,1	77,1	84,6	88,4
* Beschäftigte (Index)	"	95,7	97,1	96,6	97,2	97,8	97,9	97,1	98,1	98,3
<b>K f z - H a n d e l<sup>7)</sup></b>										
* Index der Umsätze <sup>3)</sup> — real	2005 =100	89,7	...	95,9	...	...	...	...	...	...
* Index der Umsätze <sup>3)</sup> — nominal	"	93,9	...	102,0	...	...	...	...	...	...
* Beschäftigte (Index)	"	96,1	...	98,5	...	...	...	...	...	...
<b>G a s t g e w e r b e</b>										
* Index der Umsätze <sup>3)</sup> — real	2005 =100	87,1	89,0	85,5	86,7	99,5	93,4	86,0	88,9	98,2
* Index der Umsätze <sup>3)</sup> — nominal	"	95,5	99,0	94,9	96,5	111,9	106,1	97,2	100,5	112,6
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	103,1	107,9	95,1	94,1	135,2	120,7	97,2	96,6	133,0
Restaurants, Gastst., Imbissst., Cafés u. Ä.	"	89,0	93,0	93,0	97,1	99,8	99,2	97,0	103,1	101,5
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	102,4	103,4	102,8	104,5	108,9	105,4	103,6	108,3	112,7
Ausschank von Getränken	"	81,4	84,8	85,0	79,6	85,0	86,7	82,0	81,5	83,5
* Beschäftigte (Index)	"	97,0	98,8	99,9	101,9	100,9	102,7	101,9	103,0	103,6
Außenhandel <sup>9)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt <sup>9)</sup>	Mill. Euro	4 299,0	4 615,8	4 346,7	4 578,3	5 140,1	4 735,2	4 480,6	4 751,1	4 508,0
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	111,2	127,5	113,2	124,0	169,1	130,3	127,9	158,2	169,0
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 052,2	4 398,7	4 064,3	4 289,6	4 782,2	4 417,6	4 170,7	4 422,5	4 157,5
davon										
* Rohstoffe	"	14,6	17,1	16,5	15,6	19,9	22,4	16,9	15,3	13,7
* Halbwaren	"	363,6	400,6	359,6	393,0	615,4	422,8	322,7	416,0	345,6
* Fertigwaren	"	3 674,0	3 981,0	3 688,2	3 881,1	4 146,9	3 972,4	3 831,1	3 991,2	3 798,2
davon										
* Vorerzeugnisse	"	613,5	663,2	648,8	619,4	661,2	655,6	636,4	625,3	624,2
* Enderzeugnisse	"	3 060,6	3 317,8	3 039,4	3 261,6	3 485,7	3 316,8	3 194,8	3 365,9	3 173,9
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	1 121,2	1 205,4	1 145,3	1 153,7	1 187,9	1 191,4	1 255,4	1 305,1	1 217,8
Maschinen	"	482,3	566,2	530,4	545,7	621,8	524,8	502,1	535,4	493,2
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	504,8	534,5	413,6	580,2	589,4	495,8	408,2	441,8	382,2
elektrotechnische Erzeugnisse	"	474,9	486,2	453,7	482,9	505,8	477,5	493,6	490,1	434,5
Eisen- und Metallwaren	"	284,9	319,0	304,3	312,7	345,9	306,6	305,4	294,1	303,6
davon nach										
* Europa	"	2 942,4	3 125,4	2 884,5	3 066,5	3 596,8	3 176,7	2 890,7	3 104,3	3 044,7
* darunter EU-Länder	"	2 544,5	2 673,7	2 493,3	2 580,3	3 054,0	2 668,4	2 393,5	2 578,5	2 554,1
* Afrika	"	86,0	91,7	94,6	99,0	102,5	70,6	69,2	86,0	74,6
* Amerika	"	562,9	611,7	593,5	631,4	620,7	654,5	661,0	685,7	593,6
* Asien	"	666,8	744,0	728,1	745,4	783,1	767,8	804,0	808,7	747,7
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	40,8	43,0	46,0	36,1	37,1	65,0	55,6	65,8	46,6
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt <sup>9)</sup>	"	5 691,2	6 321,8	6 347,9	6 529,4	6 829,9	6 554,8	6 820,0	6 506,2	6 340,3
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	218,5	250,5	230,6	246,6	272,1	205,8	220,1	211,4	226,0
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	5 182,5	5 808,0	5 719,5	5 898,1	6 131,5	5 952,6	6 202,5	5 933,2	5 734,7
davon										
* Rohstoffe	"	127,5	143,3	174,1	110,4	182,0	85,8	89,8	152,6	108,1
* Halbwaren	"	695,9	791,1	876,3	1 075,4	866,7	782,3	791,3	745,4	710,8
* Fertigwaren	"	4 359,1	4 873,6	4 669,1	4 712,3	5 082,9	5 084,5	5 321,4	5 035,1	4 915,8
davon										
* Vorerzeugnisse	"	500,0	629,5	638,0	599,0	652,1	705,5	653,5	628,2	684,2
* Enderzeugnisse	"	3 859,1	4 244,1	4 031,2	4 113,3	4 430,8	4 379,0	4 667,9	4 406,9	4 231,7

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 8) Vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 9) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Gesamt-Positionen enthalten.

## Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel <sup>1)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt <sup>2)</sup>										
davon aus										
* Europa	"	3 579,6	4 007,2	4 097,1	3 862,0	4 477,7	4 241,4	4 213,8	3 728,3	4 091,3
* darunter EU-Länder	"	3 115,2	3 437,8	3 511,6	3 129,6	3 955,6	3 620,9	3 443,1	3 109,3	3 447,4
* Afrika	Mill. Euro	144,8	189,5	226,0	273,6	192,9	121,5	98,6	144,3	120,1
* Amerika	"	616,9	648,2	631,5	674,2	585,9	689,7	916,5	937,7	613,8
* Asien	"	1 329,2	1 438,8	1 344,8	1 626,5	1 541,8	1 434,2	1 540,2	1 618,6	1 459,8
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	20,7	38,1	48,5	93,0	31,5	68,0	51,0	77,2	55,3
Tourismus <sup>3)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Gästekünfte	1000	996	1 037	1 123	1 140	1 288	1 270	1 183	1 221	1 318
darunter										
* von Auslandsgästen	"	240	248	307	283	301	311	342	314	329
* Gästeübernachtungen	"	2 346	2 418	2 758	2 831	2 881	1 270	2 831	2 938	2 967
darunter										
* von Auslandsgästen	"	454	471	596	569	539	311	650	623	635
Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
<b>B i n n e n s c h i f f f a h r t</b>										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	957	829	949	992	888	922	957	772	756
davon										
* Gütereingang	"	763	650	779	778	690	724	791	597	597
* Güterversand	"	195	180	170	214	199	197	166	176	159
<b>S t r a ß e n v e r k e h r</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>4)</sup>	Anzahl	28 114	30 433	29 952	26 186	33 835	34 057	27 376	26 443	30 444
darunter										
* Personenkraftwagen <sup>5)</sup>	"	24 978	27 009	26 550	23 252	30 507	30 399	23 999	23 115	27 103
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 704	1 913	1 877	1 558	1 908	1 849	1 769	1 703	1 782
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	992	986	1 060	908	847	1 268	1 057	1 110	1 050
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	337	419	372	380	457	446	421	422	403
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden <sup>6)</sup>	"	2 478	2 569	2 316	2 805	2 880	2 754	2 376	2 780	2 611
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 756	1 872	1 680	2 161	2 179	2 026	1 759	2 140	1 940
* getötete Personen	"	21	22	19	27	23	20	30	34	25
* verletzte Personen	"	2 323	2 478	2 270	2 826	2 867	2 591	2 334	2 772	2 558
<b>L i n i e n n a h v e r k e h r d e r V e r k e h r s u n t e r n e h m e n <sup>7)</sup></b>										
Fahrgäste <sup>8)</sup>	1000	129 049	136 380	.	.	401 573	404 056	.	.	402 975
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	89 977	91 904	.	.	270 610	271 537	.	.	273 908
Straßenbahnen	"	18 150	18 389	.	.	53 058	56 677	.	.	55 560
Omnibussen	"	21 624	26 510	.	.	79 151	77 273	.	.	74 842
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 552 262	2 648 899	.	.	7 973 107	7 790 705	.	.	8 067 317
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 335 007	2 401 498	.	.	7 246 920	7 067 513	.	.	7 338 516
Straßenbahnen	"	76 520	77 660	.	.	223 702	239 249	.	.	233 899
Omnibussen	"	140 736	169 742	.	.	502 485	483 943	.	.	494 902
<b>L i n i e n f e r n v e r k e h r m i t O m n i b u s s e n <sup>7)</sup></b>										
Fahrgäste	1000	46	66	.	.	280	198	.	.	229
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	47 078	57 104	.	.	251 847	170 618	.	.	202 892

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Ingesamt-Positionen enthalten. — 3) Betriebe ab 9 Betten; einschl. Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012: Betriebe ab 10 Betten; einschl. Campingplätzen (Touristik-Camping) ab 10 Stellplätzen. — 4) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 5) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmonat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 6) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel. — 7) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 8) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

## Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
<b>B a n k e n<sup>1)</sup></b>										
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>2)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	171 431	171 086	.	.	520 890	506 733	.	.	505 634
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>2)</sup>	"	125 896	126 420	.	.	378 143	372 107	.	.	369 506
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	22 127	24 928	.	.	74 168	71 566	.	.	70 571
Kredite über 1 Jahr <sup>3)</sup>	"	103 769	101 491	.	.	303 975	300 541	.	.	298 935
Einlagen und aufgenommene Gelder <sup>2)</sup> von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	175 460	187 443	.	.	573 853	558 677	.	.	567 071
<b>I n s o l v e n z e n</b>										
* Insolvenzen	Anzahl	1 000	946	837	959	1 026	864	908	844	784
davon										
* Unternehmen	"	145	140	132	131	158	143	149	126	118
* Verbraucher	"	630	591	507	625	630	506	551	507	477
* ehemals selbstständig Tätige	"	182	181	166	174	211	182	167	167	165
* sonstige natürliche Personen <sup>4)</sup> , Nachlässe	"	43	34	32	29	27	33	41	44	24
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	253 612	198 427	134 640	148 964	226 434	228 903	128 931	359 367	118 970
Gewerbeanzeigen <sup>5)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 648	6 495	6 102	7 084	6 877	5 832	5 844	6 490	5 984
* Gewerbeabmeldungen	"	5 689	5 607	4 771	5 128	5 910	5 092	5 570	5 985	5 023
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
<b>V e r b r a u c h e r p r e i s e</b>										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005 = 100	107,5	109,7	110,0	109,8	110,1	111,5	111,9	112,3	112,3
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	113,2	116,0	116,4	115,6	115,8	121,6	120,2	119,9	119,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	113,5	115,0	115,7	116,3	116,5	118,9	118,8	118,6	119,0
Bekleidung, Schuhe	"	96,4	96,9	91,7	93,7	100,1	98,2	93,5	95,8	100,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>6)</sup>	"	109,4	112,8	112,9	112,8	113,1	115,1	115,5	115,9	115,9
* Nettokaltmieten	"	106,3	107,6	107,7	107,8	107,8	109,2	109,3	109,5	109,6
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>7)</sup>	"	103,6	102,8	102,6	102,9	102,9	103,4	103,3	103,3	103,4
Gesundheitspflege	"	106,7	107,5	107,7	107,7	107,8	109,7	109,8	109,8	109,8
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	113,2	117,9	118,9	117,9	118,9	119,5	120,8	122,5	122,8
Nachrichtenübermittlung	"	88,0	85,6	85,5	85,3	85,1	84,6	84,5	84,5	84,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	99,6	99,9	101,7	102,1	99,8	99,9	103,4	103,5	101,6
Bildungswesen	"	107,9	107,5	107,5	107,6	106,9	105,3	105,3	104,9	103,5
Beherbungs- und Gaststättendienstleistungen	"	109,1	111,0	112,9	112,8	111,8	113,9	116,7	116,6	114,7
<b>B a u p r e i s e</b>										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>8)</sup>	2005 = 100	113,3	115,9	.	116,3	.	.	.	118,5	.
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Steueraufkommen insgesamt <sup>9)</sup>	Mill. Euro	3 604,7	3 721,1	2 982,7	3 602,9	3 736,8	4 800,8	3 373,4	3 535,7	4 526,7
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 461,9	3 558,4	2 831,3	3 437,3	3 630,7	4 683,5	3 138,3	3 371,5	4 380,4
davon										
Lohnsteuer <sup>10)</sup>	"	1 434,2	1 491,7	1 486,5	1 342,7	1 277,6	1 499,3	1 557,7	1 507,8	1 356,4
veranlagte Einkommensteuer	"	193,4	179,4	- 156,0	141,0	595,3	679,5	- 79,2	- 15,9	698,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	132,9	147,2	99,1	26,0	133,8	544,1	342,1	75,7	245,0
Zinsabschlag <sup>10)</sup>	"	257,7	234,1	174,0	192,4	50,5	155,9	197,9	239,3	166,5
Körperschaftsteuer <sup>10)</sup>	"	91,1	108,8	- 156,0	180,3	174,5	425,5	- 191,7	41,6	510,9
Umsatzsteuer	"	1 232,4	1 256,9	1 234,7	1 428,7	1 248,7	1 220,1	1 187,6	1 388,4	1 254,2
Einfuhrumsatzsteuer	"	120,2	140,2	148,9	126,2	150,1	159,1	124,0	134,5	149,0

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

## Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Noch: Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup> noch: davon Bundessteuern Landessteuern darunter Erbschaftsteuer Grunderwerbsteuer sonstige Landessteuern Gewerbesteuerumlage	Mill. Euro									
		115,6	133,2	79,8	157,5	106,1	117,3	131,4	160,4	146,4
		34,9	33,6	17,8	42,5	13,7	28,3	29,7	40,9	31,8
		33,6	43,2	25,9	48,9	40,0	38,1	44,9	53,1	41,8
		47,1	56,4	36,1	66,0	52,4	51,0	56,8	66,4	72,8
		27,2	29,5	71,6	8,1	0,0	0,0	103,6	3,7	0,0

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2010	2011				2012	
		Durchschnitt <sup>2)</sup>		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände davon Grundsteuer A Grundsteuer B Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) Gemeindeanteil an der Einkommensteuer andere Steuern <sup>3)</sup>	Mill. Euro									
		1 313,2	1 827,5	2 443,3	1 290,5	1 792,0	1 848,8	2 378,8	1 226,1	2 212,2
		2,9	4,4	3,6	4,3	3,8	5,8	3,6	4,4	4,2
		127,9	188,3	169,7	172,9	190,7	218,7	170,9	183,0	189,8
		672,4	938,5	1 102,5	987,3	870,7	929,3	966,8	857,7	1 228,8
		437,6	589,1	985,4	106,7	621,3	583,4	1 044,9	158,7	681,9
		9,2	16,6	12,9	14,0	16,3	21,1	15,1	18,2	18,3

Verdienste <sup>4)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2010	2011				2012	
		Durchschnitt		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
* Bruttomonatsverdienste <sup>5)</sup> der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer <sup>6)</sup> im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich und zwar * männlich * weiblich * Leistungsgruppe 1 <sup>7)</sup> * Leistungsgruppe 2 <sup>7)</sup> * Leistungsgruppe 3 <sup>7)</sup> * Leistungsgruppe 4 <sup>7)</sup> * Leistungsgruppe 5 <sup>7)</sup> * Produzierendes Gewerbe * Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden * Verarbeitendes Gewerbe * Energieversorgung * Wasserversorgung <sup>8)</sup> * Baugewerbe * Dienstleistungsbereich * Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz * Verkehr und Lagerei * Gastgewerbe * Information und Kommunikation * Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen * Grundstücks- und Wohnungswesen * Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen * Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen * Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung * Erziehung und Unterricht * Gesundheits- und Sozialwesen * Kunst, Unterhaltung und Erholung * Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro									
		4 028	4 161	3 638	3 651	3 702	3 697	3 720	3 662	3 722
		4 292	4 445	3 857	3 864	3 926	3 919	3 943	3 878	3 943
		3 417	3 513	3 132	3 163	3 188	3 188	3 210	3 178	3 223
		7 508	7 808	6 492	6 469	6 565	6 556	6 637	6 565	6 640
		4 694	4 847	4 253	4 268	4 304	4 319	4 336	4 356	4 401
		3 181	3 288	2 936	2 944	3 003	3 002	3 011	2 957	3 020
		2 511	2 603	2 352	2 356	2 420	2 419	2 428	2 380	2 450
		2 026	2 112	1 928	1 922	1 982	2 000	2 007	1 919	1 970
		3 882	4 020	3 503	3 497	3 597	3 584	3 584	3 570	3 679
		3 280	3 317	3 027	3 005	3 094	3 195	3 121	3 240	3 486
		4 007	4 159	3 598	3 601	3 686	3 666	3 673	3 689	3 777
		4 973	4 996	4 308	4 301	4 403	4 421	4 418	4 207	4 326
		3 449	3 518	3 170	3 215	3 227	3 252	3 265	3 086	3 169
		3 000	3 076	2 845	2 753	2 951	2 968	2 921	2 910	3 132
		4 101	4 233	3 705	3 728	3 755	3 754	3 790	3 703	3 741
		3 698	3 810	3 340	3 359	3 397	3 396	3 425	3 399	3 423
		3 795	3 908	3 485	3 410	3 526	3 555	3 591	3 407	3 550
		2 426	2 451	2 286	2 289	2 277	2 249	2 308	2 252	2 261
		5 297	5 383	4 652	4 660	4 695	4 715	4 711	4 760	4 812
		6 498	6 900	5 320	5 366	5 391	5 407	5 534	5 355	5 350
		4 543	4 719	4 081	4 129	4 172	4 092	4 090	4 322	4 368
		5 619	5 813	4 813	4 833	4 877	4 851	4 890	4 491	4 515
		2 581								
		3 295	2 677	2 433	2 437	2 473	2 504	2 535	2 394	2 446
		4 018	3 411	3 185	3 251	3 254	3 263	3 271	3 292	3 304
		3 453	4 145	3 943	4 038	4 041	4 048	4 063	4 038	4 036
		5 274	3 520	3 265	3 255	3 293	3 302	3 323	3 281	3 345
		3 451	4 688	5 406	4 916	4 623	3 988	4 263	3 615	3 741
		3 976	3 637	3 244	3 315	3 340	3 353	3 349	3 525	3 572

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.  
 1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vierteljahresdurchschnitte. — 3) Und steuerähnliche Einnahmen. — 4) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse ab März 2007 wurden entsprechend umgerechnet. — 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 6) Einschl. Beamte. — 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernete Arbeitnehmer. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.

## Reform und Revolte

*Eine Rechtsgeschichte der 1960er und 1970er Jahre. Herausgegeben von Martin Löhnig, Mareike Preisner und Thomas Schlemmer, XII, 391 Seiten, kartoniert mit Fadenheftung, 79,00 Euro, Mohr Siebeck, Tübingen 2012.*

Die Historisierung der Sechziger- und Siebzigerjahre wurde durch die Juristische Zeitgeschichte bislang nicht nachhaltig unternommen. Wenn heute eine in ihren Grundlinien oft weitgehend unveränderte Fortgeltung von zentralen, in dieser Zeit erlassenen, Reformgesetzen festzustellen ist, waren die Reformen offensichtlich nicht nur von vorübergehender Natur. Zu erwarten ist, dass sie unsere Gesellschaft wie unsere Rechtskultur geprägt haben. Deshalb erscheint es angeraten, sich damit auseinanderzusetzen, wie diese Reformen zustande gekommen sind, welche Entwicklungen von ihnen ausgegangen sind und wie sie bis heute wirken. Der vorliegende Band unternimmt dies aus interdisziplinärer Perspektive. Die Aufsätze behandeln vielfältige Themenbereiche, u. a. Schulpolitik, Wehrdienstverweigerung, Psychiatriereform, Familienrecht, Mitbestimmung, Sozialrecht, Verbraucherschutz, Aktienrechtsreform, Strafrechtsreform, Sexualstrafrecht, Terrorismusbekämpfung, Verfassungsschutz, Notstandsgesetze und Finanzverfassung. **7504**

## Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

### Kontenrahmen (KR)

*für die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und für die Träger der sozialen Pflegeversicherung und den Ausgleichsfonds. Mit Erläuterungen und Buchführungsanweisungen für die Praxis und einem Anhang mit den Vorschriften über das Rechnungswesen in der Sozialversicherung. Von Bernhard Knoblich, 3., völlig neu gestaltete Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 2. Erg.-Lfg. vom Juni 2012 ; 1348 Seiten in Spezialordner) 68,00 Euro; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin 2012. **4334***

### Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG

*Kommentar. Von Dr. Torsten von Roetteken, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Frankfurt am Main, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 42. Erg.-Lfg. vom November 2012, 2444 Seiten in 2 Ordnern) 125,00 Euro; Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg 2012. **6749***

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM OKTOBER 2012  
(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

#### Statistische Berichte – kostenfreie Download-Dateien

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 31. Dezember 2011 (Vorläufige Werte); (A VI 5 - vj 4/11); (K)<sup>1)</sup>

Hochschulprüfungen in Hessen 2011; (B III 3 - j/11)<sup>1)</sup>

Die Volkshochschulen in Hessen 2011; (B IV 1 - j/011); (K)<sup>1)</sup>

Gewerbeanzeigen in Hessen im 2. Vierteljahr 2012; (D I 2 - vj 2/12); (K)<sup>1)</sup>

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im Juli 2012 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I 1 - m 07/12); (K)<sup>1)</sup>

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im August 2012 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I 1 - m 08/12); (K)<sup>1)</sup>

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im August 2012; (E I 3 - m 08/12); PDF-Format

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im August 2012; (E II 1 - m 08/12); (K)<sup>1)</sup>

Energieversorgung in Hessen im Juni 2012; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 06/12)<sup>1)</sup>

Energieversorgung in Hessen im Juli 2012; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 07/12)<sup>1)</sup>

Baugenehmigungen in Hessen im August 2012; (F II 1 - m 08/12); (K)<sup>1)</sup>

Baugenehmigungen in Hessen im September 2012; (F II 1 - m 09/12); (K)<sup>1)</sup>

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im August 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 08/12)<sup>1)</sup>

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im August 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 08/12)<sup>1)</sup>

Die Ausfuhr Hessens im Juli 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 07/12)<sup>1)</sup>

Die Ausfuhr Hessens im August 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 08/12)<sup>1)</sup>

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Juli 2012; (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 07/12)<sup>1)</sup>

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im August 2012; (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 08/12)<sup>1)</sup>

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im August 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 08/12)<sup>1)</sup>

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im August 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 08/11)<sup>1)</sup>

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im August 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 08/12); (K)<sup>1)</sup>

Binnenschifffahrt in Hessen im Juli 2012; (H II 1 - m 07/12); (Häfen)<sup>1)</sup>

Die Sozialhilfe in Hessen im Jahr 2011 sowie Ergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistik 2011; Teil II: Empfänger/-innen; (K I 1 mit K VI 1 - j/11); (K)<sup>1)</sup>

Statistik der Empfänger/-innen von Grundsicherung (4. Kapitel SGB XII) in Hessen 2011; (K I 2 - j/11); (K)<sup>1)</sup>

Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege in Hessen am 1. März 2012; (K V 7 - j/12); (K)<sup>1)</sup>

Personal des öffentlichen Dienstes in Hessen am 30.6.2011; (L III 2 - j/011); PDF<sup>1)</sup>

Verbraucherpreisindex in Hessen im September 2012; (M I 2 - m 09/12)<sup>1)</sup>

Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im August 2012; (M I 4 - vj 3/12)<sup>1)</sup>

Nichtöffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Hessen 2010; Q I 2 - 3/10; (K)<sup>1)</sup>

Klimawirksame Stoffe 2010; (Q IV 1 - j/10)<sup>1)</sup>

1) PDF-Datei mit Excel-Anhang.

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden



### Freiwilligenagenturen in Deutschland

*Potenziale und Herausforderungen einer vielversprechenden intermediären Organisation. Von Karsten Speck, Holger Backhaus-Maul, Peter Friedrich und Maud Krohn, 212 Seiten, kartoniert, 29,95 Euro, Springer VS, Wiesbaden 2012.*

Freiwilligenagenturen verstehen sich in Deutschland als intermediäre Organisationen zwischen Bürgern, gemeinnützigen Organisationen, Politik und Verwaltungen in allen Angelegenheiten bürgerschaftlichen Engagements. Die vorliegende Publikation präsentiert erstmals umfassende Befunde einer aktuellen bundesweiten Erhebung sowie qualitativer Fallstudien ausgewählter Kommunen in Deutschland. Die umfassende empirische Studie zeichnet dabei das facettenreiche und ambivalente Bild einer „jungen“ Organisation mit vielfältigen – bisher – unausgeschöpften Potenzialen und einer zugleich höchst prekären Institutionalisierung. Aus dem Inhalt: Einleitung – Ergebnisse der bundesweit repräsentativen Fragebogenerhebung – Ergebnisse der qualitativen lokalen Fallstudien – Flächendeckende Präsenz und prekäre Institutionalisierung: Freiwilligenagenturen in Deutschland – Anhang. 7487

### Mobbing

*Rechtshandbuch für die Praxis. Von Martin Wolmerath, 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage, 242 Seiten, kartoniert, 39,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2012.*

Mobbing zählt zu den größten Problemen der bundesdeutschen Arbeitswelt. Die Folgen für die Betroffenen sind oft schwerwiegend. Das bewährte Praxishandbuch stellt umfassend die juristischen Aspekte dieser Problematik dar. Der Autor zeigt außerdem unterschiedliche Handlungsoptionen für die betrieblichen Akteure und die Mobbingopfer auf. Das Handbuch ist der ideale Ratgeber für Rechtsanwälte, Arbeitsrichter, Gewerkschaften, Antidiskriminierungsverbände, Betriebs- und Personalräte. Aus dem Inhalt: Grundlegende Informationen zur Mobbingproblematik – Strafrechtliche Aspekte – Schadensersatzrechtliche Aspekte – Arbeitsrechtliche Aspekte – Sozialrechtliche Aspekte – Dienstrechtliche Aspekte – Handlungsmöglichkeiten des Betriebs- bzw. Personalrats – Handlungsmöglichkeiten des Mobbingbetroffenen. 7493

### Grenzen der Demokratie

*Die gesellschaftliche Auseinandersetzung bei Großprojekten. Herausgegeben von Friedrich Thießen, 269 Seiten, kartoniert, 34,95 Euro, Springer VS, Wiesbaden 2012.*

Die Auseinandersetzung mit großen Infrastrukturprojekten fordert die Demokratie in besonderem Maße. Nutzen und Lasten von Großprojekten sind oft nicht gleich verteilt. Während manche sich von dem Projekt Vorteile versprechen, sehen andere Einschränkungen auf sich zukommen. Daraus resultieren intensiv geführte Auseinandersetzungen, die oft nur noch auf dem Gerichtsweg ausgetragen werden können. Wie also steht es in Deutschland mit der Qualität und Objektivität der Verfahren, mit denen über große Infrastrukturprojekte entschieden wird? Welche Defizite es in dieser Hinsicht noch gibt, wird in dem vorliegenden Band behandelt. 23 Autoren, allesamt langjährige Begleiter großer Infrastrukturvorhaben, geben einen Einblick in die Abläufe bei solchen Projekten. Verhaltensweisen der verschiedenen Gruppen von Beteiligten an Großprojekten werden ausführlich geschildert. 7483

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM NOVEMBER 2012  
(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

### Statistische Berichte – kostenfreie Download-Dateien

Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am 30. Juni 2012 (Fortschreibungsergebnisse auf Basis der Volkszählung 1987) (A I 2 mit A II, A III, A V - hj 1/12); (G)<sup>1)</sup>

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 2. Vierteljahr 2012 (Vorläufige Ergebnisse; Fortschreibungsergebnisse auf Basis der Volkszählung 1987); (A I 5 mit A II, A III - vj 2/11); (K)<sup>1)</sup>

Schulentlassene aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hessen am Ende des Schuljahres 2011/12 (Stand: 8. Juli 2012); (B I 4 mit B II - j/12); (K)<sup>1)</sup>

Die Studierenden an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester 2012/13 (Vorläufige Ergebnisse); B III 1/S - WS 2012/13)<sup>1)</sup>

Bodennutzung in Hessen 2012 (Endgültiges Ergebnis); (C I 1 - j/12)<sup>1)</sup>

Flächeninanspruchnahme in Hessen 1991–2011; (C I 7 - j/11); (K)<sup>1)</sup>

Schlachtungen in Hessen im 3. Vierteljahr 2012 (Vorläufiges Ergebnis); (C III 2 - vj 3/12); (K)<sup>1)</sup>

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im September 2012; (E I 3 - m 09/12); PDF-Format

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Jahr 2011; (E I 6 - j/11); (K)<sup>1)</sup>

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im September 2012; (E II 1 - m 09/12); (K)<sup>1)</sup>

Ergänzungserhebung im hessischen Bauhauptgewerbe vom Juni 2012; (E II 2 - j/12); (K)<sup>1)</sup>

Investitionen im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe in Hessen im Jahr 2011; (E II 3 mit E III 3 - j/11)<sup>1)</sup>

Jahreserhebung im Ausbaugewerbe in Hessen vom Juni 2012 (Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe); (E III 2 - j/12); (K)<sup>1)</sup>

Energieversorgung in Hessen im August 2012; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 08/12)<sup>1)</sup>

Das Handwerk in Hessen im 3. Vierteljahr 2012 (Zulassungspflichtiges Handwerk; vorläufige Ergebnisse); E V 1 - vj 3/12)<sup>1)</sup>

Baugenehmigungen in Hessen im Oktober 2012; (F II 1 - m 10/12); (K)<sup>1)</sup>

Die Ausfuhr Hessens im September 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 09/12)<sup>1)</sup>

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im September 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 09/12)<sup>1)</sup>

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im September 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 09/12)<sup>1)</sup>

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im September 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 09/12); (K)<sup>1)</sup>

Binnenschifffahrt in Hessen im August 2012; (H II 1 - m 08/12); (Häfen)<sup>1)</sup>

Verbraucherpreisindex in Hessen im Oktober 2012; (M I 2 - m 10/12)<sup>1)</sup>

Hessische Kreiszahlen, Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte, Band 2, 2012<sup>1)</sup>

1) PDF-Datei mit Excel-Anhang.